

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit Illust. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.90 Mt. — Durch die Post bezogen 2.— Mt. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72208. **Verkaufsstelle:** Leipziger Buchdruckerei H. G., Leipzig Nr. 534 77

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 10/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72208. — **Berlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 10/21 — **Telephon** 72208

Inseratenpreise: Die 10geleit. Kolonelleile 35 Pfg., bei Plakatschrift 40 Pfg. Stellenangebote 10geleit. Kolonelleile 25 Pfg. Familiennachrichten von Privaten die 10geleit. Kolonelleile mit 50% Nachsch. Reklameleile 2 Mt. Inserate v. ausm.: die 10geleit. Kolonelleile 40 Pfg. bei Plakatschrift 50 Pfg., Reklameleile 2.25 Mt.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbeiträge nehmen die Austräger, unsere Zweigstellen und alle Postanstalten entgegen

Die Generation der Herbstzeitlosen Hugenberg und Dr. Koch

Alfred Hugenberg ist nicht nur ein viel beachteter Organisator der breiten Schichten des deutschen Pressewesens und des Films unter seine Botmäßigkeit gebracht hat. Er ist ein ebenso vorzüglicher Regisseur. Mit Geld und guten Worten hat er sich in die führende Position der Deutschnationalen Partei ausgeschwungen. Hundstausende und seine Millionen haben diesen letzten Erfolg Hugenbergs zustande gebracht.

Der Jungdeutsche, der über die internen Vorgänge im schwarzweißroten Lager anerkannt immer vorzüglich unterrichtet gewesen ist, publiziert ein Schreiben, das Hugenberg ebendamals an den Grafen Westarp gerichtet hat. Er schrieb: wenn die Deutschnationale Partei „die erforderliche Tatkraft, Intelligenz und Einigkeit“ nicht aufbringen werde, so würden ihre Anhänger „als Angehörige einer Generation von Herbstzeitlosen ohne Hoffnung ins Grab steigen“. Herr Hugenberg verpirkt in sich die erforderliche „Tatkraft“ und die „Intelligenz“, um den Willen zur Einigkeit durchzusetzen, um so die „Generation von Herbstzeitlosen“ vor den Frösten des Winters zu bewahren.

Welche Mittel Herr Hugenberg angewendet hat, um diese Regenerationsarbeit in seine Hände zu bekommen, darüber haben wir unlängst bereits Andeutungen gemacht. Die gesamte deutsche Presse versucht jetzt das Geheimnis aufzudecken, mit welcher Mehrheit Hugenberg im Geheimkonvent der Deutschnationalen Partei gewählt worden sei. Die Wahl selbst ist mit allen Schikanen vollzogen worden. Zuletzt haben sich die Wähler verpflichten müssen, über das Resultat ihrer Arbeit nichts zu berichten. Selbst Herr Hugenberg sollte das Stimmverhältnis vorbehalten bleiben. Der Jungdeutsche aber stellt fest, daß die Mehrheit etwa fünf Stimmen betragen habe, es könnten aber auch weniger gewesen sein. Darüber aber ist sich alles einig, daß Herr v. Reußel, der Unglücksminister der Deutschnationalen Partei, gegen seinen Willen zu dieser Katastrophe des Grafen Westarp das Entschendende beigetragen hat. Er fragte, wie der Jungdeutsche ebenfalls berichtet, Herr Dr. Hugenberg, ob er den 17 Landesverbänden, die sich für ihn ausgesprochen hatten, „finanzielle Vorteile“ zugesichert hätte. Kurz darauf ist die Debatte geschlossen worden, wohl, weil man noch weitere schäblicher Anträge solcher Art befürchtete. Jedenfalls wird mitgeteilt, daß auch Herr Dr. Hergt — hier ist es ich, ich kann nicht anders — abgelehnt habe, in das bereits geplante Führerdirektorium einzutreten. Er werde seiner Parteileitung zugehören, die nur aus einer Zufallsmehrheit heraus gebildet werde.

Bei den Aussprachen in der führenden Körperschaft der Deutschnationalen wurde verschiedentlich die Anfrage gestellt, ob denn nicht Herr Dr. Hugenberg zu einseitig großindustriell interessiert sein werde, und selbst den verbodnersten deutschnationalen Organen sind ob des Sozialprogramms, das Herr Hugenberg entwickelt hat, lebhafteste Zweifel angekommen. Wir lassen hier die entscheidenden Sätze über die Pläne Hugenbergs, ihrer Bedeutung entsprechend, im Wortlaut folgen, und zwar nach der Publikation, die von Hugenbergs Tel.-Union der Presse überliefert worden ist. Der neue Diktator führte folgendes aus:

„Niemand werde an dem Geiste sozialer Gesinnung rütteln. Die breiten Schichten mühten vor täglichen Gefahren des Lebens geschützt werden. Man dürfe sich nicht über den Hausen rennen lassen. Aber die gegenwärtigen Formen dieser Sicherung seien gerade im eigenen Interesse der Arbeiterschaft nicht unbedingt brauchbar. Sie seien zu einem Machtinstrument in der Hand der Sozialdemokratie geworden. Aber niemand dürfe über diese Dinge nach.“

Die Sozialpolitik also soll nun, im Sinne Hugenbergs, in ein Machtinstrument der Großindustriellen und der Großagrarier — was sie in vieler Hinsicht jetzt schon gewesen ist — umgeschaltet werden. Und damit gedeckt dann die Deutschnationale Volkspartei noch immer Arbeiterstimmen zu fangen. Da trafen selbst die Getreuesten der Getreuen, und es ist köstlich, zu verfolgen, wie sich die Kreuzzeitung, das Organ Westarps, mit dem neuen Führer abzufinden sucht. Sie erklärt nach einer Spalte von allerlei schönen Redefloskeln das Folgende:

„In den kommenden Aufgaben werden sich auch die neuen Kräfte erproben. Diese Aufgaben werden nicht leicht sein, und es wird, wie seither, eines großen Naches an Opfer und Selbstverleugnung bedürfen, aus dem „Brot“ einen „Brot“ zu schaffen, aber einen Brot, der der Parole Größe, Stärke und Einigkeit der Partei entspricht.“

Das heißt Entsetzen ist in der Deutschen Tageszeitung festzustellen Sie vertritt die Interessen der Landwirtschaft, die die Fülle immer weiter hinaufzuschrauben gedenkt. Das ist aber nur möglich auf dem Wege des parlamentarischen Apparats, dem aber gerade Herr Hugenberg recht skeptisch gegenübersteht. Die Deutsche Tageszeitung stellt darum zwar fest, daß kein „Kurowechsel“ vorgenommen werden soll, dennoch aber erklärt sie zweifelnd:

„Die Frage wird nun sein, ob sich nicht doch aus der parlamentarischen Arbeit, auf die die Partei weder verzichten kann, noch verzichten will, eines Tages Schwierigkeiten gegenüber der Führung der Bewegung im Lande ergeben können, wie es ja seinerzeit bereits bei dem Locarno-Streit der Fall war.“

Das wird ein Schauspiel für Götter werden, wenn sich Graf Westarp und Hugenberg auf die „realpolitische Linie“ in der Mitarbeit zum Parlament einigen müssen. Der größere Teil der Reichstagsfraktion wünscht unausgesetzt an der Futterrippe beteiligt zu sein. Regierungsbeteiligung aber ist im Sinne Hugenbergs der höchste Ausdruck des Opportunismus in der Partei. Kein Wunder, wenn auch die großkapitalistische Presse bedenklich wird. Charakteristisch ist eine Aeußerung des Hannoverischen Kuriers, der in einer Würdigung über die Wahl Hugenbergs folgendes schreibt: Es müßte bedauert werden, „wenn die Koalition

„Die einzig existierende Arbeiterpartei“

Was sagen die Freunde Paul Tittelers über die SPD?

Rebellion im Thüringer Bezirk

Der Pol-Sekretär Tittel abgesetzt

SPD Jena, 24. Oktober (Radio).

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands läßt in der neuesten Nummer der hier erscheinenden Neuen Zeitung und Ostthüringer Arbeiterzeitung einen über eine ganze Seite hinweggehenden Aufruf an alle Parteimitglieder des Bezirks Groß-Thüringen erscheinen, der Berlin, den 22. Oktober 1928, datiert ist. Der Hirtendebrief beginnt:

„Liebe Genossen, die außerordentlich ernste Lage in der Thüringer Parteiorganisation veranlaßt uns, durch die Parteipresse alle Genossen über die Ursachen, Wesen und Auswirkungen der Differenzen zwischen der Parteimehrheit und der Liquidatorischen Gruppe um Thalheimer, Brandler, Hausen, Köhler, Tittel, Enderle zu informieren.“

Der Aufruf beschäftigt sich dann mit der Hamburger Affäre Wittorf und behauptet, daß Brandler, Thalheimer und der Thüringische Bezirkssekretär Tittel den Kampf gegen die Korruption für ihre fraktionelle persönliche Arbeit benutzen. Brandler und Tittel wird dann vorgeworfen, daß sie opportunistisch den Kampf um die Diktatur des Proletariats verschleiern und Verbindung zur linken SPD suchen, Tittel insbesondere, daß er in Kossau erklärt habe:

„Das Wahlergebnis des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zeigt, daß wir dort verloren haben, wo gekämpft wurde.“

Schließlich fordert das Zentralkomitee auf, mit Tittel als Parteigerstörer so Schluss zu machen, wie vor sieben Jahren mit Paul Levi. In weiteren Feststellungen wird Tittel bewußter Disziplinbruch und einem seiner beiden Sekretäre dann noch vorgeworfen, daß sie sich offen als Fraktionsleiter der Thalheimer-Brandler in Thüringen bekannt hätten. Ein Genosse wird bis auf weiteres beauftragt, als Sekretär des Zentralkomitees in Thüringen zu arbeiten. Anweisungen der Bezirksleitung und des Sekretariats an Parteifunktionäre dürfen nur mit Zustimmung der Zentralvertreter herausgegeben werden. Das Sekretariat des Zentralkomitees wird beauftragt, mit Genossen des Sekretariats zu vereinbaren, wann Mitgliederversammlungen und Konferenzen stattfinden und welche Genossen referieren.

tionunsfähigkeit der Deutschnationalen spätere Möglichkeiten einer Regierungsbildung von vornherein beschneide und so entweder dazu beitrüge, die sozialdemokratische Stellung zu stärken, oder uns auf koalitionspolitischem Gebiete wieder in die ewige Labilität früherer Jahre zurückzuwerfen.“ Und das

Hugenberg ehrt Westarp



... daran knüpfte der neue Parteivorsitzende Hugenberg einige herzliche Worte des Dankes an den bisherigen Vorsitzenden, Graf Westarp, den die Verammlung durch Erheben von den Sitzen ehrt.

(Offizieller Bericht der deutschnationalen Parteiversammlung.)

Tittel gibt auf alle Anordnungen seiner Vorgesetzten in denselben Zeitungen bekannt, daß er heute abend in einer Mitglieder-versammlung in Jena über die innerparteiliche Lage sprechen werde, also ohne den aus Berlin zu erwartenden Turfstaner erst zu fragen.

Teddy räumt auf. Nachdem Westfahlen der Diktatur des JK verfallen ist, beginnt die Reinigungsarbeit im benachbarten Thüringer Bezirk. Tittel ist ein Fraktionsgenosse unseres großen Paul. Paul aber erklärt, die SPD sei „die einzig existierende Arbeiterpartei“. Darüber berichtet offenerhand die Kote K a h n e. Auf der Plenarsitzung des JK vom 19. Oktober 1928 gaben Hausen und Gallim eine Erklärung ab, in der es u. a. hieß:

„Die SPD befindet sich heute, unmittelbar vor dem 16. Jahrestag ihres Bestehens, am Rande des Abgrundes.“ Heute jubeln die Kapitalisten und Sozialdemokraten. Das Ergebnis des Volksbegehrens hat ihnen gezeigt, daß sie vorläufig keinen ernsthaften Widerstand mehr zu befürchten brauchen.“

So „erklären“ die Fraktionsfreunde unseres großen Paul. Aber sie sagen noch mehr und wir zitieren weiter nach der Kote Fahne, dem Zentralorgan der SPD, die Stellungnahme der Brandlerianer sei nur auf ein Ziel gerichtet. Dieses ist:

„Die SPD als „eine Partei des leeren Geschreis“, „eine isolierte Partei“, „eine Partei am Abgrund“ hinzustellen, die unfähig ist, das deutsche Proletariat im Kampfe gegen die Bourgeoisie zu führen.“

Dies erklären die Freunde des großen Paul. Die SPD sei ein „mächtiges, hoffnungslos verlorenes Gebilde“, das von einer „unkontrollierten ideell und teilweise auch materiell korrupten Bürokratie“ geführt werde. So lautet es an einer anderen Stelle der Erklärung, die Hausen und Gallim schriftlich formulierten.

Das ist Liquidatorenium in reiner Form. Liquidatoren aber sind, wie die Kote Fahne definiert, „dieserigen Leute, die den revolutionären Kampf aufgeben, liquidieren wollen“. Zu diesen gehört der große Paul. Dann aber stellt die Kote Fahne fest:

„Die unvermeidliche politische Konsequenz des Liquidatoreniums ist der Bruch mit der kommunistischen Partei und der Uebertritt auf die Seite der Sozialdemokratie.“

So also schreibt das Zentralorgan der „einzig existierenden Arbeiterpartei“. Es bestätigt nur, was wir bereits seit Wochen geschrieben haben. Warten wir also, was Paulchen nun „erklärt“.

wird das unmittelbare Ergebnis des Führerwechsels bei den Deutschnationalen sein, womit die bevorstehenden Koalitionsverhandlungen jedenfalls nicht erleichtert werden. So wirkt Herr Dr. Hugenberg, der Richtungsman der Unentwegten, wie der Elefant im Porzellanladen der Deutschnationalen Partei, und die DAZ hat zweifellos recht, wenn sie am Ende einer umfangreichen Betrachtung über den neuen Diktator schreibt: Wo Alfred Hugenberg bisher über Sachen zu herrschen hatte, hat er sich glänzend bewährt. Ob er in der Herrschaft über Menschen die gleiche glückliche Hand hat, muß sich erst erweisen.“

Anders ist es mit Dr. Koch, der bisher schon über Menschen zu herrschen hatte. Die Demokraten sind zwar Geschöpfe besonderer Art, immerhin legen sie auf ihr Menschsein besonderen Wert. Herrn Koch ist zwar durch die demokratische Reichstagsfraktion kein offenes Mißtrauensvotum befundet worden. Aber sie beschloß, an der Ablehnung des Panzerkreuzers festzuhalten. Damit wurde ihr Führer, Herr Dr. Koch, desavouiert, und nun versuchte der gewaltige Nebel von anderer Seite das so sehnlichst begehrte Vertrauensvotum zu erlangen. Am Sonntag tagte, wie schon berichtet, der Parteiauschuß der Demokratischen Partei, und obwohl die Frankfurter Demokraten beantragt hatten, in Uebereinstimmung mit der Reichstagsfraktion den Kampf gegen den Bau des Panzerkreuzers fortzuführen, wurde dieser Antrag mit 74 gegen 53 Stimmen abgelehnt. Danach erhielt Dr. Koch das gewünschte Vertrauensvotum. Die Demokraten sind wieder zu 50 Prozent halbiert. Die Welt am Montag bezeichnet die Entscheidung als einen „faulen Panzerbeschluß der Demokraten“, und das Berliner Tageblatt reißt die folgenden Taten nebeneinander:

Am 10. August widersprechen die demokratischen Minister in der Kabinettsitzung der Znangriffnahme des Kreuzerbaues nicht.

Am 15. August erklären die demokratischen Minister, daß sie nach wie vor gegen den Panzerkreuzer sind.

Am 13. Oktober erklärt die demokratische Fraktion sich einmütig gegen den Panzerkreuzer.

Am 21. Oktober lehnt der demokratische Parteiauschuß eine Entschlieung ab, die das Festhalten an der ablehnenden Haltung verlangt.

Das alles geschah unter Führung des Reichsjustizministers, des Demokraten Dr. Koch. Uns scheint, als wenn der Demokratenführer in der Beherrschung von Menschen nicht weniger glücklich ist, als sein Antipode, Herr Hugenberg, der neugewählte Diktator der Schwarzweißroten.

Kreditvertrag der Sowjetregierung mit dem amerikanischen Elektrotrust

Die Vorkriegsgläubiger auf dem Kriegspfad

Die Moskauer Regierung hat, wie der Sowjetdienst meldet, mit der International General Electric Co einen Kreditvertrag geschlossen, die deutschen Bankiers hingegen haben den Anschluß an den Internationalen Verband der russischen Vorkriegsgläubiger durchgeführt. Die offiziellen Zwestija bezeichnen den Vertrag mit der International General Electric Co — einer Tochtergesellschaft des amerikanischen Elektrotrusts, durch den diese von den Russen gegen fünfjährige Kreditgewährung Aufträge im Werte von 10 Millionen Dollar erhält, nachdem sie zuvor erklärt hatte, daß sie ihre Kriegsforderungen als erledigt ansieht — als Anfang einer neuen Entwicklung. Das Problem der Vorkriegsanprüche sei nur zu lösen, indem man die Schäden der Vergangenheit durch die Erweiterung der Wirtschaftsbeziehungen zum jetzigen Rußland und durch deren Ausbau weitmache. Dieser Weg verspreche viel mehr Erfolge als alle Versuche, den Interessen des Gläubigerverbandes zu folgen, deren Verwirklichung unmöglich sei.

Wie der Tel.-Union aus Moskau gemeldet wird, verfolgt man in Moskauer Regierungskreisen mit größter Spannung die Vorbereitungen zu dem am Dienstag beginnenden Kongreß der Rußlands-Kreditoren. Auf dem Kongreß sollen außer den Vorkriegsgläubigern auch die englischen und französischen Staatsbanken vertreten sein. Auch Vertreter der rumänischen Nationalbank sollen an dem Kongreß teilnehmen. Die russische Emigrantengruppe, vertreten von Piansow, wird ebenfalls erwartet. Es verläuft, daß die deutschen Investitionen in Rußland und die russische Schuld an Deutschland in Anleihen den Betrag von 18 Milliarden Mark erreichen, von denen 8 Milliarden Mark Eisenbahnobligationen sind.

Der neugegründete Vereinigung der Rußland-Gläubiger ist eine Gruppe deutscher Banken unter Führung der Firma Mendelssohn u. Co. beigetreten, deren Hauptgeschäft vor dem Kriege die Unterbringung von Anleihen der zaristischen Regierung in Deutschland war. Die Bildung einer Einheitsfront der europäischen Großbanken gegen Sowjetrußland, die zweifellos in der neuen Gründung zum Ausdruck kommt, kann sich sehr leicht zu einer politischen Einheitsfront auswachsen. Sie kann zu einer Verschärfung des Gegensatzes nicht nur gegenüber Rußland, sondern auch gegenüber den Vereinigten Staaten führen, die zur gleichen Zeit, da Europa Sowjetrußland den finanziellen Krieg erklärt, den Weg der friedlichen Durchdringung beschreiten, die, um Rußland kapitalistisch ausbeuten zu können, das Mittel der Kapitalexporte der von Europa offenbar beabsichtigten Kapitalperre den Vorzug geben.

Der Beitritt der deutschen Bankengruppe zur Vereinigung der Rußlandgläubiger hat die amtliche russische Presse zu heftigen Angriffen gegen die deutsche Regierung veranlaßt, die der Verletzung des Kapitalvertrages beschuldigt wird. Die deutsche Regierung hat darauf erklärt, der Schritt der deutschen Bankengruppe sei eine Privatangelegenheit, auf die sie keinen Einfluß habe. Durch die Teilnahme der französischen und englischen Staatsbanken, die einen solchen Schritt nicht unternehmen können, ohne von ihrer Regierung dazu ermächtigt zu sein, bekommt die Vereinigung und der von ihr veranstaltete Kongreß aber eine höchst politische Bedeutung und einen politisch höchst gefährlichen Charakter. Es sollte aber die Sache der Reichsregierung sein, in außenpolitischen Dingen zu führen, und sich nicht von einer privaten Finanzgruppe in politische Abenteuer hineinmanövrieren zu lassen, die leicht in kriegerische Abenteuer umschlagen können.

Der Kapitalismus in Rußland

Die Wurzeln noch nicht ausgerissen

SPD Berlin, 24. Oktober. (Radio.)

Nachdem die Parteileitung in Moskau ehemalige Parteiführer aus ihren Kesseln gejagt hat, bemüht sich Stalin in einer längeren Rede vor dem Plenum in der Moskauer Organisation diesen Willkürakt zu rechtfertigen.

„Die Rechtsopposition fordert Einschränkung der Industrialisierung, Verzicht auf die kollektiven Wirtschaften in der Landwirtschaft und Abschwächung des Außenhandels. Die Rechtsdenkweisen innerhalb der Partei sind die schwerste Gefahr des Augenblicks, da sie auf ihrem Wege fort von Leninismus und fort zur bourgeoisen Ideologie führen. Es ist bedauerlich, daß sich unter den Moskauer Führern Elemente befinden, die von der bolschewistischen Linie abweichen und sich für grundsätzliche Irrtümer der Theorie einsetzen oder latentlos die Gefahr der Rechtsdenkweisen unterstützen.“

Stalin hat u. a. auch darauf hingewiesen, daß der Sieg der Rechtsopposition eine enorme Zunahme der kapitalistischen Elemente in Rußland und eine Schwächung der proletarischen Diktatur bedeuten würde, wodurch die Chance für die Wiederaufrichtung des Kapitalismus erhöht würde. Dann fragte Stalin: „Welchen in unserem Lande Verhältnis, die die Wiedereinsetzung des Kapitalismus ermöglichen?“ Und antwortete freimütig: „Jawohl, das ist der Fall.“ „Es mag euch das sonderbar erscheinen, Kameraden, aber tatsächlich haben wir die Wurzeln des Kapitalismus nicht ausgerissen. Sie existieren in der Kleinindustrie, in der Stadt und auf dem Dorfe und diese Kleinindustrie dominiert wirtschaftlich immer noch.“ „Tatsache ist“, sagte Stalin, „daß für den Kapitalismus in Rußland noch eine solidere wirtschaftliche Basis vorhanden ist, als für den Kommunismus.“

Die Besprechungen Churchill-Poincaré

Anerkennung der Balfour-Note

III London, 23. Oktober.

Im Daily Telegraph gibt Vertinax weitere Einzelheiten über die Besprechungen zwischen Churchill und Poincaré. Diese Verhandlungen hätten zu der Annahme der in der Balfour-Note niedergelegten Prinzipien durch Poincaré geführt, während Churchill der Auffassung Poincarés zugestimmt habe, daß die Endregelung der Reparationsfrage Frankreich die Mittel in die Hand geben müsse, um seine Schulden an Großbritannien und Amerika zu bezahlen. Daneben müsse ein ausreichender Ueberfluß verbleiben, um die für den Wiederaufbau aufgewandte Summe zu decken. Parker Gilbert habe dieser Auffassung Poincarés bereits zugestimmt. Man sei übereingekommen, daß eine deutsche Jahresannuität von 2 bis 2,2 Milliarden Mark für die Dauer der Kriegsschuldentilgungen an die Vereinigten Staaten durch genügen würde. Von italienischer Seite sei kein Widerstand dagegen zu erwarten.

Bürgerchaftswahlen in Schaumburg-Lippe

Die Kommunalwahlen in Stadthagen endeten mit dem erfreulichen Ergebnis, daß der bisherigen sozialdemokratischen Mehrheit noch ein weiteres Mandat hinzugefügt werden kann, weil sich die Stimmenzahl seit der letzten Kommunalwahl vom August 1925 um rund 250 steigerte. Im einzelnen verteilen sich die Zahlen wie folgt: (Die eingeklammerten Zahlen sind vom August 1925.)

Sozialdemokraten	1943 (1697)	10 Sitze (9)
Demokraten	789 (831)	4 Sitze (4)
Deutsche Volkspartei	702 (729)	4 Sitze (4)
Deutschnationale	149 (202)	0 Sitze (1)
Kommunisten	216 (197)	1 Sitz (1)

In Büdingen traten keine wesentlichen Verschiebungen ein.

Die Landbündler-Revolte in Kyrk

Das gerichtliche Nachspiel

SPD Kyrk, 23. Oktober.

Am Dienstagvormittag begann vor dem erweiterten Schöffengericht Kyrk, das infolge des starken Andranges seinen Sitz nach Kyrk verlegt hat, der umfangreiche Aufrehr- und Landfriedensbruch-Prozess gegen führende Landbündlermitglieder. Den Verhandlungen liegt der bekannte

Sturm auf das Finanzamt Kyrk

und die Ausschreitungen gelegentlich einer am 12. März stattgefundenen Kundgebung des Kreislandbundes Ost-Preignitz zugrunde. Ingesamt sind 56 Angeklagte aus den verschiedensten landwirtschaftlichen Berufsklassen, vom Rittergutsbesitzer bis zum Tagelöhner auf der Anklagebank zu finden. Die Anklage lautet auf Anführer in Tateinheit mit Landfriedensbruch und tätlicher Beleidigung.

Am Dienstagvormittag trat man zunächst, nachdem die Personalien der zahlreichen Angeklagten verlesen waren, in die Vernehmung des Hauptangeklagten, Landbündler- und Geschäftsführer Corbes ein. Corbes führte zu seiner Entlastung aus, daß er wiederholt auf die Landwirte eingewirkt hätte und sie zur Ruhe und Ordnung ermahnt habe. Die Landwirte wären durch das Erscheinen von Schutzpolizei, die mit Maschinenpistolen und Gummiknüppeln an dem Demonstrationzug vorbeigezogen wären, aufgezogen worden. Er habe dadurch, daß er sich vor die Tür des Landratsamtes stellte, ein Eindringen der Demonstranten verhindert. Drohungsrufe habe er nicht gehört. Es wäre ihm auch unbekannt, daß das Hoheitszeichen vom Landratsamt abgerissen sein sollte.

Als zweiter Angeklagter wurde der Vorsitzende des Kreislandbundes Ost-Preignitz, Güterverwalter v. Jena vernommen. v. Jena führte aus, daß er den Landrat persönlich aufgesucht habe und ihm die bekannte Kreislandbündlerklärung mitgeteilt hätte. Der Land-

rat hätte darauf seine Bereitwilligkeit, den Landwirten entgegenzukommen, soweit es in seinen Kräften stände, zugesagt.

Die Vernehmung der 56 Angeklagten gestaltet sich außerordentlich langwierig und wird sich über 5 bis 7 Tage erstrecken. Am ersten Verhandlungstag kam es wiederholt zu

Scharfen Zusammenstößen

zwischen der Staatsanwaltschaft und dem Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Bloch-Berlin. Der Angeklagte Kleine bestritt bei seiner Vernehmung mit Entschiedenheit, daß er auf den Polizeiwachmeister Müller eingeschlagen habe. Er kenne zwar den Täter, denke jedoch nicht daran, diesen namhaft zu machen, da er schwer bestraft würde. Der Angeklagte Dierke hat gegenüber Schutzpolizisten, die ihn aufforderten, weiterzugehen, gesagt: Ich gehe keinen Schritt zurück. Er bestreitet, einen Polizeibeamten angegriffen zu haben. Wenn er auf einen Polizisten angefallen habe, so habe er das in eigener Abwehr getan. Der Angeklagte erklärt, daß er einen Schlag mit dem Polizeiknüppel erhalten hätte. Der Angeklagte Gutspächter Bode stellt in Abrede, daß er Ausbrüche wie „Blutjauger“ und „Lump“, die auf den Leiter des Finanzamtes Kyrk gerichtet waren, gebraucht hätte, jedoch habe er gefordert, daß die Schupo abziehe. Angeklagter Langhoff hat ebenfalls die Zurückziehung der Schutzpolizei verlangt und gibt zu, daß er Aufseher wie Bluthund gehört hätte. Bestimmt wisse er, daß der Hauptangeklagte Kleine nicht den Schlag auf den Polizeiwachmeister Müller ausgeführt hätte. Er kenne den Täter, jedoch werde er ihn nicht namhaft machen. Der Angeklagte Gutspächter Bode gibt an, daß der erste Stein auf die Fenster des Finanzamtes nicht von Landwirten geworfen sei. Der Angeklagte Gutspächter Bode hat den Ausdruck „Peitzegeier“ gehört und will darüber gelaßt haben. Der Ausdruck Peitzegeier sei gefallen, als das Hoheitszeichen vom Katasteramt heruntergestürzt sei. Landwirtsohn Bräseke ist gerade beim Finanzamt angekommen, als das Kommando: „Gummiknüppel heraus!“ von der Schupo gegeben wurde. Die Vernehmung dauert noch an.

Um die Reichsreform

Sabotage unter Führung Bayerns

Grundsätzliche Erklärung der Reichsregierung

SPD In der Sitzung des Ausschusses für Verfassungs- und Verwaltungsreform am Dienstag gab Reichskanzler Müller eine Entschiedenheit der Reichsregierung bekannt, die in der vorhergegangenen Kabinettsitzung einstimmig beschlossen worden war. Die Entschiedenheit hat folgenden Wortlaut:

„Auf Grund der gestrigen Verhandlungen des Ausschusses erklärt die Reichsregierung:

1. Die Reichsreform muß getragen sein von der Erkenntnis der Notwendigkeit einer starken Reichsgewalt, der Bedeutung der vielfältigen Eigenarten des deutschen Volkslebens und des Erfordernisses parsimonischer Finanzgebarung der öffentlichen Haushalte.
2. Eine territoriale Neugliederung ist erforderlich und darf sich nicht beschränken auf solche Gebiete, die infolge Gemengelage einzelner Gebietsteile eine besonders erschwerte und kostspielige Verwaltung haben.
3. Es ist erforderlich, als Glieder des Reiches leistungsfähige Länder bestehen zu lassen. Hierfür ist zu prüfen, wie die Verwaltung der Länder zu gestalten ist (Wahl der Landtage, Amtszeit der Landesregierungen, Landesbesitz). Ferner soll geklärt werden, wie die Organisation des Unterbaues in den Ländern nach einheitlichen Reichsgrundrissen (Reichsrahmengesetzen) eingerichtet werden kann.
4. Die Befestigung des Dualismus zwischen Reich und Preußen erscheint im Rahmen der Endlösung erforderlich. Deshalb ist zu prüfen, wie in diesem Falle das Verhältnis des Reiches zu den übrigen Ländern und die Zusammensetzung des Reichsrats gestaltet werden soll.
5. Die Verwaltungsbereiche des Reiches und Ländergrenzen sind nach Möglichkeit einander anzupassen.
6. Die Einrichtung der Auftragsverwaltung ist in dem Sinne auszuarbeiten, daß die Reichsregierung die Länderregierungen mit der Ausführung von Angelegenheiten der Reichsverwaltung beauftragen kann, so daß die Verwaltung alsdann nach näherer Anweisung der Reichsregierung geschehen wird und für die Ausführung die Verantwortung nicht gegenüber dem Landtag, sondern gegenüber dem Reichstag besteht.
7. Es ist zu prüfen, inwieweit den Ländern zur Erledigung im Wege der Eigenverwaltung Aufgaben übertragen werden können, die nicht als Lebensfragen der Nation vom Reich oder im Auftrag des Reiches zu erledigen sind. Auf vielen Gebieten wird sich das Reich mit einer Oberaufsicht von Gesetzen und Anordnungen begnügen und die nähere Durchführung den Ländern unter selbständiger Verantwortung überlassen können.
8. Die Reichsregierung empfiehlt dem Ausschuss, zur Bearbeitung dieser Fragen zwei Unterausschüsse einzusetzen, von denen der erste Vorschläge für die neue Abgrenzung der Länder und Reichsverwaltungsbezirke und deren weiterer Vorschläge für die Zuständigkeit der Länder und deren Organisationen zu machen hat. Dabei bleibt eine gemeinsame Tagung der beiden Ausschüsse vorbehalten.“

Der Vertreter Bayerns erklärte, daß er die Vorschläge der Reichsregierung nicht als geeignete Grundlage für die Weiterberatung der Reichsreform ansehen könne. Auch bayerischen Vorschlag wurde darauf die Verhandlung bis Mittwoch 11 Uhr vertagt.

Bombenattentat in Indien. In einer großen Menschenmenge, die von einer religiösen Hindu-Feier zurückkehrte, explodierte eine Bombe. Fünf Personen wurden getötet, 21 verletzt.

Heinrich Hüttmann gestorben

Ein alter treuer Kämpfer für die deutsche Arbeiterbewegung, Heinrich Hüttmann, ist am Montag früh in Frankfurt a. M. einem Lungenschlag erlegen. In dem Toten verliert die Partei und die Arbeiterklasse einen ihrer Besten, der sich weit über die Grenzen Frankfurts und des Bezirks Hessen-Nassau hinaus der Liebe und Verehrung der Arbeiterklasse erfreute. Am letzten Donnerstag aus einer Versammlung seines Bauergewerksbundes zurückgekehrt, traf Hüttmann in der Nacht die schwere Krankheit, von der er sich nicht mehr erholen sollte. Zwar raffte sich der Todkranken am Freitag früh noch einmal auf, um seiner gewerkschaftlichen Organisation noch einige briefliche Anweisungen zu geben. Damit war seine Lebenskraft erschöpft; am Montag schloß er die Augen für immer. In der Geschichte der Arbeiterbewegung wird Heinrich Hüttmann fortleben.

Drohung mit Sprengung der Konferenz

Sachsen im Schlepptau Bayerns

Berlin, 23. Oktober.

Im Laufe des Dienstagvormittags traten zur Beratung der durch den Antrag der Reichsregierung neu geschaffenen Lage in den Verhandlungen des Ausschusses für Verfassungs- und Verwaltungsreform die Delegationen der einzelnen Länder zu Sonderbesprechungen zusammen. Wie die Telegraphen-Union erfährt, geht das Ergebnis dieser Besprechungen dahin, daß in der Mittwoch-Sitzung Anträge von Bayern und anderen Ländern eingebracht werden sollen, die eine weitere Teilnahme der süddeutschen Länder an den Verhandlungen ermöglichen sollte. Bei einer Ablehnung dieser Anträge würde mit einem Abbruch der Verhandlung des Ausschusses zu rechnen sein. Bayern hat somit, wie es scheint, mit seiner Stellungnahme gegen die Anträge der Reichsregierung Unterstützung bei den süddeutschen und mitteldeutschen Ländern gefunden.

Im Zusammenhang mit dieser Sabotageaktion, die unter Führung des bayerischen Ministerpräsidenten Held unternommen wurde, sind Mitteilungen der Zeit-Notizen über die Vorbereitung dieser Aktion interessant. Danach sind in der Umgebung Helms Aufregungen gefallen, nach denen der bayerische Ministerpräsident den Zweck seiner „großen Kelle“ vornehmlich in der Möglichkeit sieht, jeden Schritt zur Reichseinheit zu verhindern, jeden Schritt zur Reichseinheit zu verhindern, jeden Schritt zur Reichseinheit zu verhindern, jeden Schritt zur Reichseinheit zu verhindern.

Weiter heißt es dann, daß in Berlin recht peinlich eine Sitzung empfunden werde, die ein Rechtsausschuß der Länder am 28. und 29. September in Dresden veranstaltete. Es handelte sich dabei um übereinstimmende Maßnahmen der Länder zur Verwaltungsvereinfachung und Heranziehung des Nachwuchses in der Justiz. Sie fand auf Einladung des sächsischen Ministerpräsidenten, Herrn Heide, statt, aber dieser handelte dabei nur als Marionette der den Reichsgedanken sabotierenden Interessentengruppe sowie der Herren Held, Wolf und Bagille. Das Charakteristikum dieser Sitzung war, daß sie ohne einen Vertreter des Reiches, ja ohne Wissen der Reichsregierung stattfand, und daß die Veranstalter soweit gingen, zu erklären, die Länder müßten sich erst untereinander geeinigt haben, ehe sie ihre Beschlüsse dem Reiches mitteilen und dieses zu einer Schlussverhandlung einladen könnten. Das Reich soll also eine Art Völkerbund, eine registrierende Behörde für Deutschland werden.

Für Sachsen ist dabei besonders interessant, daß der sächsische Ministerpräsident Heide lustig mit im Fahrwasser der partikularistischen Bestrebungen der Heldt und Bagille segelt und kräftig mit sabotiert.

Die preussischen Vorschläge

Der preussische Ministerialdirektor Dr. Brecht, der sich besonders eingehend mit der Frage der Reichsreform beschäftigt hat, hat in seiner Denkschrift folgende Grundsätze formuliert:

Die Gebiete der deutschen Länder werden „Reichsländer“ nach Maßgabe der folgenden Vorschriften: Bis auf weiteres sind die jetzigen Landesgrenzen, in Preußen die jetzigen Grenzen der preussischen Provinzen maßgebend. Die Gesetzgebung steht den neuen Ländern in folgendem Umfang zu: Für die preussischen Länder kann an die Stelle des bisherigen Landtags der Provinziallandtag oder ein preussischer Zentrallandtag treten. — Der Aufbau der inneren Verwaltung der neuen Länder kann durch Reichsgesetz geregelt werden. In bestimmten Ländern ist die Verwaltung vom Reich zu übernehmen. Die Justizverwaltung wird in allen neuen Ländern Reichsverwaltung. Weitere Verwaltungszweige können durch Reichsgesetz auf die Reichsverwaltung übernommen werden. Für jedes Land wird als oberster Vertreter der Reichsbehörden ein „Reichsoberpräsident“ oder ein „Landespräsident“ bestellt.

Ministerialdirektor Dr. Brecht erstreckt also die Zusammenfassung der Verwaltung im Reich und in den Ländern durch eine schrittweise Übernahme der Verwaltungsfunktionen durch das Reich, und zwar gleichzeitig in Preußen und in den Ländern, denen gewisse Funktionen im selben Maßstab genommen werden sollen. — Dem Ausschuss liegt auch ein umfangreiches Referat des heftigen Staatspräsidenten Adeling vor, das von der Erkenntnis ausgeht, daß eine radikale Lösung im Sinne der Herbeiführung eines Einheitsstaates noch nicht möglich ist.

Ausgehobene Todesurteile in Polen. Vor dem höchsten Gericht in Warschau fand der Revisionsprozess gegen die zwei ukrainischen Exilanten Atamanjuk und Wirschki statt, die seinerzeit wegen des Mordes an dem polnischen Schulkulturator Sobinski in Lemberg zum Tode verurteilt wurden. Das Urteil wurde von dem höchsten Gericht aufgehoben und an den Lemberger Gerichtshof zurückverwiesen.

Dr. Scholz zur politischen Situation

Preussische Koalition und Konkordat

WZ Titul, 24. Oktober.

Im großen Saal des Zivilkassens sprach Dienstag abend in einer vom Kreisverein Titul der Deutschen Volkspartei einberufenen Versammlung Reichsminister a. D. Scholz über die politische Lage. Der Redner gab einen kurzen Überblick über die außenpolitische Lage. Es sei objektiv notwendig, auszusprechen, daß auch durch Reichskanzler Müller die deutsche Nation in Genf in einer Weise vertreten worden sei, die der nationalen Würde Deutschlands vollkommen entspreche habe. Man könne ihm ebenso, wie der Auswärtige Ausschuss es getan habe, Dank dafür aussprechen. Es müsse festgestellt werden, daß die deutsche Diplomatie einen Erfolg erzielt habe, denn das Problem der Gesamtträumung des Rheinlandes sei ausdrücklich durch die Mächte als ein zu diskutierendes Problem bezeichnet worden. Ein anderes mindestens ebenso wichtiges Problem sei die endgültige Festlegung unserer Kriegsschulden. Auch hierin habe Deutschland in Genf vollkommen das erreicht, was es wollte.

Man habe von einem völligen Zusammenbruch der Locarno-Politik gesprochen, und nach der Rede Briand's in Genf konnte es den Anschein haben, als ob der Geist von Locarno sich tatsächlich verflüchtigt habe. Dem nächsten Beobachter müsse sich folgendes darstellen: Die Politik von Locarno sei und bleibe die einzig richtige, weil sie die einzig mögliche für Deutschland sei. Nicht die Locarno-Politik habe Schicksal gelitten, sondern diejenigen Leute, die in die Locarno-Politik von vornherein utopische Hoffnungen gesetzt hätten. Wohin müsse die deutsche Außenpolitik künftig ihre Blicke richten? Er glaube, man könne diese Frage mit einem Wort beantworten: nach den Vereinigten Staaten von Amerika.

Der Redner kam dann auf die Frage der Koalition im Reich und in Preußen zu sprechen. Er betonte den Standpunkt der Deutschen Volkspartei, die an der Großen Koalition auch in Preußen festhalten müsse. Auf allen Gebieten könnte fruchtbarere Arbeit geleistet werden, wenn im Reich und in Preußen homogene Regierungen beständen. Die Deutsche Volkspartei habe von Anfang an auch erklärt, daß in die zu bildende Große Koalition auch die Wirtschaftspartei einbezogen werden müsse. Für den neuen Vanzekreuzer habe sich die Deutsche Volkspartei eingesetzt, da man auf die geringfügigen Rechte des Verfallener Verträge nicht verzichten dürfe.

In kurzer Zeit dürfte im Preussischen Landtage eine Vorlage unterbreitet werden, die ein Konkordat des preussischen Staates mit der römischen Kurie enthalte. Dieses Konkordat scheine, nach dem, was bisher verkündet wurde, für den preussischen Staat Verschlechterungen des bisherigen Zustandes zu bringen. In diesem Konkordat würden sogar die Schulen berührt. In dem Augenblick, wo das geistliche, kirchliche eine vollkommen neue Situation; nicht nur, daß die Koalitionverhandlungen erschwert würden, sondern es würde auch die gegenwärtige Koalition in Preußen gelähmt werden, da die Demokraten austreten würden. Die Deutsche Volkspartei würde natürlich nicht die Aufgabe übernehmen, an der Stelle der Demokraten dem Ministerpräsidenten zu einem Konkordat zu verhalten.

Bezüglich des Verhaltens der Deutschen Volkspartei zum Stahlhelm bemerkt Scholz, er sei bis vor 10 Tagen Mitglied des Stahlhelms gewesen, den er als Aufrechterhalter des alten Frontgeistes und als Erwecker des nationalen Gewissens für notwendig gehalten habe. Der Stahlhelm sei aber bewußt von seiner überparteilichen Haltung abgerückt und in die politische Arena hinabgestiegen. Daß er damit in Konflikt mit verschiedenen Parteien geraten würde, war von vornherein klar. Unmöglich sei es für ihn, Scholz, als verantwortliches Mitglied der Deutschen Volkspartei gewesen, zwei Herren zu dienen. Er habe sich deshalb vom Stahlhelm trennen müssen. Was dagegen die Volksparteiler, die nicht in gefeierten Körperlichkeiten tätig sind, anbelange, so hoffe man, daß durch deren Verbleiben im Stahlhelm dieser wieder auf den richtigen Weg zurückkehren werde.

Die Meute in Bayern

Eine vergessliche SPD-Abgeordnete

SPD München, 23. Oktober.

Obwohl in Bayern die amtliche Zählung der Eintragungen in die Listen des kommunistischen Volksbegehrens noch nicht abgeschlossen sind, konnte doch bereits festgestellt werden, daß das Frisko der SPD in Bayern noch erheblich größer ist als in den anderen Teilen des Reiches. Ein geradezu tragikomischer Vorgang ist es aber, daß die kommunistische Parttagsabgeordnete Rosa Aßner-Brenner vor lauter Agitationseifer ganz vergessen hat, sich einzustellen. Sie wohnt in einer vor den Toren Münchens gelegenen kleinen Gemeinde mit sozialistischer Rathausmehrschicht und verlangt von dem Bürgermeister die Anberaumung möglichst günstiger Eintragungstermine. Trotzdem fanden sich nur vier Kommunisten, die sich einzeichneten, sie selbst aber, die große SPD-Führerin in Bayern, vergaß die Eintragung und forderte vom Bürgermeisteramt auch keinen sogenannten Eintragungsschein, der ihr gefälscht hätte, sich irgendwo auswärts einzustellen.

Belgien gegen Revision des Dawesplans

SPD Brüssel, 23. Oktober.

Der Reparationsagent Parker Gilbert, der am Montag abend in Brüssel ankam, hielt am Dienstag eine Besprechung mit dem Ministerpräsidenten Jaspars, dem Minister des Auswärtigen Symans und dem Finanzminister Hautart ab. Der Zweck dieser Besprechung war, die belgische Regierung von den London- und Paris-geplagten Verhandlungen über die Revision des Dawesplans zu unterrichten und die Haltung der belgischen Regierung zu dieser Frage zu erfahren. Vormittags hatte der Ministerrat über diese Angelegenheit beraten. Amlich wird erklärt, daß der Ministerrat die im wesentlichen ablehnende Haltung der belgischen Regierung bekräftigt hat. Belgien hat nach Ansicht der Regierung kein Interesse an der Revision des Dawesplans. Auch die belgische Regierung hält die endgültige Festlegung der deutschen Reparationspflicht für notwendig, aber sie will von einer noch so mäßigen Herabsetzung der an Belgien gezahlten Jahresrenten, die dessen Schuld an Amerika reichlich decken, nichts wissen, weil dadurch das Gleichgewicht des belgischen Budgets gefährdet würde. Auch der Vorschlag einer Mobilisierung der deutschen Reparationspflicht findet bei der belgischen Regierung wenig Anklang, weil sie von einer derartig großen internationalen Kreditoperation einen ungünstigen Rückschlag auf den allgemeinen Zinsfuß befürchtet.

Ob es Parker Gilbert gelungen ist, die belgische Regierung zu einer Änderung dieses scharf ablehnenden Standpunktes zu bewegen, wird nicht gesagt. Parker Gilbert reiste abends nach Berlin weiter.

Grausamkeiten in Nicaragua

WZ Washington, 23. Oktober.

Beim Staatsdepartement ist von einem amerikanischen Offizier, der zur Überwachung der Wahlen in Nicaragua weilt, die Nachricht eingegangen, daß von angeblichen Anhängern des Generals Sandino in der Nacht zum 1. Oktober in dem Dorfe San Marco unzählige Grausamkeiten verübt worden seien, um die Eingeborenen von der Teilnahme an den Novemberwahlen abzuhalten. So habe man einigen von ihnen Ohren und Nasen abgeschnitten. Der Vorfall sei durch einen Mann bekanntgeworden, den ein amerikanisches Flugzeug gerettet habe.

Der Kampf gegen die Todesstrafe

Unter Führung der Sozialdemokratie

SPD Der Strafsenatsausschuss des Reichstages setzte heute seine Beratungen über die Todesstrafe fort.

Abg. Schermann (Dem.) ging davon aus, daß alle religiösen und philosophischen Gründe bei der Beurteilung der Todesstrafe auszusprechen hätten. Es ergab sich auch kein Anhaltspunkt dafür, daß bei Abschaffung der Todesstrafe die Kriminalität sich anders entwickeln würde als bisher. Wenn Rußland und Italien die Todesstrafe wieder eingeführt hätten, so spreche das nicht für die Richtigkeit der Todesstrafe, sondern nur für das rückwärtige Element in beiden Ländern. In der Schweiz sei erst kürzlich für das ganze Land die Todesstrafe abgeschafft worden. Seit der vorherigen Aussprache im Ausschuss zeige sich ein Abwärtstrend der Gesinnung der Aufhebung der Todesstrafe. Die Bayerische Volkspartei habe jetzt schon im Gegensatz zu ihrer früheren Haltung ausdrücklich beantragt, die Todesstrafe für Jugendliche unter 21 Jahren abzuschaffen. Das Zentrum fordere jetzt, daß nur noch bei besonders schweren Mordfällen die Todesstrafe vollstreckt werde. Der Standpunkt, den Abg. Kahl jetzt eingenommen habe, zeige, daß auch er nunmehr bereit sei, die Todesstrafe preiszugeben. Der Vorschlag Kahl würde aber dahin führen, daß ein wegen Mordtaten Verurteilter, auch wenn er die größte Besserung zeige, niemals seine Freiheit wieder erhalten könne.

Abg. Japs (Dt. Volkspartei) erklärte, daß man über die Todesstrafe nicht mehr reden solle, sondern abstimmen solle. Abg. Kahl sei noch heute der Überzeugung, daß die Todesstrafe nicht einbehalten sei. Er habe seinen Vermittlungsvorschlag nur gemacht, um eine möglichst glatte Annahme des Strafsenats zu erreichen. Dieser Vorschlag sei verfassungsändernd und auch äußerlich bedenklich. Das wachsende Steigen der Bewegung gegen die Todesstrafe sollte keinen Eindruck machen. Wenn in Preußen jetzt die Todesstrafe überhaupt nicht mehr vollstreckt werde, so sei das ein unerträglicher Zustand, da diese Praxis geradezu eine Abänderung des geltenden Strafsenats bedeute. Die Gnadenpraxis reiche aus. Verzichtete man aber auf die Todesstrafe, so sei die Gefahr eines Rückfalls gegeben. Man müsse sich vor einem Rückfall der zum Tode Verurteilten hüten.

Genosse Landsberg widerlegte zunächst die Ausführungen des Abg. Japs. Wenn die Regierung zur Begehung schwerer strafbarer Handlungen zugezwungen habe, so darf nicht die soziale Bedingtheit der Verbrechen übersehen werden. Durch Kopf-schütteln kann man das nicht befeitigen. Der Staat dürfe nicht eine Strafe anwenden, die inhuman und gefährlich sei, sonst tritt der Staat auf das Niveau eines Verbrechens herab. Keineswegs nehme die Sozialdemokratische Partei, wie Abg. Japs behauptet habe, das Recht zur Verhängung von Todesurteilen gegenüber politischen Gegnern in Anspruch.

Die Sozialdemokratische Partei habe immer politische Mordtaten abgelehnt.

In den ganzen 12 Jahren des Sozialistengesetzes sei nicht ein einziger Fall individueller Rache vorgekommen. Wenn z. B. in Frankfurt a. M. 40 Sozialdemokraten der Ausweisungsbefehl am Heiligen Abend überlesen worden sei, so wäre schon das Bedürfnis zu persönlicher Rache erklärlich gewesen. Keiner dieser Ausgewiesenen aber habe Rache geübt! Wenn Abg. Japs aus der Tätigkeit des Genossen Friedrich Adler für die Sozialistische Internationale folgere, daß in der Sozialdemokratischen Partei die Ermordung des Grafen Stürgkh gebilligt werde, so sei das nicht richtig. Die Republik Deutschland habe aber auf ihren Strafantrag bei Adler verzichtet, warum sollte also die Sozialistische Internationale ihn nicht zu ihrem Sekretär machen? In Preußen habe es auch schon unter Wilhelm I. Zeiten gegeben, in denen kein Todesurteil vollstreckt worden sei. Auch in anderen Ländern habe es solche Zeiten gegeben. Warum sollte die preussische Regierung nicht in jedem Falle von dem Begnadigungsrecht Gebrauch machen, wenn sie die Vollstreckung der Todesstrafe nicht für richtig ansehe? An eine abschreckende Wirkung der Todesstrafe könne man nicht mehr glauben, nachdem doch auch in den Ländern, wo die Todesstrafe vollstreckt werde, die Mordtaten nicht abnehmen.

Bemerkenswert sei, daß in den Staaten ohne Todesstrafe sich nirgends eine Agitation für ihre Wiedereinführung zeigt. Das sei nicht einmal in Belgien geschehen, als nach dem Kriege der Landesverrätern der Prozeß gemacht wurde.

Amnestie in Oesterreich

SPD Wien, 23. Oktober.

In der Dienstagssitzung des Nationalrats hat die Regierung ein Amnestiegesetz aus Anlaß des 10jährigen Bestandes der Republik vorgelegt. Danach soll für politische Delikte, die genau angegeben werden, eine Niederlegung des Strafverfahrens sowie eine Erlassung der noch nicht vollstreckten Strafen und für alle eine Nachfrist der politischen Rechtsfolgen eintreten. Wichtig ist dann folgendes: Für alle strafbaren Handlungen, die am 15. und 16. Juli 1927 im Zusammenhang mit dem damaligen Unruhen begangen wurden, wird eine Nachfrist der Strafen und der Rechtsfolgen gewährt sowie nicht eingeleitete Verfahren eingestellt. Schließlich wird, ganz abgesehen von diesen Delikten, für alle rechtskräftigen Urteile, die nicht einen Monat einer Freiheitsstrafe oder einen Monat einer Ersatzstrafe für eine Geldstrafe übersteigen, eine dreijährige Bewährungsfrist bewilligt.

Die chinesische Regierung säubert

WZ Peking, 23. Oktober.

Wie aus Nanking gemeldet wird, hat die dortige Regierung alle russischen Instrukteure in der Armee und Sowjetbeamten in den Bezirken endgültig aus ihren Diensten entlassen. Die Nanking-Regierung hat angeordnet, daß keine Sowjetbeamten oder Instrukteure mehr eingestellt werden, da sie alle mit der Komintern in Verbindung ständen, die als illegale Organisation in China angesprochen werde.

WZ Peking, 23. Oktober.

Wie aus Nanking gemeldet wird, hat die Nanking-Regierung eine Säuberung Peking's von Kommunisten angeordnet. Seit drei Tagen finden sorgfältige Hausdurchsuchungen statt. Bis her sind 900 Personen verhaftet. Sie sollen aus Peking ausgewiesen werden. Die Ausweisungen werden damit begründet, daß die Kommunisten einen Unfriede gegen die Nanking-Regierung vorbereiten hätten.

WZ Peking, 23. Oktober.

Wie aus Mukden gemeldet wird, ist jetzt bekanntgeworden, daß Ende der vorigen Woche ein Attentat auf Marshall Tchang-Hueikang verübt wurde. Ein Chinese schoß auf den Marshall, der jedoch unversehrt blieb. Der Chinese wurde verhaftet und vom Militärgericht am Sonntag zum Tode verurteilt.

Das Endergebnis des Volksbegehrens

WZ Berlin, 24. Oktober.

Das Endergebnis des Volksbegehrens liegt nunmehr vor. Die Gesamtzahl der Eintragungen beträgt 1 216 501. Die Gesamtzahl der Stimmberechtigten beträgt demgegenüber 41 348 994. Der Prozentsatz beträgt mithin 2,94 Prozent.

Die sozialdemokratische Fraktion wäre in ihrem Kampfe gegen die Todesstrafe nicht von Mitleid für die Mörder geleitet, sie sei durchaus der Ansicht, daß Mörder unschuldig gemacht werden müssen. Die Todesstrafe müsse aber auch wegen der Scheußlichkeit des Vorganges einer Hinrichtung beseitigt werden. Da werde ein kaum noch lebender Mensch auf den Gefängnisboden geschleppt und ihm der Kopf vor die Füße gelegt. Die letzten Stunden vor der Hinrichtung seien fürchterlich. Der Anblick der Hinrichtung sei eine Strafe für den, der als Zeuge der Hinrichtung beizubehalten müsse. Keine Staatsraison verpflichte den Staat, einen solchen scheußlichen Vorgang in Szene zu setzen. Auch beim Mord wäre es richtig gewesen, im Falle eines Todesurteils den Mörder zu begnadigen. Wenn der Mörder vergessen habe, daß er ein Mensch sei, dürfe es doch der Gesetzgeber nicht vergessen. Wer ernstlich an die abschreckende Wirkung der Todesstrafe glaube, müsse für die Deffektivität der Hinrichtung eintreten. Das wünsch heute niemand mehr. Fehlurteile würden immer vorkommen können. Man müsse an die Qualen des unschuldig zum Tode Verurteilten denken, die er mindestens von der rechtskräftigen Verurteilung zum Tode bis zur Begnadigung durchlebt habe. Keine Entschädigung sei in solchen Fällen ausreichend. Wenn man aber die Möglichkeit von Justizirrtümern zugebe, müsse man die Todesstrafe beseitigen. Auf die Gnadeninstanz dürfe man sich nicht verlassen. Das sei eine Abwälzung der Verantwortung.

Der Vorschlag des Abgeordneten Kahl sei für die sozialdemokratische Fraktion unannehmbar. Er würde dahin führen, daß ein zu lebenslänglichem Zuchthaus Verurteilter unter keinen Umständen wieder die Freiheit erlangen könne. Damit würde der Hauptanreiz bei allen Verbrechen zur Besserung und Einkehr beseitigt werden. Die sozialdemokratische Fraktion fordere die

Aufhebung der Todesstrafe in allen Fällen, auch dann, wenn auf Grund des Artikel 48 der Verfassung eine Verordnung erlassen werde. Gerade in einer Zeit der Unruhe und der Erregung sei besondere Vorsicht zum Schutz des Menschenlebens angebracht. Die sozialdemokratische Fraktion stehe nicht auf dem Standpunkt der Kommunisten, die nur in Deutschland die Aufhebung der Todesstrafe forderten, in Rußland aber die Todesstrafe verteidigten. Sie fordere die Befestigung der Todesstrafe nicht nur dann, wenn sie in der Opposition sei, sondern auch, wenn sie an der Machtübernahme teilnehme.

Ministerpräsident Schuler trat der Behauptung des Abg. Japs entgegen, daß die preussische Regierung generell die Nichtvollstreckung von Todesstrafe angeordnet habe. Die preussische Regierung habe lediglich das Schreiben des Reichsjustizministers zur Kenntnis genommen, durch welches gebeten wurde, bis zur Entscheidung über die Todesstrafe bei der Beschlußfassung über das Strafsenatsbuch Todesstrafen nicht mehr zu vollstrecken.

Eine Frau für den gefeierten Mord

Nunmehr kam Frau Müller-Ottfried von der deutschnationalen Fraktion zu Wort. Wer geglaubt hätte, daß diese Dame seit ihrer vorjährigen Stellungnahme für die Todesstrafe etwas gelernt haben könnte, wurde schnell enttäuscht. Sie hob zwar hervor, daß sie sich ihre Stellungnahme nochmals überlegen würde, sie sei aber auch jetzt wieder zu dem Ergebnis gekommen, daß

die Todesstrafe aufrechterhalten werden müsse. Gegenüber grausamen Verbrechen dürfe die Justiz nicht auf scharfe Strafmittel verzichten. Der Gesellschaft müßte Schutz gewährleistet werden. Auch der Justizminister habe anerkannt, daß in Zeiten der Gefahr auf die Todesstrafe nicht verzichtet werden könne. Die letzten Zeiten aber brachten außerordentliche Gefahren für die bürgerliche Gesellschaft. Täglich seien die Zeitungen voll von neuen Mordtaten. Ihre Zahl scheine noch zu steigen. Die Möglichkeit einer abschreckenden Wirkung der Todesstrafe sei durchaus gegeben. Verzichte man auf diese Strafe, so könne man damit rechnen, daß ausbrechende Verbrechen gleich neue Verbrechen begehren könnten. Die Gegner der Todesstrafe hätten zu viel Gefühl für die Verbrecher und zu wenig Gefühl für die Opfer der Verbrechen. Gemüht trete sie nicht mit Begeisterung für die Todesstrafe ein, aber der Schutz der menschlichen Gesellschaft mache sie notwendig. Wenn gefordert worden sei, daß wenigstens die Vollstreckung der Todesstrafen an Frauen unterbleibe, so müsse sie sich dagegen wenden. Wenn eine Frau ein Leben verliere, dann dürfe ihr keine Sonderbehandlung zuteil werden. Die ganze Frage dürfe nicht sentimental, sondern sie müsse mit aller Nüchternheit behandelt werden. Gerade in dem Teil unserer Bevölkerung, der eine mehr primitive Einstellung habe, ist die Abneigung gegen die Abschaffung der Todesstrafe sehr groß. Weniger allerdings in den Kreisen, die sich mit Problemen zermürben. Die Justiz könne als härtestes Mittel die Todesstrafe nicht entbehren. Genosse Dittmann erwiderte dieser Frau: Eine Frau, eine Vertreterin des lebenspendenden Geschlechtes, die für die Todesstrafe eintritt, dürfe sich nicht wundern, wenn ihr in der Öffentlichkeit jedes menschliche Gefühl abgesprochen wird. In persönlich fühle mich außerstande, ein einziges Wort der Verteidigung für eine solche Frau zu sagen.

Ich fühle mich sogar außerstande, mit einer solchen Frau auch nur in parlamentarischer Form zu diskutieren. Ich habe für eine solche Frau nur ein Wort der Berachtung. (Widerpruch rechts.)

Sie hat nicht gesagt, wie eine schwangere Frau behandelt werden solle, ob sie wolle, daß diese Frau erst geboren soll, um danach hingerichtet zu werden. Die ganze Debatte ist äußerst deprimierend verlaufen. Die Frage taucht auf, ob unter diesen Umständen die Verabschiedung des Strafsenats überhaupt möglich ist. Die Todesstrafe ist eine der Kernfragen, die die breiten Massen des Volkes aufwühlt. Dieser noch gar kein Strafsenatsbuch als ein solches mit Todesstrafe für ein solches Strafsenatsbuch werde ich niemals stimmen. Sehr viele von den 133 sozialdemokratischen Abgeordneten stehen auf demselben Standpunkt. Die endgültige Stellungnahme der Fraktion zum Strafsenatsbuch wird davon abhängen, ob das Plus oder das Minus stärker ist. Wird die Todesstrafe aufrechterhalten, dann müssen Sie damit rechnen, daß sich eine Mehrheit in der sozialdemokratischen Fraktion für das Geleit nicht finden wird. Ein neues Strafsenatsbuch hat aber keine Autorität, wenn es nur mit knapper Mehrheit angenommen wird!

Genossin Witzel widerlegte die Behauptungen des Abgeordneten Emminger, daß in Württemberg die Abschaffung der Todesstrafe ein Steigen der Mordfälle herbeigeführt habe. Zur Rede der weiblichen Befürworterin der Todesstrafe sei zu sagen: man mag noch so fanatisch wie man wolle für die Gleichberechtigung der Geschlechter sein, das sei keinesfalls richtig, daß die Todesstrafe eventuell auch für schwangere Frauen zugelassen würde. Die Stellungnahme der deutschnationalen Abgeordneten Frau Müller-Ottfried werde von keiner normalen Frau verstanden werden. Frau Müller-Ottfried möge mit ihr in Volksversammlungen gehen, da werde sich schnell zeigen, daß die Massen des Volkes die Todesstrafe nicht mehr wollten.

Abg. Järesen erklärte für die Wirtschaftspartei daß seine Freunde für die Todesstrafe stimmen würden. Die weitere Beratung wird am Mittwoch vertagt.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hugo Saube in Leipzig.
Verantwortlich für den Anzeigenteil: Hugo Schpland in Leipzig.
Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktien-Gesellschaft Leipzig.

Lauensteins Wildunger-Tee und Tabak bei Basen und Nierenleiden. Postvertriebs nach au-wärts. Allein echt: Kölnia-Salomo-Apotheke, Grimmelstraße 17

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

Husmann und die Anklagebehörde
Mord oder Totschlag

(Von unserem Sonderkorrespondenten.)

Essen, 23. Oktober.

Die Anklage im Husmann-Prozess lautet auf Mord. Welch graufige Vorstellung: Ein Zwanzigjähriger soll nach kühler Erwägung kalten Blutes seinen Kameraden, Busenfreund und Bibelkreisgenossen einen Schnitt von Schlagader zur Schlagader bis in die Wirbelsäule hinein verfehlen und ihn dann schändend verstümmelt haben! Wie sagt doch der Angeklagte in einem seiner Briefe: „Bedenk nur, seinen Freund hinschlachten, ihm die Geschlechtssteile ausschneiden und das am Hause seiner Eltern und alles nur so nebenbei... Etwas stimmt da nicht... Es geht um Leben und Tod...“

Tatsächlich, etwas stimmt da nicht; denn um Leben und Tod des Angeklagten geht es in diesem Prozess nicht. Die Anklage wegen Mordes kann und darf nicht aufrechterhalten werden; sie schlägt den psychologischen Tatsachen ins Gesicht. Wenn Husmann schuldig ist — ob er das ist oder nicht, darüber ein Urteil abzugeben, wäre verfrüht —, so ist er jedenfalls bloß des Totschlages schuldig. Das bereits in diesem Stadium des Prozesses zu sagen, erscheint unabweislich notwendig. Die Mordanklage kompliziert die Verhandlung; sie zwingt die Parteien, Feststellungen zu treffen, die sonst nicht erforderlich gewesen wären und den Prozess nur verschleppen.

Die Beweisaufnahme hat ergeben, daß Husmann beim Aufbruch zum Kommers sich in bester Stimmung befand, daß sein Verhalten während desselben nichts Verdächtiges zeigte, daß er im besten Einvernehmen mit seinem Freunde Daube den Weg nach Hause zurückgelegt hat, daß beide eingehalt und Lieber singend, fröhlich und fröhlich dem neuen Tag entgegen gingen. Sollte er etwa den ganzen Abend geschaukelert und den Dolch im Gewande, nur auf den Augenblick gelauert haben, da er seinen Freund vor dem Hause dessen Eltern umbringen konnte? Eine psychologisch unmögliche Situation. Die Mordanklage ist psychologisch ein Unsinn und ein Unbeing. Die Frage des Vorliegens, die auf die Feststellungen des Mordtatbestandes hinzustellen, unterstützen nur diese Unmöglichkeit.

Unders die Anklage auf Totschlag. Impulse, die plötzlich aus den Tiefen der Menschenseele aufsteigen und mit elementarer Gewalt packen, sind unberechenbar und nicht voraussehbar. Verdrängte Instinkte und Triebe bewirken Explosionen, ebenso unerwartet für seine Träger und wie für dessen Umgebung. Dann steht man vor einem Rätsel; das allein aus der Gesamtpersönlichkeit des vermutlichen Täters zu entziffern, ist Analyse seines Unterbewußtseins. Deshalb hatte die Staatsanwaltschaft recht, als sie durch Befragen von Kameraden das Verhalten des Angeklagten in unbekanntesten Augenblicken einer genauen Erforschung unterzog. Das war ihre Pflicht. Die Frage ist: War der Angeklagte zu der Tat durch seine Gesamtpersönlichkeit und in erster Linie durch sein unbewusstes Triebleben prädisponiert oder nicht? Ein Unschuldiger soll nicht verurteilt werden; ein vielleicht Schuldiger nicht auf Grund unzureichender Indizien. Ein Schuldiger soll aber nicht frei ausgehen, eine Gefahr für seine Mitmenschen.

Ganz Essen und Umgebung lebt in diesen Tagen in einer Senfgion: dem Husmann-Prozess. Und es gibt nicht wenige, für die die Unschuld des Angeklagten bereits feststeht. Ja, es gibt auch solche, die der Anklagebehörde und der Eröffnungskammer zur Last legen, daß sie es überhaupt zur Hauptverhandlung haben kommen lassen. Ganz zu Unrecht. Wäre das unterblieben, so hätte sich die Justizbehörde mit Recht den Vorwurf gefallen lassen müssen, partiell zugunsten des Angehörigen der bevorzugten Klasse gehandelt zu haben.

Hand aufs Herz: Wenn ein zwanzigjähriger Bursche aus dem Volke in einen ähnlichen Verdacht gekommen wäre, wenn gegen ihn ähnliche schwerwiegende Indizien vorgelegen hätten: Bluffdecken auf dem Stiesel, für die es keine Erklärung gibt, unbegreifliche Zeitdifferenz, verdächtig nasses Schuhzeug, fehlendes Messer, in Verbindung mit einer mutmaßlichen Veranlassung, die eine ähnliche Tat möglich erscheinen ließe, hätte da die bürgerliche Presse nicht längst über diesen Jungen aus dem Volke den Stab gebrochen? Ihn zu einer Bestie in Menschengestalt gestempelt und ihn dreimal zum Tode verurteilt, noch ehe das Gericht über ihn das Urteil gesprochen hätte?

Hier wird aber der Staatsanwaltschaft zum Vorwurf gemacht, daß sie überhaupt Anklage erheben konnte. Die Anklagebehörde hat allen Grund, unbeirrt durch jegliche Einflüsse ihre Pflicht bis zu Ende zu tun. Sie handelte aber klug, die unhaltbare Mordanklage fallen zu lassen und sich auf eine Totschlagsanklage zu beschränken. Dadurch würde sie ihre Position nur stärken und den Deutschen, die Husmann, koste was es wolle, herausreißen wollen,

einerseits, ob er schuldig oder unschuldig ist, das Wasser von den Röhren abtragen.

Natürlich: ein schrecklicher Gedanke, daß ein unschuldiger Zwanzigjähriger unter so gräßlicher Anklage sechs Monate lang in der einsamen Zelle hätte sitzen müssen. Es ist eben sein Unglück, daß so viel Umstände sich gegen ihn verschworen haben. Selbst wenn es die Unfähigkeit der Polizei und das Fehlen technischer Mittel gewesen wäre, die sein Unglück mit verursacht hätten, auch dann wäre es nur sein Unglück, das er leider mit so vielen teilen muß. Wenn dies Malheur aber einem Manne aus dem Volke passiert — da trägt kein Hahn danach, höchstens, daß die Öffentlichkeit nach dem Urteil aufhorcht.

Husmann ist ein christlicher Jüngling. Wo bleibt sein Glaube an Gott, der ihm diese Prüfung gesandt? Allerdings heißt es in einem seiner Briefe: „Der Amtsgerichtsrat sagt, ich soll in dem Gedanken an Gott einen Trost finden... Zum Aohen... Schöner Trost...“ Auch das ist Husmann. Ist Husmann unschuldig, so wird er nicht verurteilt werden — so viel Vertrauen sollte gerade er und die „nationalen“ Kreise um ihn zur „deutschen Justiz“ haben.

Noch etwas anderes: Wann ist ein derartiges Aufgebot von Zeugen gesehen worden, wenn es sich um einen zwanzigjährigen Arbeiterjungen gehandelt hat? Auch das sollte sich Husmann fragen.

Das Geschrei um den Husmann-Prozess ist unbegründet. Die Einflüsse, die sich hier geltend machen, um das Gericht zu irritieren, werden am Bewußtsein der Richter, in erster Linie auch der Vollsrichter, die ihre Pflicht tun müssen, abprallen. Husmann plekt auf das Volk; ihm genügt es, wenn Staatsanwälte und Landgerichtsräte ihn als armen Jungen behandeln, denn er weiß, daß er in evangelischen und nationalen Kreisen gut angeschrieben ist. — das jagt er wenigstens in einem Briefe. Dem Gericht kann es nicht gleich sein, wie das Volk über seine Sache denkt. Aber auch dieses will einen Unschuldigen auf Grund unzureichender Indizien nicht verurteilt sehen. Das Volk will nur gleiche Gerechtigkeit für alle; für arm und für reich, für rechts und für links. Die Würde der Staatsanwaltschaft fordert jedoch, daß die Anklage auf das Maß beschränkt wird, das den wirklichen Tatsachen entspricht. Husmanns Verbrechen, sofern er überhaupt als Täter in Betracht kommt, kann nur einer Kombination von Alkohol- und Sexualtriebungen entspringen sein. Das ist aber kein Mord.

Leo Rosenthal.

Der Husmann-Prozess

„So sieht doch kein Mörder aus“

Lehrer und Eltern als Zeuge

(Von unserem Sonderkorrespondenten.)

Essen, 23. Oktober.

„So sieht doch kein Mörder aus“, hatte sich der Oberstudien- direktor Baufe gesagt, als ihn Husmann am Dienstag vor seiner zweiten Verhaftung besuchte. Ein ähnliches Wort ist im Magdeburger Prozess in bezug auf den Raubmörder Schröder gefallen: „Sieht so ein Mörder aus?“ hieß es damals, und doch war er es. Das Wenigere täuscht nur allzu oft, bald zugunsten, bald zugunsten eines Menschen, der unter Veracht eines schweren Verbrechens steht.

Das Gericht in Essen ist nun seit gestern bemüht, einen Bild hinter das äußere Gebaren des Angeklagten zu tun. Bis jetzt hat man nicht den Eindruck, daß der Vorstehende ganz klar sieht, worauf es dabei ankommt. Es werden Fragen gestellt und Dinge erzählt, die mit der Fähigkeit, eine derartige Tat zu begehen, wie sie hier zur Last gelegt wird, nichts zu schaffen haben. Und man geht leicht schnell über Dinge hinweg, die vielleicht doch einen psychologischen Fingerzeig zu geben imstande wären.

In der Hauptsache sind es drei Gruppen von Zeugen, die in Betracht kommen: die Eltern, die Lehrer und die Kameraden. Die Lehrer wissen natürlich, wie stets, am wenigsten über ihren Schüler; mehr können schon die Eltern über ihr Kind sagen; seine intimsten Vorgänge bleiben auch ihnen verborgen. Das meiste wissen selbstverständlich die Kameraden. Ihnen müssen aber die Jungen erst gelöst werden. Sie sind ja von der Schule aus gewohnt, ohne eine Wimper zu zucken, den Erwachsenen gegenüber die Unwahrheit zu sagen. In diesem Falle liegen die Dinge noch komplizierter. Die Mutter des ermordeten Helmut Daube begann ihre heutigen Aussagen mit zwei Erklärungen, die beides Zeugnis über die Stimmungen innerhalb der jugendlichen Zeugen des Husmann-Prozesses abgeben. Husmann habe gedroht, sagte sie, die Namen seiner Mitschüler zu nennen, die mit Hilfe des Schulwarts Neuwöhner, die Themen zum schriftlichen Abiturienten- examen gestohlen haben, falls sie zu seinen Ungunsten auslagen sollten. Und ein Zeuge habe erklärt, die Wahrheit nur sagen zu können, falls während seiner Vernehmung Husmann nicht anwesend sein würde. Vielleicht hat die Ermahnung des Vorstehenden, sich ihr junges Leben nicht zu verderben, auf die jungen Leute doch Eindruck gemacht.

Also die Lehrer. Ihnen fiel in der Hauptsache Husmanns überhöfliches Wesen auf. Manchem von ihnen schien es gekünstelt, einer nannte es sogar trierisch. Der Mathematiker, der ehrlich eingestand, daß seine Beobachtungsmöglichkeiten beschränkt waren, gab neben dem Bibeltreisesleiter die treffendste Charakteristik des Angeklagten. Der erstere fand bei ihm einen femininen Zug und er nahm sogar mit dem Rektor Kleinböhmer wegen der Weichlichkeit, Süßlichkeit und Schmeichelei seines Schülers Rücksprache. Der letztere betonte seinen starken Trieb, andere zu beherrschen, so kompensierte er seine Minderwertigkeitsgefühle. Noch ein Lehrer glaube nicht erkennen zu können, ob das äußere Sichbeherrschen bei Husmann etwas Natürliches, oder nur eine glänzende Maske war. Daß er besonderes Wohlgefallen daran gefunden hätte, sich mit den jüngeren Schülern herumzubalgen, konnte niemand betunden. Auch ist den Lehrern nichts Besonderes in den Beziehungen zwischen Daube und Husmann aufgefallen. Ueber die große Religiosität des Angeklagten machte der Bibeltreisesführer Pfarrrer Nowak Aussagen. Ihm schrieb der Angeklagte einmal einen Brief, in dem er von seinem lieben Freund Helmut sprach, mit dem er stets bestrebt sei, ganz eins zu werden in der treuen Gefolgschaft Jesu... Dieses religiöse Streben war anscheinend bei manchen jungen

Leuten aus dem Bibelkreise eigenartig mit anderen Wesenszügen gepaart. Davon erfuhr man manches von der Mutter des ermordeten Helmut Daube, des Freundes von Husmann. Als sie ihren Jungen eines schönen Tages fragte, weshalb er keinen Freund in der Klasse habe, sagte er ihr:

„Du glaubst gar nicht, wie in unserer Klasse gefant wird. Manchmal denke ich, ich müßte mitfahren, dann stünde ich nicht allein.“

Die Zeugin legte aber den größten Wert darauf, daß ihr Sohn „rein“ bleibe, und so riet sie ihm ab, hier mitzumachen. Sie warnte ihn auch seinerzeit, als sie merkte, daß er der üblichen Art der jugendlichen sexuellen Betriedigung verfallen war. Als er dann, um seinen Trieb zu bekämpfen, sich übermäßig dem Sport hingab und seine Schularbeiten zu vernachlässigen begann, stellte die Zeugin ihn auch deswegen zur Rede. Sie gab aber kein bei, als er ihr unter Tränen den wahren Grund für seine Sportübertriebung kundtat — er wolle doch rein bleiben. Eine große Beruhigung waren für sie seine Beziehungen zu Ilse Kleinböhmer, der Pflegegeschwester des Angeklagten. Eines Tages kam Helmut aber ganz verstimmt nach Hause, rief Vater und Mutter ins Zimmer und sagte ihnen: „Ich bitte euch, behandelt mich in den nächsten Tagen nicht schroff, nehmt auf mich Rücksicht, ich bin innerlich so wund... Ich ertrage es sonst nicht.“ Erst später ließ er sich näher darüber aus.

„Ich habe mich in Karl schwer getäuscht; er hat bei jeder Gelegenheit gegen mich gehetzt und gestöhert und mich mit Ilse auseinandergebracht. Er duldet nicht, daß ich mit jemand anderem außer ihm Freundschaft habe.“

Die späteren Beziehungen zu einem anderen jungen Mädchen, die allzu modern gekleidet war, mißfielen der Mutter. Daß er Beziehungen mit Arbeiterfrauen aus der Kolonie unterhalten habe, bestreitet sie. Die Beziehungen zwischen Husmann und ihrem Sohne waren äußerst schwankend. Es kam oft zu Auseinandersetzungen und zu Bestimmungen. Ueber den wahren Grund ließ er sich niemals aus, wie er überhaupt niemals etwas über seine Kameraden verlauten ließ. Aufgefallen waren ihr eigentlich keine Balgereien zwischen den beiden. Einmal waren z. B. Hofenknöpfe abgerissen und der Schiffs zerfallen. Ein anderes Mal drückte Karl den Helmut derart zu Boden, daß sie ihrem Jungen sagte: „Wer Karl in die Finger kommt, der ist geliebert.“ In den letzten Tagen hat zwischen beiden eine große Mißstimmung geherrscht: „Karl macht immer so dikuerlich, er muß immer einen martieren“, habe er von ihm gesagt.

Der Vater des Ermordeten kann über seinen Sohn weniger aussagen. Der junge Mensch hat sich mehr der Mutter anvertraut. Er ist aber der Ansicht, daß Helmut nicht gelagt hätte, daß Husmann sein bester Freund sei. Als dieser sich wochenlang überhaupt nicht mehr hatte sehen lassen, fragte er seinen Sohn, was denn eigentlich los sei, worauf Helmut sagte: „Vater, frage nicht.“

Ueber den Angeklagten selbst machte noch einige unbedeutende Bekundungen sein Pflegevater. Er hebt seine starke Religiosität hervor, bestreitet, daß Husmann sitzengelieben sei, um dieselbe Klasse wie Daube besuchen zu können, in ihren Beziehungen hat er nichts Verdächtiges bemerkt. Höflichkeit und Sichbeherrschen bei Karl anerzogen worden, seine Ruhe entspringe dem Gefühl seiner Unschuld.

Die Tochter des Rektors Kleinböhmer, Ilse, bestreitet, daß Karl sie mit Helmut auseinandergebracht habe. Der Grund dafür sei die Furcht vor dem Gelächter im Bibelkreise gewesen. Sie gibt aber zu, daß Husmann wohl eiferfüchtig auf ihren Verkehr mit Daube gewesen sei. Noch andere junge Mädchen, die zu Husmanns Bekanntschaft gehören, wollen ihn für einen normalen Menschen gehalten haben. Die Mitschüler kommen morgen an die Reihe.

Unsere Kinder-Tage

erfreuen sich lebhaften Zuspruchs



Nutzen auch Sie die

überaus günstige Kaufgelegenheit

für die kleine Welt aus.

Abgerückt

Ein sogenanntes Einheitskomitee für Rußland-Delegationen forderte in der kommunistischen Presse zum Besuch eines öffentlichen Lichtbildervortrages auf, der am Mittwoch, dem 24. Oktober d. J., in der Goldenen Krone in Leipzig-Möckern stattfinden soll. Das Programm sieht weiter musikalische Darbietungen und Vorführungen der Freien Turner vor. Zur Deckung der Unkosten erheben die Veranstalter, die ja bekanntlich immer Geld gebrauchen können, einen Beitrag von 20 Pfennig.

Zu dieser rein kommunistischen Veranstaltung geht der Redaktion folgendes Schreiben des Vorstandes der Freien Turnerschaft Leipzig-Möckern zu:

Die Leitung der Freien Turnerschaft Leipzig-Möckern, e. V., gibt hiermit bekannt, daß sie mit den Aufführungen beim Einheitskomitee für die Rußland-Delegation am Mittwoch, dem 24. Oktober, 20 Uhr, in der Goldenen Krone in Leipzig-Möckern nichts gemein hat, da sie vom Einheitskomitee weder Aufforderung noch Einladung zu den Aufführungen erhalten hat. Der Vorstand lehnt es ab, den Vereinsnamen mißbrauchen zu lassen.
Freie Turnerschaft Möckern.
W. Richter, 1. Vorsitzender.

Der Vorstand der Freien Turnerschaft Möckern — die Vorstandsmitglieder sind in ihrer übergroßen Mehrheit Kommunisten — rückt mit der vorstehenden Erklärung weit von den Veranstaltern, dem kommunistischen Einheitskomitee für die Rußland-Delegation ab. Das ist erfreulich; es ist zugleich ein Beweis dafür, daß den Vorstandsmitgliedern der Freien Turnerschaft Möckern die Einheit des Arbeiter-Turn- und Sportbundes weit höher steht, als eine von den Kommunisten arrangierte Filmvorführung, die lediglich dazu angetan ist, für die Rote Sport-Internationale zu werben, die planmäßig auf Zerstückelung der Sozialistischen Arbeiter-Sport-Internationale hinarbeitet. Hoffentlich ist die Stellungnahme des Vorstandes der Freien Turnerschaft Leipzig-Möckern auch für die übrigen Vereinsmitglieder Anlaß, die Veranstalter unter sich zu lassen und die Beschlüsse des Bundestages zu respektieren.

Wann kommt die Weite

„Der Gauvorstand von Groß-Leipzig (WVWB) hat in diesen Tagen seinen Jahresbericht für das Spieljahr 1927/28 der Öffentlichkeit in gedruckerter Form übergeben.“ So lesen wir in den Leipziger Neuesten Nachrichten. Wir haben uns einen solchen Jahresbericht, weil er der „Öffentlichkeit“ übergeben worden ist, erlaubt, anzulegen.

Mit dieser Übergabe gibt man der Öffentlichkeit kund, daß es langsam, aber um so sicherer mit dem „Groß-Gau Leipzig im WVWB“ bergab geht. Die VN schreiben von „einem“ Jahre schwerer Sorgen. Wir stellen nur fest, daß die Sorgen schon mehrere Jahre bestehen. Die Krise ist chronisch und kann nur behoben werden, wenn sich die Mitglieder der angeschlossenen Vereine bestimmen, zu welcher Klasse von Menschen sie gehören. Den Herren vom Gauvorstand aber kann zugerufen werden: Liquidiert und die schweren Sorgen selbst ihr!

Die VN und der Jahresbericht stellen fest, daß ein Rückgang der Stärke des Spielbetriebes im Fußballbetrieb zu verzeichnen ist. Die Ausgaben für die Werbetätigkeit hat man auf ein Minimum herabgeschraubt, und trotzdem kommt die Hin- und Herzurückpresse zu dem Resultat, daß der Gau erfolgreich gearbeitet hat. Wir gratulieren zu dieser erfolgreichen Arbeit und hoffen, daß es weiter so geht. Wir helfen mit und übernehmen die Weite.

Was man nun in der Spieltätigkeit zu wenig aufgebracht hat, hat man im Kassenergebnis zu viel gerechnet. Rund 2000 Mark legt man mehr Vermögen ein, als wie man besitzt. Netto Rentieren, die diese „Kleinigkeit“ einfach übersehen! Wie es mit dem Kassenergebnis steht, ist es gleichfalls mit den Mitgliederzahlen. 16000 Mitglieder zählt man und 315 Mannschaften, einschließlich der Jugend und Knaben, besitzt man, die sich erlauben, Fußball zu spielen. Die „Handvoll“ Faust-, Schlag- und Handballspieler noch nicht eingerechnet. Von 401 Fußballmannschaften ist man zurückgegangen auf 315!

Dies nennt man „gutes“ Arbeiten des Gauvorstandes. Ja, den Willen, die Sportbewegung vorwärtszutreiben, streiten wir den Herren nicht ab. Auch ein gutes Teil Idealismus kann dabei sein, aber sehen sie nicht den Mangel vor ihren Augen? Haben die Gauvorstandsmitglieder nicht den Mut, den Mitgliedern zu erklären, an was der Rückgang liegt? Nein, das bringen sie nicht fertig. Jedoch die Mitglieder, sie sehen langsam ein, daß sie nicht länger diesem Gauvorstand Gefolgschaft leisten können; einer nach dem anderen kommt zu seinen Klassengenossen. Sie treten ein in den Arbeiter-Turn- und Sportbund, sie spielen ihren Fußball bei der Sächsischen Spielvereinigung.

Im gleichen Maße, wie der „Groß-Gau“ seinen Rückgang registriert, erlaubt sich die Sächsische Spielvereinigung, ihr Vorwärtsstreben der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Sie hat ziemlich das gleiche Gebiet wie der Großgau zu bearbeiten. Sie umfaßt 40 selbständige Vereine und 62 Fußballabteilungen. Fußballabteilungen, die zum großen Teil nur einen Bruchteil des Gesamtvereins darstellen; dennoch kommen über 8000 Mitglieder heraus. Aber nicht, wie bei euch, meistens passiv, sondern zu 90 Prozent aktive Spieler.

Wo marschiert die Masse? Bei den Arbeiterportieren! Der große stolze Gau Leipzig vom WVWB hat seine Vorherrschaft an die so wenig beachteten Arbeiterportierer abtreten müssen. Nicht aus Sensationsgier oder Reformsucht sind die Mitglieder übergetreten, sondern weil sie Volkssport betreiben wollen. Alle schönen Diplome, Kränze, Pokale haben nichts genützt, die teuer bezahlten „Sportlehrer“ halten die Weite nicht auf. Auch die bürgerliche Presse kann trotz guter Unterstützung nicht verhindern, daß es dem Ende zugeht. Nur Einsicht und schnellste Einstellung des Betriebes kann vor der Blamage verschonen! Gibt es nicht zu denken, wenn man 86 Fußballmannschaften einbüßt und die Sächsische Spielvereinigung im gleichen Zeitraum um 160 Mannschaften zunimmt? Gibt es nicht zu denken, wenn man bei 5000 Jugendlichen nur sage und schreibe 77 Mannschaften besitzt und die Sächsische Spielvereinigung die doppelte Zahl an Mannschaften ihr eigen nennt? Dabei gibt es im Lager der Arbeiterportierer keine „Meisterlehre“ durch Erheben von den Sitzplätzen. Allerdings, der bürgerliche Sport benötigt dessen, um wenigstens noch einigermaßen lebensfähig zu sein.

Die Arbeiterportierer besitzen nicht die Mittel, um Sportlehrer zu bezahlen, aber sie haben Genossen, die ohne Einigkeit die technische Weiterbildung der Mannschaften in die Wege leiten. Der Erfolg zeigt sich jetzt schon. Eine Beobachtung der Spiele wird beweisen, daß die Mannschaften der Spielvereinigung technisch keinesfalls zurückstehen. Die Ueberheblichkeit der bürgerlichen Presse ist Rauch und Schall. Es steht nichts dahinter.

Nur eins kann die Parole sein: Heraus aus den bürgerlichen Verbänden! Hinein in den Arbeiter-Turn- und Sportbund! Ko.

Textilkampf aufgehoben

Verbindlichkeitserklärung!

München, 22. Oktober.

Die heute vormittag begonnenen Nachverhandlungen über die beiden Schiedssprüche in der Dillener und München-Glabbacher Textilindustrie vor dem Schlichter für das Rheinland endeten abends mit der Verbindlichkeitserklärung der beiden Schiedssprüche. Für die Rheinener Seidenbetriebe wurde ein Sonderabkommen vereinbart.

Der Beirat des Deutschen Textilarbeiterverbandes hat am Sonntag zu den Schiedssprüchen für die niederrheinische Textilindustrie Stellung genommen. Der Verbandsbeirat hat einstimmig einen Aufruf beschloffen, der auch von der christlichen und der Fisch-Dunderschen Organisation unterzeichnet wurde.

Aufruf der Textilverbände

Unter dem Vorwande, daß von den Textilarbeiterverbänden ein zentral geleiteter Angriff auf die deutschen Textilindustriellen geplant sei, wurden die Vertreter sämtlicher Textilarbeiterverbände zu einer Sitzung nach Berlin beordert. In dieser Sitzung wurde beschlossen, jeder Lohnreduzierung, die von Seiten der Textilarbeiterschaft eventuell gefordert werden sollte, äußersten Widerstand entgegenzusetzen. Um dieses Ziel zu erreichen, gingen die Unternehmer im Rheinland zum Angriff über. Von langer Hand bereitete man den Kampf in München-Glabbad unter größtem Vertrauensbruch, unter Verstoß gegen Treu und Glauben vor. Während der Laufzeit tariflicher Bestimmungen und mündlicher Zusagen wurden letztere gebrochen. Der Arbeitgeberverband von M.-Glabbad ist der erste in der Tarifgeschichte der deutschen Textilindustrie, der sich gegenüber seinen Tarifkontrahenten des Treubruchs schuldig gemacht hat, indem er willkürlich von sich aus anordnete, daß die fälligen Verdienste bis zu 25 Prozent und darüber unter Androhung von Konventionsstrafen gekürzt werden sollten. Darüber hinaus forderte er noch einen offiziellen Lohnabbau von 12 1/2 Prozent.

Trotz des gegebenen Versprechens, bis zum endgültigen Scheitern der Verhandlungen keinerlei Kampfmaßnahmen vorzunehmen, brach derselbe Arbeitgeberverband auch dieses gegebene Wort, indem er, bevor die Arbeitnehmerseite noch Stellung zu dieser Frage genommen hatte, dieser die Mitteilung zukommen ließ, daß die Ausperrung bereits beschlossen und tags darauf verhängt wurde. Als daraufhin die Arbeiter im Kampfe standhaft blieben, beschloffen die Textilindustriellen im übrigen Rheinland und Westfalen, die gesamten Textilarbeiter auszulauern. Es ist kaum anzunehmen, daß die rheinischen Textilindustriellen bei ihrer Verschleifung über die wirklichen Vorgänge in M.-Glabbad richtig informiert gewesen sind.

So wurde die Textilarbeiterschaft in den genannten Bezirken des Rheinlandes die Unanigade in dem riesigen Kampf, der sich zwischen Textilarbeiter und Textilarbeitnehmer abzuspielen begonnen hat.

In dem von Amts wegen eingeleiteten Schlichtungsverfahren für Dören und den M.-Glabbacher Tarifbezirk haben die einmütigen Zusammenstehen der Textilarbeiterschaft Erfolge prinzipieller Art zu verzeichnen, deren günstige Auswirkung sich für die Arbeiterschaft zeigen wird.

1. Der geplante Lohnabbau der Unternehmer ist abgewehrt, was gleichbedeutend mit einer Verhütung der Schmälerung des Verdienstes um 12 1/2 Prozent ist.
2. Die Gewerkschaften haben die Verlängerung des alten Tarifvertrags in unveränderter Form ebenfalls abgewehrt.
3. Das Prinzip der Arbeitgeber, auf der ganzen Linie keine Lohnreduzierung zu geben, ist dadurch durchbrochen, daß in Dören eine Lohnreduzierung von 4 1/2 Prozent auf alle Tariflöhne, in M.-Glabbad eine solche von 5 Prozent auf die Zeitlöhne erlangt wurde.
4. Die Akkordlohnregelung konnte aus dem variablen Verhältnis auf eine sichere Basis gestellt werden.
5. Die Abbaufälle ist gefallen.
6. Der Prozentsatz ist von 60 auf 70 gesteigert worden.
7. Die bisher gewährten vier arbeitsfreien Ferientage wurden auf sechs arbeitsfreie Ferientage festgelegt.

Dies ist das Ergebnis des großen Kampfes der Textilarbeiter im Rheinland.

Bei Beurteilung der Frage, ob den Schiedssprüchen von den Gewerkschaften zuzustimmen sei oder nicht, konnte in diesem besonders gelagerten Falle nicht der materielle Erfolg ausschlaggebend sein, sondern der prinzipielle. Die Kampftat der Textilarbeiter ist durch diesen Stoß durchbrochen. Dieser Gesichtspunkt mußte bei Beurteilung der Frage, die für die gesamte deutsche Textilarbeiterschaft von größter Wichtigkeit ist, berücksichtigt werden. Aus diesem Grunde haben die Gesamtvorstände der beteiligten Organisationen im Verein mit ihren Beiräten beschlossen, diesen Schiedssprüchen ihre Zustimmung zu geben. Sie dokumentieren mit diesem Schritt die dadurch geschichtlich festgehaltenen

prinzipielle und moralische Niederlage des Textilunternehmens in Deutschland.

Textilarbeiter und Textilarbeiterinnen! Ihr habt vor einer großen Kraftprobe gestanden. Ihr habt diese Kraftprobe musterhaft in vollster Disziplin bestanden. Nur dann, wenn ihr euch noch wie vor weiter um die Fäden eurer Verbände schart, werdet ihr derartige Kraftproben des Unternehmertums genau so abwehren können, wie es in diesem geschichtlichen Augenblick der Fall gewesen ist!

Taktische Erwägungen

Einem Artikel des SPD zum linksrheinischen Textilkampf entnehmen wir:

Im großen Textilkonflikt sind die Würfel gefallen. Damit ist die eigentliche Entscheidung nach einmal vertagt. Die Textilarbeiter haben sich nun den Textilarbeitern den Zeitpunkt des Handelns nicht vorschreiben lassen. Die Textilunternehmer wollen jetzt die Textilarbeiter zwingen, sich zur Entscheidungslage zu stellen. Die Arbeiterschaft hat den Arbeitgebern den Gefallen nicht getan. Die Abrechnung folgt, wenn die Textilarbeiterschaft den Zeitpunkt dafür selbst bestimmen kann.

Die Textilarbeiter wollten zu einem großen Schlage ausholen. Deshalb wurde von ihnen der Lohnkampf in München-Glabbad bevorzugt vorbereitet. Deshalb wurde er von den Spitzenverbänden der Textilindustriellen geliebt. Das alles zeitig, daß die Textilunternehmer den Kampf jetzt durchführen wollten. Warum jetzt? Wenn man auch in der Textilindustrie nicht gerade von einer schlechten Konjunktur sprechen kann, so bietet doch die allgemeine Lage für die Arbeiterschaft zur Zeit wenig Chancen. Für die Arbeitnehmerverbände war daher neben der sachlichen Prüfung des Schiedsspruches auch die Frage zu entscheiden, ob zu dem gegenwärtigen Zeitpunkt der Kampf durchgeführt werden sollte. Sie kamen dabei zu der Überzeugung, daß man den Kampf nicht zu einem Zeitpunkt durchführen soll, den die Unternehmer sich ausgesucht haben, weil sie für sie günstig ist.

Der Schiedsspruch selbst befriedigt nicht. Unter diesen Umständen ist es zu verstehen, wenn eine Anzahl von Betriebsräten — nicht die Betriebsrätenkollektive, wie es in der kommunistischen Presse heißt — sich gegen den Beschluß des Verbandsbeirates des Deutschen Textilarbeiterverbandes ausgesprochen hat. Infolge der Ausdehnung und Bedeutung des Kampfes konnte aber die Entscheidung nur bei den Verbandsinstanzen liegen und nicht lediglich bei der augenblicklich im Kampf stehenden Arbeiterschaft. Bei dem München-Glabbacher Konflikt stand mehr auf dem Spiele als nur

München-Glabbad und die Nachbarschaft. Die Entscheidung mußte deshalb dort fallen, wo die Gesamtlage besser übersehen werden kann.

Das Vorgehen der Textilunternehmer stellte in der Kampfmittelfrage die Gewerkschaften vor ganz neue Aufgaben. Die Gewerkschaften haben auch ihrerseits jetzt alle Veranlassung, ihre Kampfsmittel zu überprüfen. Keine Zeit ist zu verlieren; denn die große Auseinandersetzung zwischen Textilarbeiterschaft und Textilkapital kommt und muß durchgeschlagen werden. Vielleicht hat die Haltung der Textilarbeiter im München-Glabbacher Konflikt auch der unorganisierten Arbeiterschaft die Augen geöffnet. Zeit wäre es, daß sie jetzt endlich erkennt, daß es ihre Pflicht ist, dem Deutschen Textilarbeiterverband beizutreten, um die Kampffront der Arbeiter zu stärken.

Sachsen-Konferenz des ADGB

Schluss des Verhandlungsberichtes aus der gestrigen Nummer.

In seinem Schlusswort erklärte Genosse Arndt, man könne sicherlich mit dem Schlichtungsergebnis nicht in vollem Umfange zufrieden sein. Es sei aber auch den Schlichtern nicht möglich, fehlende gewerkschaftliche Kampfkräfte auszugleichen. Genosse Arndt hat dann, Einzelfälle von Arbeitsgerichten nicht zu verallgemeinern, mindestens der gute Wille müsse anerkannt werden. Die gewerkschaftlichen Erfolge bei der Bekämpfung der Arbeitsämter könnten sich leben lassen. Leipzig sei allerdings ein wunder Punkt, hier stand unserem Kandidaten ein einzelner Gegenkandidat gegenüber. Wir haben hier ein Schulfeld dafür, wie der Wandel an geeigneten Kräften bemerkt wird. Arndt unterstreicht die Kritik, die in der Diskussion an der Sozialistischen Bewegung geübt worden ist.

Dann wird die beantragte Entlastung der Bezirksleitung einstimmig angenommen und ein zweiter Sekretär für die Bezirksleitung in der Person des Genossen Golke, Falkenstein, bisher Geschäftsführer des Textilarbeiterverbandes, gewählt.

Einstimmig angenommen wurde eine vom Bezirksauschuss vorgelegte Entschließung über

Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.

Diese Entschließung fordert die Verlegung des Schwerpunktes der Verwaltung in die Selbstverwaltungsgremien der unteren und mittleren Instanz und für die Landesarbeits- und Arbeitsämter genügend Spielraum für organisatorische Maßnahmen. Die Entschließung appelliert weiterhin an den Präsidenten des Landesarbeitsamtes „von der Ermächtigung auf Ausdehnung des beruflichen Geltungsbereiches der Krisenfürsorge weitestgehenden Gebrauch zu machen“. Sie fordert darüber hinaus die Einbeziehung aller Arbeitslosen in die Krisenfürsorge und eine durchgreifende Verbesserung der Kurzarbeiter-Unterstützung.

In den einstimmig angenommenen Beschlüssen einer Entschließung über Arbeiterbildung wird ein Ausbau und eine Vereinheitlichung des gesamten Berufs- und gewerblichen Schulwesens gefordert. Außerdem verlangt diese Entschließung für die Betriebs- und Wirtschaftsschulen die Bereitstellung ausreichender öffentlicher Mittel.

Eine weitere Entschließung über den Jugendschutz befaßt sich mit der Durchführung einer planmäßigen und wirksamen Erholungsfürsorge für die wertvolle Jugend und sieht den ersten praktischen Schritt auf diesem Wege in Sachsen in der Errichtung eines Jugenderholungsheims in Ottendorf. Die Entschließung fordert die Unterstützung des Vereins zur Förderung sächsischer Jugenderholungsheime.

Die Konferenz wandte sich dann der Beratung der vorliegenden

Anträge der Ortsauschüsse

zu. Ein Antrag von Johann Georgenstadt, auf die Beilegung der Vorarbeit in der ADO hinzuwirken, wonach die Verwaltungen 10 Prozent der Kosten für Arznei, Heil- und Stärkungsmittel selbst zu tragen haben, wurde angenommen.

Des weiteren gelangt ein Antrag von Wurgeln zur Annahme, der verlangt, daß darauf hingewirkt wird, daß die Invalidenversicherungsbeiträge wieder durch die Krankenkassen eingezogen werden.

Die Forderung des Ortsauschusses Zwickau, die Herabsetzung der Wartezeit in der Arbeitslosenversicherung auf 3 Tage anzustreben, machte sich die Konferenz „ohne allzu große Hoffnungen“ zu eigen.

Ohne Bindung für die Unterhändler des ADGB wurde auch ein weiterer Antrag von Zwickau angenommen, der verlangt, dahin zu wirken, daß für die Arbeiter im Baugewerbe und in den sonstigen Saisonberufen dieselben Bestimmungen in der Arbeitslosenversicherung über Wartezeit und Unterstützungsdauer gelten sollen, wie für alle anderen Arbeitslosen. Genosse Vauz, Leipzig, vertrat bei der Besprechung des Antrages energisch die Forderungen der Bauarbeiter, während Genosse Arndt darauf vorbereitete, daß die Pläne gegen die Bauarbeiter (nur sechs Wochen Arbeitslosenunterstützung, dann bei Bedürftigkeit Krisenfürsorge) wahrscheinlich durchgeführt werden.

Ein Antrag des Ortsauschusses Limbach gegen den Bundesvorstand des ADGB und allerhand andere den Kommunisten mißliebige Einrichtungen und Verhältnisse, dem die Mehrheit der Konferenz mit der Absicht zur Beratung verwarf, den Kommunisten eine sachliche allgemeine Aussprache zu ermöglichen, führte zu einer kurzen Diskussion, in der Heim, Limbach, demonstrierte, wie sehr die kommunistische Presse auch einen alten Kämpfer in eine Blamage hineintreiben kann. Der Antrag wurde gegen 11 Stimmen abgelehnt, nachdem Genosse Arndt die Schuld der Kommunisten an den Hamburger Vorkommnissen noch einmal festgestellt hatte.

Die Konferenz nahm mit der Wahl des Bezirksauschusses und einigen den Inhalt der Tagung knapp zusammenfassenden Schlussworten des Genossen Schilling 16 Uhr ihr Ende. Wenn Genosse Schilling glaube, der Arbeit der Konferenz ein gutes Zeugnis ausstellen zu können, so muß man ihm darin durchaus zustimmen. Die Konferenz verlief unter lebhafter Aufmerksamkeit der Teilnehmer, mit Ruhe wurden auch abweichende Meinungen und mit Humor die kommunistischen Redner dann angehört, wenn diese, was erfreulicherweise auf dieser Konferenz nicht allzuoft geschah, der Versuchung erlagen, die üblichen Phrasen und Parolen vorzutragen. Besonders erfreulich mußte die mehrfach zum Ausdruck gebrachte Bereitschaft sein, alle in ein kollegiales Verhältnis einzubeziehen, die bereit sind, in der Gewerkschaftsarbeit ihren Mann zu stehen. Auch sonst vertieten die Konferenzsteilnehmer bei eilichen Gelegenheiten, daß manche Veränderungen der geistigen Haltung der sächsischen Gewerkschaften eingetreten ist. Das zeigte sich am deutlichsten in dem Verhalten der Konferenz gegenüber einer Rede von Oetzel, Chemnitz, der ein „Bekenntnis zum Staat, in dem wir leben“, ablegte und mit der Diskussion gegen „Meinungen, die nur in Sachsen in der Parteipresse zu finden sind“, eine ach so bekannte Waise drehte. Vorteil mit diesen Auslassungen nur ein tüftles Erstaunen hervor. Die Zeiten und manche Verhältnisse haben sich eben stark geändert und uns schien, man habe das in der sächsischen Gewerkschaftsbewegung doch ziemlich allgemein erkannt.

Volkshaus Leipzig

Spezialanrichte. Heute Klasse mit Birnen 45j
Gefüllte Kalbsbrust mit Spinat 1.00 Schlachtfest
Morgens: Kalbsbrühen mit Gemüse 85j Schweinskotlet
mit Bayrisch Kraut 1.40



Vogelzug über Helgoland



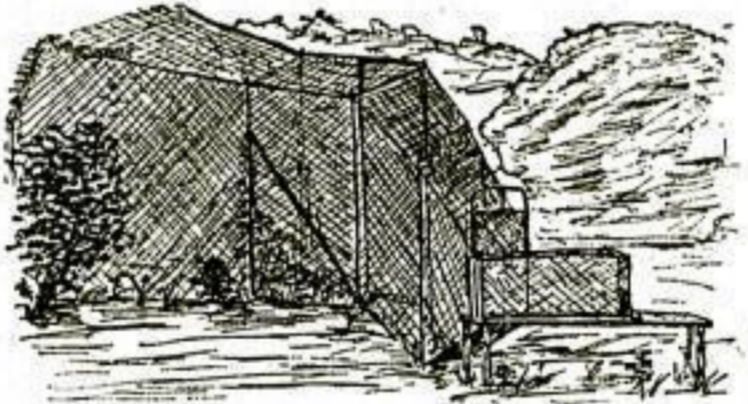
Alljährlich ist Helgoland das Ziel vieler Tausenden von Erholungstrenden. Jeder Dampfer, der an der Reede anlegt, bringt Scharen blauer meist lehrreicher Menschen. Sie nehmen als Badegäste Quartier oder taumeln als Eintagsfliegen mit unverzolltem Importen im Gesicht und billigen Schnaps in der Tasche über das Oberland, Großstädtisches Leben macht sich in den malerischen Gassen des Unterlandes breit. Balas bieten gräßlichen Plunder an und finden unter den Gästen immer wieder Kaufstücker. Kurzweil und Dilettanz, Flirt und Tändelei, das sind die üblichen Kennzeichen des Badeortes. Neben all diesem geräuschvollen Tag- und Nachtleben gedeiht auf Helgoland die stille Gelehrtenarbeit. Zwar lenkt das prächtige, neue Aquarium die Aufmerksamkeit auf die Staatliche Biologische Anstalt Helgoland, aber die Zwecke und Ziele der Abteilung „Vogelwarte“ bleiben in der Hauptsache unberührt.

September ist es und wunderschöner Herbst. Von Tag zu Tag pilgern weniger Kurgäste nach der Nordspitze, um den feurigen Sonnenball in den Fluten versinken zu sehen. Um so mehr nimmt die Zahl der rastenden Zugvögel zu. Das Oberland wimmelt von Steinschmähern. In Skandinavien, Island und Grönland sind sie aus dem Ei geschlüpft. Wir wühlten ihre Heimat nicht, wenn nicht die systematische Forschung Klarheit über die geographischen Vogelstraßen gebracht hätte. In der Forscherkammer der Vogelwarte liegen die Reizen der Steinschmähler vor uns. Wir messen die Flügel, vergleichen die Schnäbel, betrachten die Farbenunterschiede und können gut den großen grönländischen, vom kleineren skandinavischen Steinschmähler unterscheiden. Unsere Kenntnisse verdichten wir bei der Beobachtung zu verwerthen. Dort steht ein schönes altes Männchen, im grauen Kleid. Große Gestalt und spitzer Flügel lassen den Grönländer vermuten. Er trippelt ein Stück vor uns her, bleibt stehen und richtet sich auf. Der Kopf ist hochgerichtet und der Schwanz berührt fast den Boden. Jetzt fliegt der Steinschmähler weg, grell leuchtet der weiße Bügel im schattigen Flug. Wo wir hinschauen, überall trippeln und fliegen die Steinschmähler. Wie ein Stück weißes Papier, das vom Winde fortgetragen wird, fliehet der fliegende Vogel aus. Nur schwer lassen sich die Zahlen der rastenden Steinschmähler feststellen. Es sind etwa dreihundert, doch nein, es müssen mehr sein, vielleicht fünfhundert oder sechshundert. Am anderen Morgen ist die Masse verschwunden, mit Mühe zählen wir dreißig Stück. Die anderen sind in der Nacht weitergezogen. So ändert sich fast jeden Tag das Bild.

An der Südspitze wachsen kümmerlich einige Büsche und Sträucher, der Wind pflast in den Ästen und der Sturm bricht weg, was hoch hinaus will. So bleibt das Gestrüch niedrig und gerade recht, um den Rotschwänzchen, Laubfängern, Fliederschneepapern und Grasmücken Unterschlupf zu gewähren. In der Tat herrscht hier ein munteres Vogelleben, wie wir es in solcher Mannigfaltigkeit im Binnenlande vergeblich suchen. Die grünen Federbüschel der Fitislaubvögel huschen geschickt durch das Blättergewirr, die Grasmücken schmiegen sich in das Buschwerk hinein, nur der Rotschwanz kommt led auf einen primitiven Drahtzaun gestoppt und zeigt sein frisch vermausertes Kleid mit dem schwarzen Kehlfeld und den feinen weißlichen Federpitzen. Jetzt knickt er, fliegt weg, aber schon sind zwei andere Rotschwänze da. Mit dem Fernglas suchen wir alle die Vögel festzustellen. Ein vergebliches Bemühen ist es jedoch, die Zahl der rastenden Vögel exakt zu ermitteln. Wir müssen uns mit Schätzungen so gut als möglich behelfen, um wenigstens zu wissen, ob es mehr oder weniger Vögel gegenüber den Vortagen geworden sind.

Vorher es dunkelt, wollen wir noch der Sapskühle einen Besuch abstatten und hoffen, einen Sperber zu fangen. Sapskühle liegt heinade so geheimnisvoll wie das Ding aussieht. Der Umeingeweihte staunt die grüngefärbte hohe Mauer an, die außerdem noch einen Stachelstachel trägt, und möchte zu gern einen Blick in das mysteriöse Innere werfen. Die Tür wird immer noch verschlossen und wenn man auf den nahen Damm steigt, so sind nur Büsche und Sträucher zu sehen. Der Zweck der Sapskühle soll gleich erläutert werden. In einer Vertiefung, die durch Wegnahme von Erdmassen entstand, hat die Biologische Anstalt einen botanischen Versuchsgarten angelegt. Rosen stehen noch in voller Blüte, während diese Hagebutten ihre reifen Früchte tragen. Dorn- und Säugpflanzungen können windgeschützt wuchern, bunte Malven recken sich in die Höhe, ein kleiner Weiher wird von Weidenbüschen gesäumt. Der üppige Pflanzenwuchs ladet die

Vögel zum Verweilen ein und darum hat die Vogelwarte gerade hier drei Reusen zum Vogelfang eingebaut. Die erste Reuse ist ein Werk des früheren Vogelwarts Dr. Weigold, die beiden neuen Reusen sind zweckmäßig verbessert, vom jetzigen Leiter der Vogelwarte, Dr. Drost, geschaffen worden. Nun auf, zum Vogelfang! Mit einem Siedeln bewaffnet gehen wir von zwei Seiten nach der Reuse Nr. 1, deren grünelichenes Drahtnetz sich kaum vom Blättergewirr abhebt. Wir schlagen auf den Busch und treiben die Vögel vor uns her, das Tempo wird beschleunigt und in Eile schritten sind wir in die Reuse geraten. Zwei Vögel flattern vor uns her, ein Zug an einer Leine löst ein Fallgitter aus und die Vögel können aus dem Fangkäfig nicht wieder zurück. Ein Rotschwanz und ein Trauerschneepapier liegen gefangen. Schnell werden die beiden anderen Reusen abgetrieben. In Nr. 2, die ganz vorzüglich bewachen ist, haben sich zwei Fitislaubvögel und die große Reuse Nr. 3 liefert zwei Dorngrasmücken und ein Schwarzplättchen. Der erhoffte Sperber fehlt, dafür hatten wir auch gestern zwei gefangen. Nun entnehmen wir die Vögel dem Fangkäfig und stellen die Reusen wieder fängig. In dem kleinen Arbeits-



Jangreule in der Sapskühle.

raum der Sapskühle liegen Vogelringe, Jange, Meßgerät und Schreibgelegenheit bereit. Jeder Vogel erhält einen leichten Nummernring um das Bein gelegt. Die Ringnummer wird mit dem Vogelnamen notiert, soweit als möglich fügen wir die Geschlechtsbestimmung und die Altersbezeichnung der Kollie bei. In einigen Fällen macht sich auch nötig, das Gewicht des Vogels zu ermitteln, seine Flügelgröße zu messen und seine Körpertemperatur mit einem Thermometer festzustellen. Jetzt darf der Vogel wieder fliegen, wir brauchen nur ein wenig die Hand zu öffnen und flugs ist er entwichen. Fliege hinaus in die Welt, vielleicht hören wir wieder von deiner Reise, vielleicht erfahren wir deine Heimat oder dein Winterquartier!

Genau mit dem Sonnenuntergang leuchten die mächtigen Scheinwerfer des Leuchtturmes auf und in regelmäßigem Turnus stoßen die drei drehenden Strahlbüschel in die Finsternis. Vorherhand lämpft das künstliche Licht noch mit der natürlichen Helligkeit, aber die Dunkelheit bricht rasch herein. Wir stehen am Palm, der Straße, die an der Kanie des Oberlandes entlang läuft, und starren wie die alten Helgoländer in den dunklen Nachthimmel. Tage, nein wochenlang ist das unsere allabendliche Beschäftigung. Wieder müssen wir registrieren feststellen, daß sich der Himmel nicht bedecken will. Zwar scheint es, als ob eine Wolfenfront die Sterne verhüllt, der Nordwestwind treibt sie aber auseinander und ein Stern nach dem anderen blüht auf uns her nieder. Der Vogelzug geht also auch diese Nacht ungestört über Helgoland hinweg.

Schließlich kommt die lang gemühtete Zugnacht. Dicke Wolken behängen das Himmelzelt, der Wind hat nach Osten umgeschlagen, man fühlt es förmlich, wie sehr die Dunkelheit drückt, in die sich die Leuchtturmstrahlen weit hineinbohren. Schon gellen die ersten ängstlichen Rufe der nächtlichen Wanderer durch die Nacht. Flußuferläufer und Kufelruderer sind deutlich an der Stimme zu erkennen. Wir stehen unten am Leuchtturm und staunen hinauf in die blendende Helle. Geisterhaft flattern die Vögel im Lichtegel und stürmen nach der Lichtquelle, die ihnen den Tod bringt.

Sie rennen gegen die Mauern des Leuchtturmes und gegen die Scheiben der Scheinwerfer, lassen sich ermattet auf der Galerie des Turmes nieder oder taumeln beäugelt auf die Erde. Immer neue Scharen werden von ihrer Wanderung abgelenkt; denn alle Lebewesen drängen nach dem Licht. Die Schneeflöhen, es ist damit nicht zuviel gesagt, wirbeln die Vogelkörper in den Lichtstrahlen. Unbeschreiblich klingt das Geheul der Wasserläufer, während die Singvögel stumm in das Verderben rennen. Die Weigoldischen Vogelkühllampen bringen einige Besserung; sie beleuchten den Turm und der Vogel kann das Hindernis erkennen. So kommt es, daß die Zahl der Toten dieser Zugnacht gering bleibt. Für das Beringungsexperiment haben wir einige hundert Vögel: Steinschmähler, Rotschwänze, Braunflederchen, Gartenammer, Wenzhähle, Laubfänger, Grasmücken um gefangen, die am nächsten Morgen wieder, mit dem Ring versehen, ihre Reise fortsetzen können.

Glücklicherweise sind solche gewaltige Vogelzugnächte nicht allzu häufig. Doch im vorigen Herbst, in der Nacht vom 24. zum 25. Oktober, hat Helgoland eine Zugnacht in ganz großem Ausmaße erlebt. Ungeheure Massen von Staren und Lerchen zogen über Helgoland. Ein Säusen und Brausen erfüllte die Luft. Die Vögel wühlten tatsächlich nicht mehr, wohin sie fliegen wollten. Sie rannten sich gegenseitig an. Auf dem Dache eines Hauses, nahe dem Leuchtturm, ließ sich ein großer Starenenschwarm nieder, ein anderer Schwarm legte sich darauf, so daß die ganze Gesellschaft ins Rutschen kam und zur Erde purzelte. In jedes offene Fenster flogen sie hinein. An den Straßenlaternen stießen sie sich den Schädel kaputt. Dazu legte ein Sturmwind über das Meer. Am anderen Tag wurden überall tote Vögel aufgefunden oder an Land geschwemmt. Die Fischer berichteten von vielen ertrunkenen Vögeln.

Von Walter Salzman.

Kempinikis Vaterland im Druck? Phantastische Grundstücksbewertung

31 Berlin, 23. Oktober.

Wie wir hören, ist der Restaurationsbetrieb des Hauses „Vaterland“ am Potsdamer Platz, dessen Besitzer als Nachfolger der Ufa die Firma Kempinikoff ist, in der kurzen Zeit seines Bestehens in Schwierigkeiten geraten, die auf dem Gebiete des Berliner Hypothekemarktes liegen.

Auf dem Grundstück ruht nämlich eine erste Hypothek von 4 Millionen Dollar (16,8 Millionen Mark), die am 31. Debr. 1928 fällig sind. Sie wurde am Berliner Hypothekemarkt ausgeboten; es ging auch ein Kaufangebot auf 50 Prozent ein, das aber abgelehnt wurde. Heute ist nun eine Abkündigung selbst zu nur 25 Prozent unmöglich geworden. Es scheint also, daß die Deutsche Bank hängen bleiben und so ihr Ufa-Erbe noch einmal teuer bezahlen wird.

Die hohe Hypothek wurde seinerzeit ermöglicht durch eine Schätzung, die das Grundstück mit 100 Millionen Goldmark bewertete.

Grubenunfall

SPD Essen, 28. Oktober.

Ein Grubenunfall ereignete sich auf der Zeche „Graf Rottke“ bei Gladbeck. Im unterirdischen Betrieb waren auf der dritten Sohle, Revier 3, Flöz X, das neunzig Zentimeter hoch in einem 150 Meter langen Streb liegt, dreizehn Bergleute mit dem Abbau von Kohle beschäftigt. Kurz nachdem der letzte Mann die Arbeitsstelle verlassen hatte, um sich auf den Schichtschlaf vorzubereiten, ging das gesamte Streb auf einer Strecke von 50 bis 80 Meter zu Bruch. Nachdem ermittelt worden war, daß kein einer der Leute noch im Streb gewesen sein konnte, verfuhrte man noch, wertvolles Material zu retten. Unmittelbar darauf ging auch der übrige Teil des Strebs durch den mächtigen Gebirgsdruck in Bruch. Eine lange Schüttelrutsche, ungefähr zehn Abbauhammer, sowie das gesamte Gesteinsmaterial ist dabei verloren gegangen. Die 13 Knappen entgingen wie durch ein Wunder dem Tode.

Liebesdrama

In Wertheim erschoss am 23. Oktober d. J. der Holzarbeiter Smoboda die Arbeiterin Güter. Mit einem Brustschuß wurde das Mädchen schwerverletzt in das Kranienhaus eingeliefert, wo es bald darauf verstorben ist. Nach dieser Tat richtete S. die Waffe gegen sich; er war sofort tot. Das Motiv zu der Tat dürfte darin zu suchen sein, daß das Mädchen das seit zwei Jahren zu S. bestehende Liebesverhältnis lösen wollte, S. aber für diesen Vorschlag nicht zu haben war.

16 Fischer ertrunken. In der Meerenge von Kertsch im Kowlowen Meer wurden durch einen Sturm zahlreiche Fischerboote ins Meer getrieben, wobei 16 Fischer ertranken.

Sodom und Gomorrha

Roman von Carl Colbert.

Copyright by Drei Masken Verlag, München-Berlin

Nach einer traurigen Reise in Wien angekommen, fuhr sie nicht nach Hause; die Vorstellung der leeren Zimmer war ihr ebenso unerträglich wie es das Zusammentreffen mit ihrem Manne sein würde. Sie ließ sich zur Wohnung ihrer Eltern fahren, dort wollte sie Rat und richtigen Weg aus den Zwifeln ihres Gewissens suchen. Darfte sie ein Weib, von dessen Unschuld sie überzeugt war, den Gefahren und Qualen der Strafuntersuchung überlassen? Konnte sie sie retten, ohne den schwersten Verdacht auf ihren Mann zu lenken? Ein entsetzlicher Zwiespalt, aus dem ihr Vater, der alte Soldat, Adels- und Ehrenmann, ihr den richtigen Weg weisen würde. Wie er die Sache aufnahm, war ihr eine schwere Enttäuschung. Er tabelte es, fand es übersüßig und sehr bedenklich, daß sie zurückgekommen sei, obwohl kein Mensch ihre Anwesenheit verlangt habe und sie ganz ruhig hätte bleiben können, wo sie war. „Und sollen“, fügte er hinzu und setzte ihr höchst sachlich auseinander, wie unangebracht in einem Falle wie diesem Empfindlichkeit ist und wie sehr gerade hier das Sprichwort gilt, daß man nicht blasen möge, was einen nicht brennt.

Sie fühlte sich wie vernichtet, wie aus dem Himmel ihrer menschenuntüchtigen kindlichen Achtung geschleudert. „Wenn die Frau aber unschuldig ist!“ Tränen erstickten fast, was folgte: „und Taji es bestimmt getan hat!“

Da fuhr er sie zornig an: „Red' nicht so dumm! Woher weißt du das so gewiß? Und wenn es hundertmal wahr wär; glaubst du, bloß weil du es sagst, wird das Gericht glauben, daß der Millionär ein Eindringler und das Mädchen unschuldig ist?“ Etwas ruhiger setzte er ihr auseinander, daß die Scheidung sicher wäre, und wie sie ohne Mann, ohne Haus, ohne Auto und ohne alle Freunde des Reichthums dastehen würde, und ob sie gar nicht an ihre Eltern denke, „denn, was bliebe mir als Gentleman übrig, als meine Vermaltungstellen niederzulegen und mit Mama und dir von der armenigen Pension zu leben, die mir diese Bettlerrepublik bezahlt!“ Als er bemerkte, daß das Gewissen des rechtlichen jungen Frauens dem Einbrüche seiner Gründe nachgab, schloß er ungewöhnlich weichen Tonos und mit einem Auf auf ihre schon gebildete Stirn: „Kann uns mein gutes Kind ins Leben

stehen? Ramentlich, wo es ja doch nur vermutet und nicht weiß! Willst du auf bloße Vermutung hin deinen unbescholtenen Mann beschuldigen?“

Ein stummer Händedruck und ein tief sämmerlicher Blick aus hilflos erhabenen Ränderaugen zeigte ihm, daß die Kindesliebe gefiegt hatte; die Bewaltungsratstellen waren gerettet und die Hausgehilfin geopfert.

Eine Verhandlung vor den Geschworenen hatte vor kurzem großes Aufsehen gemacht. Eine Versicherungsgesellschaft hatte sich geweigert, eine Schadenssumme von ganz ungewöhnlicher Größe zu bezahlen. Der Rechtsstreit, von dem Geschädigten angestrengt, hatte vom gewöhnlichen Gerichte zum Strafgerichte geführt, und was dort vorgekommen war, hatte überraschende Einblicke in das Treiben der Aktiengesellschaften gegeben. Das Vertrauen, die Grundlage der langjährigen Verträge, war erschüttert, und die Gesellschaften vernichtet es deshalb sorgfältig, der Unlust und Mißachtung neue Nahrung zu geben; anstandslos, ja freigebigte Bezahlung der Schäden galt bis auf weiteres als zweckförderndster, wichtigster Grundpfeiler der Geschäftsführung. Den Schaden der Frau Tassilo Prohntzer auf das schnellste zu vergüten, beklagte man sich ganz besonders, da Herr Präsident Prohntzer Vorsitzender im Verwaltungsrate der Versicherungsgesellschaft „Die Treue“ und unumschränkter Gebieter über den Kurs der Aktien und die Stellung und das Einkommen der Direktoren war. Die Zeitungen meldeten die rasche und entgegenkommende Vergütung eines so großen Schadens in Einzelhaltungen, die den Bestimmungen des Versicherungsgesetzes über die Bezeichnung als bezahlt mehr oder minder gewissenhaft entsprachen.

Damit war die Angelegenheit, ein belangloses Zwischenfall im Geschäftsleben, in der Hauptfache erledigt. Es hieß nun noch der Gerechtigkeit Genüge zu tun, die Schuldigen der von Gesetz und Moral geforderten Strafe zuzuführen. Der Untersuchungsrichter bemühte sich vergeblich, den Gärtner und die Köchin zum Geständnis ihrer verbrecherischen Tat zu bewegen. Er war ein gewissenhafter und erfahrener Beamter, kannte alle Gefahren, die mit einer Verurteilung auf bloße Anhaltspunkte hin verbunden sind; nicht nur für die Beschuldigten, sondern auch für die Richter, denen nichts bei den vorgelegten Behörden mehr schadet, als eine solche Verurteilung, wenn sie irrig war und es sich herausstellt. „Im Interesse der Gerechtigkeit sollte eigentlich das Verurtheilte auf Indizien abgeurteilt werden“, pflegte er im Kreise der Berufscollegen zu sagen;

„wie kommen wir dazu, uns mit so einem Kerl zu blamieren?“ Es war scherzhaft gesagt, aber recht ernst gemeint; auch empfand er Mitleid, da er noch jung und noch nicht völlig an die Dornen des Berufes gewöhnt war. Wenn der Hofrat Bergauer oder ein anderer in Dienste trat und etwas härter gewordener Strafrichter meinte: „Aber ich bit' Sie, Herr Collega, die Hauptsach' ist, daß man genug Indizien zum Verurtheilen hat!“ so erschraf er sehr wenig, weil er noch immer die Gerechtigkeit für wichtiger als den gelungensten Indizienbeweis hielt. Deshalb war er besonders streng in der Untersuchung und mit allen Mitteln bemüht, die Justiz vor den Fallstricken der Beschuldigten zu bewahren. Niemals unterließ er es, dem Untersuchungsgefängling die Vorteile des reinen Geständnisses vorzubehalten; der mürrißig einfließige Mann wurde ganz bereut, und im Verteidigerzimmer wunderten sich Anführer über seine mehr oder minder gelungenen Verfuhr, den armen Sünder zum Herzen zu reden. Dagegen konnte er sehr ungelungen werden, wenn es besonders Verdächtige unternahm, harinädig auf ihrer Unschuld zu beharren und die Verdachtsgründe durch die Anführung von Tatsachen zu widerlegen, ja darauf zu bestehen, daß doch ihre Behauptungen auch untersucht würden. Da kam es vor, daß er sehr zornig wurde und die pflichtmäßige Unbefangenheit des Gerichts außer acht ließ.

Als er eines Tages der Köchin wieder arg zusetzte, sie möge doch ihren Teil der Schuld bekennen; wenn sie ihm und dem Gerichte die Untersuchung abkürze, so werde er sich für eine sehr milde Strafe verwenden; wenn aber nicht, und sie bei ihrem verstockten Leugnen beharre, so werde die Strafe, der sie ja doch nicht entgehe, besonders schwer ausfallen, das verspreche er ihr; als er der armen, bis zum Niederbrechen gemarterten Person jahrelangen Kerker auf Erden und ewige Verdammnis im Jenseits in Aussicht stellte, da fiel sie auf die Knie und unter beständigem Schreien, das sie minutenlang am Reden hinderte, stieß sie laun verständig „Also, in Gottes Namen, ich will alles sagen“ hervor. Der Richter wirkte dem Kanzleibeamten, der schon einen Bogen graues Papier für die Niederschrift der Aussage vorbereitet. Dieser verstand, griff nach der Amtsstampe, das Zimmer zu verlassen. Sie wußten beide aus der Seelenkunde der Strafuntersuchung, daß die Stille unter vier Augen das Geständnis leichter macht; die vom Gesetze verlangte Anwesenheit eines Gerichtsschreibers kann so nachgeholt werden, wenn das Schwerkelt und für die Hauptverhandlung Notwendigste geschehen sein wird.

(Fortsetzung folgt.)

Wie ich im Striminal eingemauert wurde

Von R. J. S.

Als vor drei Jahren das zweite Bataillon des vierten Regiments, welches damals in Marratsch, dem ehemaligen Sultanische lag, in die Wüste abkommandiert wurde, um für Frankreich neue Landstriche zu erobern, da waren die wackeren Einwohner der Stadt nicht wenig überrascht. Tag um Tag marschierten durch eines der hohen Tore der Jahrtausende alten Lehmhäuser kleine und größere Haufen von Fremdenlegionären, müde und verstaubt, auf den Marktplatz Dschemat el Fua, wo sie ein paar Schalen Tee oder laure Milch tranken und sich dann weiter ins Militärlager schleppeten, das noch 5 Kilometer hinter Marratsch lag. Es waren Deserteure, welche die Kolonne verlassen hatten, zur nicht geringen Freude der Einwohner, die die Kommandantur des zweiten Bataillons absolut nicht in ihr Herz geschlossen hatten und sich freuten, daß auf diese Weise die Formation dezimiert werden würde, noch ehe ein Schuh fiel.

Ich war mit meinem Freunde Danda damals der 8. Kompanie zugeteilt. Wir marschierten gleichfalls ab, aber kamen nicht weiter als drei Fußmärsche von der Stadt. Der Kommandant, ein Neuling auf afrikanischem Boden, glaubte nämlich, daß er die Müdigkeit der Soldaten durch eine eiserne Disziplin heilen werde und kettete uns im wahren Sinne des Wortes. Wir mußten in wohlgeordneten Reihen marschieren, wie man in Europa auf einem Exerzierplatz marschiert, die Gewehre mußten genau laut Vorschrift getragen werden, und tausend andere Dinge hatte er sich ausgedacht, die im Guerilla absolut wertlos sind. So kam es also, daß ihm die Legionäre deserteerten und wieder zurückkehrten. Am dritten Tage kamen Danda und ich zur Ueberzeugung, daß das Maß voll sei, und so liefen wir also davon, indem wir uns sieben anderen Legionären anschlossen, die die gleiche Absicht hatten. Am Abend vorher hielt unser Leutnant Duval eine weinerliche Rede, die er mit den Worten endigte: „Und wenn ihr schon deserteieren wollt, lieberliches Volk, dann tut es, aber laßt wenigstens die Flinten und die Munition da!“ Und so standen also jene sieben Legionäre vor ihrer Flucht ihre Gewehre um das Fell des Leutnants in die Erde ein, ehe sie davonliefen, und hängten ihre Patronentaschen daran. Danda und ich hielten aber die Gewehre, weil wir uns vor den Arabern fürchteten. Nach dreitägiger müder Wanderung durch die marokkanische Wüste, nachdem uns der Hunger und die Durst vor den Arabern müde gemacht hatte, erreichten wir endlich Marratsch und fanden ratlos am Plage Dschemat el Fua.

Der Kommandant des Striminals war seinerzeit der Sergeant Vitres, der wegen seiner Grausamkeit berühmt war. Man behauptete von ihm, daß er ein Narr sei, was nicht so unwarhaft war, denn er war ein Quarantäner. Doch wir hatten nicht die Auswahl, also gingen wir tapfer in Lager, da wir uns sapten, daß wir nicht die Ersten und nicht die Letzten waren, die in seine Fänge kamen.

Er empfing uns mit einer Flut von Vermahnungen und schloß uns gleich im „Weißen Hause“ ein, einem kleinen Gefängnis ganz aus Stein. Es gingen hier höchstens 40 Gefangene herein, aber es befanden sich auf an die dreihundert drinnen. Vitres sperrte dort nur jene ein, die mit Gewehren geflüchtet waren. Dies war ein erschwerendes Moment. Die andern sperrte er in den Baracken des Lagers ein.

Ein paar Tage hindurch ging es uns angemessen. Als dann jene, die ohne Waffen deserteerten, amnestiert und zur Expedition zurückgeschickt wurden, die wurden müde, weil ein Drittel der Mannschaft nach Marratsch zurückkehrte, brachen über uns „bewohnte Deserteure“ schlimme Zeiten herein. Vitres qualte uns durch Hunger, wir mußten schwer arbeiten, und so verweirten wir ihm eines Tages den Gehorsam und begannen mit dem Hungerstreik. Vitres wütete, denn der Kapitän der 7. Kompanie, der als Lagerkommandant zurückblieb, hatte ihm auf eine Beschwerde mitgeteilt, daß er mit uns anständiger umgehen solle, dann würden wir gewiß gehorchen. Nachdem der Herr Kapitän dieses salomonische Urteil geschrieben hatte, widmete er sich aber wieder mit Eifer seinen Werten und Maitressen.

Doch Vitres hatte sich in den Kopf gesetzt, unseren Widerstand zu brechen und er vollführte ein Stücklein, das in der ganzen französischen Fremdenlegion berühmt wurde.

Eines Tages rief er uns paarweise heraus. Die Burshen gingen weg und wir dachten, daß man uns nach Casablanca zum Kriegsgerichte senden werde und daß man uns zwecks Erledigung der nötigen Formalitäten in die Kanäle werfe. Endlich wurden auch Danda und ich herausgerufen. Wir traten heraus und waren starr vor Erstaunen. Vor dem Gefängnis sah Vitres wie ein türkischer Pasha mit einem Revolver, einer Weilsche und einer Flasche Wein neben sich, neben ihm ein paar Leute der Wadmanschaft mit aufgezogenen Bajonetten. Wenn er nicht Menageschalen mit Suppe und Wakkaroni zu seinen Füßen gehabt hätte, was einigermaßen lächerlich wirkte, es wäre ein sehr malerisches Bild gewesen.

„Also ihr Viechsterle“, empfing er uns, „werdet ihr wollen oder nicht? Werdet ihr freieren oder nicht? Ich befehle es!“

Was denn, essen! ... Wir waren gründlich ausgehungert und gehorchten gerne! Vitres, der über unsere Bereitwilligkeit erfreut schien, forderte uns auf, weiterzugehen. Als wir laut waren und glücklich aufatmeten, trank er seinen Wein, dann schrie er: „Seht ihr also, ihr Viechsterle, was für gute Legionäre noch aus euch werden wird, wie schön ihr gehorchen könnt. So, und jetzt werdet ihr den Hof kehren!“

„Wir gehen nirgends hin“, erklärten wir gleichzeitig. Wir werden nicht eher gehorchen, bevor wir nicht die Kost laut Vorschrift erhalten, zweimal täglich Suppe, Fleisch und Beilage. So einen Kr...“ Wir sprachen nicht ein Wort mehr. Vitres warf sich mit der Karabatsche über uns, wir wehrten uns, aber die Wache übermächtig und fesselte uns. Sie trugen uns dann in die Ecke des Gefängnisses, wo es ein Wiedersehen mit den andern Kameraden gab. Sie waren schon wie Deserteure aufgestellt, natürlich gefesselt, wie wir, so daß sie sich nicht bewegen konnten. Nacheinander wurden je zwei und zwei gefesselt hierher getragen, wo wir waren, bis alles da stand bzw. dalaq. Dann wurden wir in das Gefängnis hineingetragen und der schon starr betrunkene Vitres hielt mit uns Gericht.

„Fande!“ wütete er, über uns schreitend, da auf dem Boden nicht ein Zoll frei war. „Wenn ich euch jetzt niederknalle, bekomme ich dafür noch eine Auszeichnung. Aber so einen angenehmen Tod verdient ihr euch ja nicht. Doch wartet, ich habe etwas anderes für euch.“

Und er heriet sich mit dem Korporal von der Wache, was für eine Todesart er uns geben sollte, den andern „zur Warnung“. Wir hörten die Unterredung mit stummem Entsetzen an. Es war uns durchaus nicht zum Lachen zumute, denn der närrische Vitres war zu allem fähig. Um Hilfe zu rufen, war ein Ding der Unmöglichkeit, denn der Lagerkommandant wohnte natürlich nicht im Lager. Erstehen, erwürgen, all diese Vorschläge des Korporals gefielen dem Sergeanten nicht. Nicht einmal der Vorschlag, uns den Bauch aufzuschneiden, uns dann lebendige Ratten hereinzuwerfen, fand sein Gefallen. Erst als der Korporal meinte, daß man uns einmauern könnte, da jubelte Vitres auf.

„Das ist etwas!“ brüllte er, vor Freude einen Cancan tanzend, „wir werden sie so einmauern, wie wir die drei Legionäre in Sidi Bel Abbas vermauert haben. Zwei, drei Tage lang werden sie so gemartert werden.“

Eine Stunde später rief man uns die Kleider herunter, da Vitres meinte, daß es um die Menturen schade sei. Dann überzog man uns mit Wasser, damit wir besser „verfaulen“ sollten und dann

vernahmen wir das Schreien der Maurerkellen, wie man das Fensterchen des Striminals vermauert und es um uns herum dunkel wurde. ...

Wir dachten, daß dies alles ein Scherz sei und daß der Sergeant, bis er sich ausgehoben hatte und wieder nüchtern geworden war, wieder zu Verhandlungen kommen werde. Aber die Nacht verging und niemand kam. Es wurde uns dange zumute. Hunger, Durst, der Gestank der Exkremente, Mäuse, die über uns hinwegliefen und die Aussicht auf das entsetzliche Ende ließen uns erbeben. Wir brüllten, aber es war vergeblich, denn die bejammerte Wache verhöhnte uns. Es war ein Glück, daß Vitres nicht auch die Tür vermauern ließ, sonst wären wir sicher erstickt. So drang doch durch die Türspalten ein wenig Luft herein, aber natürlich unzureichend. Wir dachten also, daß keiner von uns den Morgen erleben würde.

Glücklicherweise gelang es einem unter uns, seine Fesseln zu lösen. Er befreite die anderen und mit gemeinsamer Bemühung erbrachen wir die Türe. Im gleichen Augenblicke rechneten wir mit der trunkenen Wache ab und waren uns voller Mut ins Lager, Vitres laufend. Es war sein Glück, daß es ihm gelang, zu Pferde in die Stadt zu entfliehen, und dann berührte uns der Kapitän der 7. Kompanie.

Vitres fiel wegen seiner originellen Art von Bestrafungen bei seinen Vorgesetzten in Ungnade und wurde dann für einige Zeit ins Irrenhaus gesperrt. Wir wurden nachher amnestiert und statt zum Kriegsgerichte zu unserem Bataillon geschickt. Wir waren froh darüber, denn auf diese Weise entgingen wir einer mehrjährigen Strafe, die uns Deserteure mit Waffen erwartete.

Doch Vitres entkam unserer Rache dennoch nicht. Zwei Jahre nachher, am Feiertage der Jungfrau von Orléans, dem Tage unserer Einmauerung, wurde Vitres im Lager erschossen und ihm der Revolver in die Hand gedrückt. Und obgleich der Kommandant die Art, wie Vitres gestorben war, sehr wohl erkannte, schrieb er dennoch als Todesart im Berichte über seinen Tod ein einziges Wortchen: „Selbstmord“.

(Berechtigte Uebersetzung der Originalberichte eines tschechischen Fremdenlegionärs von J. Reismann, Prag.)

Psychoanalytische Religionsdebatte

Lezte Weihnachtsferien überraschte Sigmund Freud, der Gründer der Psychoanalyse, die Welt mit einer kleinen, inhaltsschweren Schrift: „Die Zukunft einer Illusion“. Es war eine Uebersetzung mit der Religion, die Freud hier gab. Wohl kaum ein zweites Mal in unserm Jahrhundert ist etwas so Vernichtendes, frommen Wahn zerstörendes und dabei doch wissenschaftlich Gründliches über die Religion gesagt worden. Es war schon damals vorauszu sehen, daß diese Schrift des Altmeisters wie eine Bombe einschlagen würde. Daß ein Gelehrter von Welttraf es wagt, die wissenschaftlichen Werkzeuge, die sein spezielles Arbeitsgebiet erfordert, auch zur Kritik gesellschaftlicher Lebensansichten anzuwenden, und daß dann diese Kritik ganz anders als vorteilhaft für diese Gesellschaft und ihre Institutionen ausfällt, war Freud und Freud nicht sehr unpathologisch. Wie es Freud selbst vorausgesagt hatte, wurde der Haß gegen die Psychoanalyse, der um so größer war, je mehr seine Träger im bürgerlichen Lager rechts standen, durch diese Schrift neu belebt. In der „Imago“, der Zeitschrift für Anwendung der Psychoanalyse auf die Natur- und Geisteswissenschaften, wird in drei Aufsätzen Freuds Schrift von Psychoanalytikern diskutiert. Einer dieser Aufsätze bringt eine Zusammenstellung der wichtigsten Freudsche Überlegungen aus Festschriften von ganz rechts nach ganz links. „Psychischer Mechanismus“, „Materialismus“, „Ueberschreitung der Grenze des wissenschaftlich Fehlbaren“ wird Freud von Dualisten und Idealisten vorgeworfen. In den Süddeutschen Monatsheften verweist sich der empörte Rezensent sogar zu dem schönen Kraftwort „Pantheismus“. Da ihm die Argumente ausgehen, müssen Werturteile helfen; noch dazu solche, die in gar keinem Zusammenhang mit dem Thema stehen. Von sozialistischen Pressestimmen wird nur ein Satz zitiert, den ich damals in der Leipziger Volkszeitung schrieb und dem ich auch heute nichts hinzuzufügen habe:

„Es ist hochinteressant, zu verfolgen, wie Freud, auch im Alter ein Geistesriese unter den deutschen Gelehrten, von Schrift zu Schrift klarer, erbarmungsloser, wenn man will, radikaler in der Aufdeckung der Schäden und Fehlschlüsse unserer Gesellschaft wird. Freud selbst und die meisten seiner Schüler sind keine politischen Menschen; der Wiener Meister kommt zu einer Kritik unserer Welt ausschließlich von der psychologischen Seite her. Da aber diese Kritik erbarmungslos objektiv, unbefangt von persönlichen oder klassenmäßigen Wünschen und Vorurteilen ist, müssen sich ihre Ergebnisse schließlich treffen mit dem, was eine marxistische Analyse der menschlichen Ideologien auch ergeben würde.“

Die psychoanalytische Schule hat einen sonst sehr befähigten Analytiker und Theoretiker in ihren Reihen, den Walter Fester in Zürich, der es unternimmt, freundschaftlich (das wird immer wieder betont) sich in der „Imago“ gegen Freud zu wenden und eine Lanze für die Religion zu brechen. Im wesentlichen versucht Fester mit jenem Geschick, das Theologen eigen zu sein pflegt, die Psychoanalyse als eine Erfahrungswissenschaft gegen die Religion abzugrenzen und den Beweis zu führen, daß sich beide wohl vertragen, da sie sich ja nicht Konkurrenz machen könnten. Natürlich wird das nicht ganz so plump auf 36 Drucksseiten ausgeführt, wie es hier kurz gesagt wird; aber im wesentlichen kommt Festers sehr philosophisch-wissenschaftlich verbrämte religiöse Argumentation doch darauf hinaus. Fester leugnet beispielsweise, daß die Religion eine Zwangsneurose sei, und führt die Freiheit des Christenmenschen als Gegenbeispiel an. Die Religion sei auch nicht, wie Freud behauptet, denkfeindlich; ihre Widersprüche teile sie mit der von Freud zur Religion erhobenen Wissenschaft; und was dergleichen altbekannte Argumente mehr sind. Fester setzt nämlich — und das ist sein Kunststück — die Religion in den Köpfen weniger fähender, gebildeter Geister gleich mit der Religion, die in den Massen wirksam ist. Diese letztgenannte, auf die es überhaupt nur ankommt, hat Freud behandelt. Etwas überspitzt könnte man sagen: „Ein Dualist, Idealist kämpft gegen einen Vertreter des dialektischen Materialismus.“ Lieft man Festers Kussfuß und Freuds Buch, so wird einem bloß klar, wie aussichtslos und im Grunde hilflos der Kampf ist, den ein Walter Fester für die Religion führt.

Theodor Reiz, der bekannte Religionspsychologe aus der psychoanalytischen Schule, hat ebenfalls in der „Imago“ einen Aufsatz geschrieben, der im wesentlichen Freud zustimmt:

„Die Stellung des Gebildeten unserer Zeit zu den religiösen Problemen ist durchaus unaufrecht; sie kann auch durch Diskussionen nicht lorryiert werden. Ich behaupte, daß die Kulturmenschen, streng gesagt, die intellektuelle Oberschicht, jene eigenartige Schamhaftigkeit und Unaufrichtigkeit, die sie auf dem Gebiete der Sexualität und des Geldes zeigt, auch auf dem

„Imago“, Zeitschrift für Anwendung der Psychoanalyse auf die Natur- und Geisteswissenschaften, herausgegeben von Sigmund Freud, Band XIV (1928), Heft 2/3. Internationaler psychoanalytischer Verlag.

ihrer religiösen Bedürfnisse aufweist, ja, daß sie dort sogar oft schwerer auffindbar und aufziehbar ist.“

Das klingt fast, als ob es gegen Fester gemeint wäre. Scharf wendet sich Reiz auch gegen die beliebte wissenschaftliche Fuchel in die Methodologie und er meint, „daß Methodologie die bisher beste wissenschaftliche Ausrede ist, keine Forschungsarbeit leisten zu müssen“, das heißt, dem Problem der Religion, das kaum noch eines ist, auf den Leib zu rücken. Die teilweise Zustimmung zu den Forschungsergebnissen Freuds „wird hier gegeben, um keine Konsequenzen ziehen zu müssen“. Auch das geht gegen Fester.

Die Diskussion um Freud und sein Bekenntnis zum Unglauben wird vermutlich noch lange nicht zu Ende sein. Die einzelnen psychologischen, philosophischen und theologischen Schulen haben sich noch gar nicht so recht von dem ersten Schreck erholt und deshalb noch kaum Zeit gefunden, der „Zukunft einer Illusion“ ein anderes Horoskop zu stellen. Inzwischen ist aber — und das ist das Erfreuliche — die erste Auflage von Freuds Schrift** bereits vergriffen und die zweite schon herausgekommen. Jeder Sozialist, jeder Freidenker sollte sie lesen.

Richard Lehmann.

** „Die Zukunft einer Illusion“, von Sigmund Freud, Internationaler psychoanalytischer Verlag, Leipzig/Wien/Zürich. Zweite Auflage 1928.

Leipziger Musik

Die Kritik über das Morgenkonzert der Michaelischen Chöre von Thonberg und Stötterich schreibe ich diesmal nicht gern. Daß die Männerchöre in der ersten Gruppe unheimlich intonierten (besonders der zweite Tenor) und herunterzogen, daß sie klanglich nicht so geschlossen zusammengingen, wie man das sonst bei ihnen gewohnt ist — dies festzustellen ist das fatale nicht. Auch Chöre haben ihre unglückigen Tage. Aber ihr Programm zu Schuberts hundertstem Todestag war schlecht. Schubert hat genug original Männer- und Frauenchöre geschrieben, mit und ohne Begleitung. Da erwartet man nicht, daß einer der besten Arbeiterchöre Leipzigs „Du bist die Ruh“, dieses ausgeprophete Sololied, vorführt und im Fortissimo peinlich losknetert: von deinem Glanz allein erhellt. Spüren die Sänger nicht selber, daß „Der Gondelfahrer“ eine ganz andere, natürliche Sache ist? Und die Frauenchöre, denen jenes entzückende „Leise, leise“ zu Gebote gestanden hat, sangen überhaupt nur Bearbeitungen, nicht gut gemachte, zulezt gar einen Militärmarsch mit nachträglich untergelegtem Text, gar nicht dorgemäß gelehrt. Auch das Gustav-Lange-Streichquartett hat nach dem gut gelpielten Forellenquintett Bearbeitungen von Klavierstücken gelehrt, trotzdem es eine beträchtliche Anzahl knapper Quartette aus Schuberts Frühzeit gibt. Die Namen der Bearbeiter fehlten in allen Fällen auf dem Programm. Auch das ist nicht korrekt, denn wenn eine Note bei Schubert geändert wird, ist es eben nicht mehr Schubert.

Für das erste Konzert des Arbeiter-Kammerorchesters unter Leitung Barne Lichts war ein abwechslungsreiches interessantes Programm aufgestellt worden. Günter Kamin spielte eins der prächtigen Orgelkonzerte Handels und danach intimen Reizes volle Cembalostücke. Hans Monacomp vermittelte spielerisch frisch in den Esajen, bestimmt und zierlich im Adagio, die erste Leipziger Aufführung des B-Dur-Biolinkonzerts von Karl Stamitz, eines, trotz seiner hundertfünfzig Jahre, jugendreichen Werkes. Das Orchester hielt sich weder in der Begleitung, wenn es auch nicht ohne Reueheiten durchkam. Im Kammertrio B-Dur Handels sah Fritz Weichmann am Cembalo, die Mitglieber des Orchesters, die Oboisten Coccejus und Georgi, der Fragottist Böh, gaben einen schönen überzeugenden Beweis ihrer Leistungsfähigkeit. Zum Schluß gab es sogar eine Uraufführung: Suite für Orchester von Hermann Ambrosius, Opus 64. Das Werk wurde sehr beifällig aufgenommen und hatte doch einen schweren Stand, nicht nur weil es nach so großen Potenzen gelehrt wurde, sondern dazu auch noch in den Jenen natürlichen alten Formen abgelehrt ist. Die Mischung geht nicht ganz auf, man spürt das Knempfundene und erkennt den modernen Fortschritt. Man weiß nicht recht, soll das neuer Wein in alten Schläuchen oder alter Wein in neuen Schläuchen sein. Eine virtuose farbige Interpretation, als die tüchtige, aber starre Durchführung des Orchesters, würde einige Feinheiten besser zur Geltung gebracht haben. Die adäquate Kompositionsarbeit ist in keinem Grad der Suite zu verkennen.

Das 1. Jugendkonzert des Leipziger Vereins für Kinderfreunde im Kaufhause hat den vielen Kindern großen Spaß gemacht. Sie bewiesen das durch so anhaltendes Klatschen, daß durch die Zugaben das gut gemischte Programm fast zu lang ausgedehnt wurde. Alfred Schlägler las Dichtungen von Keller, Spitteler und den berühmten Hagemann von Storm, den man immer wieder hören kann. Ann Eisele spielte braudbare Programmmusik von Schytte, Frey und Niemann, Unterrichtslieder im älteren Gehmaß, deren Gegenstand freilich ohne Wissen des Titels mit wenig Ausnahmen auch von Erwachsenen kaum richtig erkannt werden dürfte. Margarete Feiler-Schmuhler sang mit ihrer schönen beruhigenden Stimme und eindringlichem Vortrag Kinderlieder, die hübschesten von Leo Blech und Humperdinck. „Das Hübn und der Karpfen“, dieses kostbare Kindergebid, verlangt freilich eine viel wichtigere schlagendere Komposition als die von Martin Frey.

Kleine Chronik

Ausstellung „Das ewige Handwerk“ in Mannheim. Am 11. November eröffnet die Städtische Kunsthalle Mannheim eine kunstgewerbliche Ausstellung unter dem Titel „Das ewige Handwerk“. Die Ausstellung wirft die Frage auf, welche Aufgaben der Gestaltung in den angewandten Künsten auch heute und voraussichtlich in Zukunft der bildenden Hand vorzubehalten bleiben werden, im Gegensatz zu den technisch-maschinellen Massen- und Serien-erzeugnissen, die mit ihren typifizierten Formen die eigentliche Signatur der Kunst von heute und morgen abgeben. Die Mannheimer Ausstellung, die sich naturgemäß vorwiegend auf die Darstellung von Einzelstücken beschränkt wird, richtet sich nicht gegen die „Maschine“, die Industrie und ihre besondere Form; sie will keinem romantisch-sentimentalen Rückzug das Wort reden, sondern sie stellt lediglich den Versuch einer ersten vorläufigen Abgrenzung dar.

Ein vorgehendes Flusspferd. Wie aus Johannisburg gemeldet wird, sind dort die Überreste eines vorgehendes Flusspferdes fünf Fuß unter dem Bett des Waal-Flusses in der Nähe von Windorf von der Raptologie gefunden worden. Das Skelett war vollkommen unversehrt, aber bei dem Versuch, die Haut herauszuziehen, wurde der Schädel zerbrochen. Der Anthropologe Prof. Darr, der den Fund untersucht hat, schätzt das Alter des Tieres auf mindestens 10 000 Jahre und das Gewicht auf etwa 8 Tonnen.

Mitteilungen der Städtischen Theater-Intendant. Neues Theater: In „Cavalleria rusticana“ (Donnerstag, den 25. dieses Monats) ist die Partie der Santuzza mit Anita Mitrovik, die des Turridu mit Ernst Reuber neu besetzt. Den Tonio im „Bajazzo“ singt hier zum erstenmal Karl August Neumann. — Altes Theater: Der Vorverkauf für die letzten Ballenberg-Gespelche hat bereits an der Tageskasse und an den Vorverkaufsstellen begonnen.



Birnbaum der Gewissenhafte

Es ist nicht erhehend und entzückend, wenn man in einer Stadt, wie sie auch heißen mag, im Blumenstaub der Parks und Anlagen dahinwandeln kann? So mitten im Trübel der Großstadt ein Stück wahre Natur, Grünes, Sprühendes, Blühendes zu schauen, darin zu atmen und in Sauerstoff zu schwelgen und zwitschernden Vögeln zu lauschen — das ist es, was uns dankbar aufblicken läßt zu denen, die all diese Pracht geschaffen haben und auch zu pflegen nicht vergehen. Ja, blühen wir auch wirklich dankbar auf zu denen, die es verdienen? Oder denken wir einfach gar nichts, sondern genießen froh die Pracht, weil sie nun schon da ist.

Ich will dir, lieber Leser, nicht zu sehr auf den Zahn fühlen, denn fürwahr: ich glaube, du gehörst zu jenen, die still genießen und nicht lange über das Woher und Wie so philosophieren. Aber du solltest einmal den Ratsarbeiter Birnbaum erzählen lassen, was alles dazu gehört, die Anlagen Sommer und Winter hindurch in Ordnung zu halten; was da gepflanzt, gejätet, gegossen und gesprengt werden muß, damit die lieben Blumen und Pflanzen den Bürgern, so sich auf den Schmuckplätzen usw. verlustieren, immer frische Gesichter zeigen. Das alles wissen am besten der Ratsarbeiter Birnbaum und sein nächster Vorgesetzter, Herr Türper. Beide beherrschen sie außer einigen botanischen Fachern das reinere Hochschülisch ohne Nasal- oder Schnurrlauten. Da es nun in Rangverhältnissen wohl eine Grenze nach unten, niemals aber nach oben gibt, so hat auch Herr Türper Vorgesetzte über sich, deren Strenge er zu fürchten und an Birnbaum weiterzuleiten hat. Im Verkehr unter sich nennen sich diese beiden „Herr Dierber“ und „Birnboom“.

Birnboom hat das Begleichen und Besprengen der Anlagen auf sich genommen und bislang auch zur allgemeinen Zufriedenheit ausgeführt. Wenn er sich, soweit er nicht in gewissen Dingen selbständig zu handeln Befugnis besitzt, zu Herrn Türper zwecks genauerer Information in Audienz begibt, macht er gewöhnlich ein Gesicht wie Regenwetter; denn Regenwetter spielt eine wichtige Rolle in seinem Dasein, weil er, wenn es regnet, naturgemäß die Anlagen weniger zu besprengen braucht.

Kommt also eines Morgens Birnboom zu Herrn Türper, um sich etwaige spezielle Anweisungen für den laufenden Tag zu holen. „Helbe sin de Roddebonndirreischer un de Bergheiminichbeede lings an 'n Garlsplatz dran“, sagt Herr Türper zu Birnboom. Dieser legt seine Dienstmütze auf den hohen Altenshrank und wagt den Einwand:

„Je schöner'n brauchst awr wohl helbe nich, Herr Dierber? „Warumbnich?“ „Nu, 's würd jedn Dochnisch anfang'n mit räächn.“ „Gann Se garandirn, daß's räächn, Birnboom?“ „Garandirn gann's naddirlich nich, awr ärschds schdeeds Wädderglas ganz misserawl, un zweedns is ooch dorchs Radjo abnähnde Aufheiderung mit Riedererschläschn gemähd.“ „Mr wissn, Birnboom, dahmr uns daburff nie nich verlassen gään. Räähn' Se Ihre schridzn jr Hand un schridzn Se 'n Roddebonndirn un de Bergheiminichbeede lings von 'n Garlsplatz und erzähl'n Se nich ärschd wieder lange Märchn. Se wissn, nach lounsoviel Daachn muß geschdrenge wään, wenn's nich geräächn had. Also machn Se hin!“ „Na gud — da wär'ch also schridzn. Mir's eegal.“

Birnboom muß natürlich die Befehle seines Vorgesetzten respektieren und er geht, es zu tun. Bevor er mit seinen Geräten nach dem Karlsplatz abfährt, schaut er nochmals auf den Himmel mit einem Blick, welcher ausdrückt: Nach den Woll'n ze urdeeln, is es wänglich ä Bleedsinn, helbe ze schridzn.

Als er den Karlsplatz erreicht hatte, fielen bereits die ersten Tropfen vom Himmel, andeutend, wie richtig Birnbooms Logik gewesen war. Aber unbeirrt schraubt er das Rundstück seiner Spritze auf den Schlauch und spricht mit grimmtiger Schadenfreude hinweg über die grünen Blätter und Blumen. Auf und nieder, kreuz und quer tauschen die kalten Wasserstrahlen. Inzwischen hat sich das Tröpfeln in Gießen verwandelt — es regnet Bindfäden. Die Wolken sind weit ergiebiger als der Wassererschlauch. Menschen mit Regenschirmen versammeln sich am Karlsplatz und machen ihre schlechten Miene über den pflichttreuen Birnboom. Einer ruft: „Menich, du schridzn ja 'n Räächn ganz nasse!“ Aber der Ratsarbeiter Birnboom denkt: Mir gänn ihr alle 'n Buggel runderrudschn — Befähl is ämb Befähl.

Wurst mit Stednadeln

Vom Gesundheitsamt wird mitgeteilt: Es ist in hiesigen Geschäften beobachtet worden, daß Preisgettel oder Dekorationsmaterial an Würsten mit Stednadeln befestigt werden. Dies ist zu beanstanden, da die Gefahr besteht, daß die Stednadeln beim Verlaufe der Wurst manchmal darin verbleiben und der Verbraucher dadurch in Gefahr gerät, sie mit zu verschlucken. Dadurch können erhebliche Gesundheitsgefährdungen herbeigeführt werden, was unter Umständen die Bestrafung der Verkäufer zur Folge haben kann. Vor dem Befestigen von Preiszetteln oder Dekorationsmaterial an Würsten mit Stednadeln wird deshalb hiermit gewarnt.

Gasvergiftet aufgefunden wurde gestern gegen 18 Uhr in der Ludwigstraße in L.-Neustadt in seiner Wohnung ein Ehepaar, beide 76 Jahre alt. Die Frau hat in letzter Zeit an Ohnmachtsanfällen gelitten und wurde vermutlich beim Kochen auf Gas von einem solchen überrascht. Die angestellten Wiederbelebungsversuche waren von Erfolg das Ehepaar wurde zur weiteren Behandlung ins Krankenhaus St. Georg übergeführt.

Reizner, Fürsorgeempfänger, Erwerbslose, Kurzarbeiter, Kriegsbeschädigte. Ausgabe von frischem Minderfleisch, beste Qualität. Freitag, den 26. Oktober, von 8-15 Uhr, und Sonnabend, den 27. Oktober, von 8-14 Uhr, im Städtischen Schlachthof. Einzelpreis: das Pfund 80 Pfg. Die Ausgabe erfolgt nur gegen Ausweis.

Anverständliche Maßnahmen des Rates

In der Leipziger Volkszeitung vom 23. Juni d. J. wurde in einem Aufsatz zu den Höchstpachtpreisen für Kleingartenland Stellung genommen. Der Rat der Stadt Leipzig hatte durch Bekanntmachung vom 22. Mai d. J. die Höchstpachtpreise für den Stadtbezirk Leipzig um weit über 100 Prozent erhöht. Zu dieser ungeheuren Pachtpreiserhöhung hatten die organisierten Leipziger Kleingärtner in großen öffentlichen Versammlungen, die überfüllt waren, Stellung genommen und beschlossen, gegen die Maßnahmen des Rates Einspruch zu erheben. Hierzu sei bemerkt, daß die Pachtpreise für Kleingartenland 3. B. in Dresden je nach Bodenklasse 1,5, 2,1 und 3 Pfg. pro Quadratmeter betragen. In Leipzig hingegen hat man für dritte Bodenklasse 5 Pfg. für zweite 6 Pfg. und für erste 7 Pfg. pro Quadratmeter festgelegt. Dieser Beschluß des Leipziger Rates läßt jedes soziale Verständnis vermissen, wenn man bedenkt, daß zur Zeit der landwirtschaftliche Pachtpreis etwa 2 Pfg. pro Quadratmeter beträgt. In diesem Zusammenhange dürfte es interessieren zu wissen, daß die Stadt Leipzig große Flächen Land besitzt, das kleingärtnerisch genutzt wird. Das Grundstücksamt des Rates der Stadt Leipzig hat nun Anfang dieses Monats an diejenigen Kleingärtnervereine, die städtischen Grund und Boden bewirtschaften, nachstehendes Schreiben gerichtet:

„An den Schreberverein... Die Höchstpachtpreise für Kleingartenland sind durch die Ratsbekanntmachung vom 22. Mai 1928 mit Wirkung vom 1. Juli 1928 neu festgesetzt worden. Diese Neufestsetzung gilt auch für bereits laufende Verträge. Auf Grund dieser Bekanntmachung haben wir beschlossen, den Pachtpreis für Ihr Pachterbände vom 1. Juli 1928 an auf jährlich... das sind 7 Pfg. je Quadratmeter und Jahr, zu erhöhen. Wir hatten bis jetzt diese Mitteilung ausgespart, weil wir aus Zweckmäßigkeitsgründen die Entscheidung der Kreishauptmannschaft Leipzig auf den Einspruch des Kreisverbandes der Schreber- und Gärtnervereine, e. V., Leipzig, gegen die bekanntgemachte Neufestsetzung der Höchstpachtpreise abwarten wollten. In der Annahme, daß diese Entscheidung bald vorliegen würde.

Da aber noch einige Zeit bis zur Entscheidung der Kreishauptmannschaft vergehen dürfte, andererseits wir keinen Anlaß haben, von unseren Rechten als Verpächter nicht Gebrauch zu machen, sehen wir uns nunmehr doch veranlaßt, von Ihnen den erhöhten Pachtpreis zu fordern, zumal es auch in Ihrem eigenen Interesse liegt, wenn nicht höhere Pachtpachterträge aufkaufen. Wir erlauben Sie deshalb, gemäß der Ratsbekanntmachung vom 22. Mai 1928, vom 1. Juli 1928 an den erhöhten Pachtpreis zu bezahlen und den Mehrbetrag von... RM. auf die Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1928 binnen 14 Tagen nach Zustellung dieses Schreibens an die in Ihrem Pachterbände genannte Kassenstelle abzuführen.

Der Rat der Stadt Leipzig, Grundstücksamt.

Hierzu muß zunächst gesagt werden, daß es an sich sehr bedauerlich ist, daß der Einspruch des Kreisverbandes der Schreber- und Gärtnervereine noch nicht entschieden ist, obwohl vier Monate Zeit dazu zur Verfügung standen. Trotzdem muß das Vorgehen des Grundstücksamtes Kopfstütteln hervorrufen. Braucht der Rat das Geld wirklich so nötig, daß er die Entscheidung über den Einspruch nicht abwarten kann? Wenn in dem Schreiben gesagt wird, daß die Maßnahmen des Grundstücksamtes im Interesse der Kleingärtnervereine selbst liegt, und zwar insofern, daß nicht höhere Pachterträge aufkaufen, so muß hervorgehoben werden, daß dem Rat diese Beforgnis für das Wohlergehen der Kleingärtner schlecht ansteht. Als der Rat die Pachtpreise im Mai dieses Jahres um weit über 100 Prozent erhöht hat, war man auch nicht in Sorge darüber, wo die Kleingärtner, die fast ausnahmslos Arbeiter sind, die Mittel hernehmen sollen, um diese enormen Pachtpreise bezahlen zu können. Einem Arbeiter, der das Unglück hat, erwerbslos zu sein (und das sind nicht wenige), ist es ohnehin kaum noch möglich, sich und seiner Familie den Kleingarten zu erhalten, weil er die erforderlichen Abgaben nicht abbringen kann. Dafür schelt jedoch beim Rat der Stadt Leipzig wenig Verständnis vorhanden zu sein.

Du sollst den Stahl in Feindesherzen tauchen

Die heutzigen Worte sind hier ausnahmsweise nicht dem Wortschatz deutscher Heldensagen entnommen, sie stammen aus dem 4. Bande des christlichen Lesebuches für die kath. Volksschulen von Schönlank. Die Kostprobe zeigt, das Buch einmal etwas näher zu beleuchten, vor allem, weil es ein neuer Band dieses Lesewerkes erscheinen soll.

Da gibt es 3 B. einen Abschnitt „aus deutscher Vergangenheit“. Darin toben 10 Seiten lang die sogenannten Freiheitskriege. Man erzählt zwar nichts von dem zweimaligen Betrug der Fürsten und der folgenden Meternicherei. Aber es geht feste druff auf den Erbfeind. Zur Einstimmung dient der blutdürstige Aufzug Th. Körners, wahrlich ein, weil darin das Liebespaar Ferdinand und Luise als Heilige angerufen werden. Unsere Heberschiff, die in Körners Dichtung steht, kennzeichnet den wahrhaft kindertümlichen Ton der Verse. — Es folgt der alte Schmarren Blücher am Rheine mit der sachmännlichen Reklame des Allen für den französischen Champagnerwein: „Der Champagnerwein wird, wo er wächst, am besten sein.“ — Dann drückt man den hehrischen „deutschen Rhein“ ab, wo die Franzosen als gierige Raben sich heiser schreien. „Aber sie sollen ihn nicht haben, bis seine Pluten begräber des letzten Mannes Gebein“ — wenn der „erste“ Mann nicht nach Holland läuft. — Nun erhalten die Revolution und der Friedensvertrag ein paar Einzelstriche. So in den Versen: „Ich hatte einst ein schönes Vaterland“ — nämlich „vor der Schmach und Schande“. Und Paul Keller reimt: Einmal wird alles vergessen sein... verhallt ist der Gasse wildes Geschrei... überall Freiheit, Ordnung und Glück... der alten Zeit gedenkt man kaum, sie ist vorbei, wie ein wilder Traum.“ — Ja, ja, die Herausgeber des Buches träumen! Sie hörten auch nicht das Schreien der Vermundeten im Stachelkraut und das Klagen der Witwen und Waisen in der Heimat, sonst hätten sie nicht ein Stück wie „Th. Körner's Tod“ in den Band aufgenommen. Da wird eine Sohle von Rührigkeit und Blutdurst ausgegossen, und zwei Strophen des sadistischen „Schwertliedes“ dienen als Kraftwörter. Der Aufwand soll als Beispiel eines Heldentodes gelten.

er ist aber ein Gegenbeispiel für die Christentugend Gehorsam. — Siehe Schiller! Körner starb, weil er trotz des Sammeltages noch einmal auf die Franzosen „draufgehen“ wollte. Das vorletzte Wort stammt aus dem Wiltensstrauch zu Körners Tode, den die Herausgeber, ein Dresdner Lehrerauswähl, als besonders passend für das Kindergemüt ausgewählt haben. Andere Leute nennen den Absdruck solcher Worte und der ganzen Abschnitte über 1813 eine Pflanzel aus dem Reich der Dummheit. Doch den Herausgebern fehlt dafür das Gefühl. Sie nennen ihr Buch „Kinderfreund“ — einen Kinderfeind haben sie losgelassen.

Daß die Herren auch eine schlüchterne Verbeugung von dem entflochtenen Monarchen machen, versteht sich von selbst. Man läßt zwar nicht mehr den Geisig anheben und anheilen, doch marschieren Franz Joseph als Exempel auf. Der hat einmal einen pflichtgetreuen Bahnbeamten zu Unrecht mit seinem kaiserlichen Mißfallen beehrt und heilt den Schaden durch einen gödlichen Festst. Was soll so etwas? Deutlich klingt der Grundton: So waten sie, die Verloffenen! Man erzählt doch einen der tausend Fälle ihrer Anmaßung und Hoffheit!

Was muß geschehen? Es ist anzunehmen, daß der Abschnitt über 1813 aus dem 4. Bande des Lesebuches herausgenommen wird. Dem Ministerium und den Schulämtern ist zu empfehlen, Neubearbeitungen der anderen Bände vor der Genehmigung aufmerksam zu prüfen. N. G.

Grundfragen europäischer Außenpolitik

Kursus des Genossen Engelbert Graf.

Der Kursus des Genossen Graf über die Grundfragen der europäischen Politik führt in ein von der Arbeiterschaft verhältnismäßig wenig bekanntes und beachtetes Gebiet ein. Probleme der äußeren Politik sind dem Proletariat — und zwar nicht allein bei uns in Deutschland — bisher ziemlich fremd geblieben; das hat sich leider auch schon wiederholt gezeigt. Vor allen Dingen in der Art, daß die große Masse auf Schlagworte und politische Parolen allzu leicht hineinfällt und sich von der Massenpsychologie gefangen nehmen läßt. Bis heute sind ja die außenpolitischen Zusammenhänge, die zum Weltkrieg geführt haben und die auch nach dem Friedensschluß die Politik der Großmächte und der kleinen Staaten bestimmen, noch zu wenig bekannt. Nun scheint jedoch offenkundig Deutschland und das gesamte Europa wieder in eine Periode erhöhter Aktivität getrieben, was sich aus dem Kellogg-Pakt und aus dem Widerhall, den der Kellogg-Pakt gefunden hat, unzweifelhaft ergibt. Um nicht erneut vor ähnliche Heberschiffungen gestellt zu werden, wie sie der unliebsame Sommer 1914 gebracht hat, ist es daher notwendig, daß weitestgehende Aufklärung über diese außenpolitischen Zusammenhänge in die Kreise der Arbeiterschaft hineingetragen wird.

Der Kursus über die Grundfragen europäischer Außenpolitik wird, wie das bei unserem marxistischen Standpunkt selbstverständlich ist, von der wirtschaftlichen Entwicklung, d. h. von der Entwicklung des modernen Kapitalismus, ausgehen, dessen Grundlage und Betätigungsmöglichkeiten er untersucht und auf dieser Basis die Geschichte der neuesten Zeit analysiert.

Daß die gegenwärtigen Fragen und die Aufgaben und Möglichkeiten einer sozialistischen Außenpolitik dabei im Mittelpunkt stehen werden, ist selbstverständlich.

Der Kursus wird als Wochenendkursus durchgeführt, und zwar am 10. und 11., 17. und 18., 24. und 25. November. Beginn an den Sonnabenden 20 Uhr, an den Sonntagen 10 Uhr im Volkshaus.

Acht Filmabende für unsere Jugendweihkinder!

Mittwoch, den 24. Oktober: Goldene Krone, Connemah, Beginn 19 Uhr. — Donnerstag, den 25. Oktober: Reichshallen, Volkmaroborl, Beginn 20 Uhr. Gotschschloßchen, Eutrich, Beginn 20 Uhr. Volkshaus, Beginn 20 Uhr. — Freitag, den 26. Oktober: Löwenpark, Stötterich, Beginn 19 Uhr. Schillererschloßchen, Gohlis, Beginn 19 Uhr. Deutsches Haus, Bindenau, Beginn 19 Uhr. Elsterthal, Schleußig, Beginn 20 Uhr. — Es kommen zur Vorführung: „Rote Erde“, „Ich sah in die Welt“, „Arbeiter-Sachen“ und lustige Reizfilme. Außerdem bringt die Arbeiterjugend bunte Vorführungen. Eintritt: Erwachsene 30 Pfennig, Kinder 15 Pfennig. Elternräte, Arbeiterjugend und Kinderfreunde beteiligen sich an diesen Veranstaltungen.

An unsere geschätzten Inserenten!

Anlässlich unserer Werbeweche und der 50. Wiederkehr des Tages der Einführung des Sozialistengesetzes, verbunden mit einer Ehrung unserer Veteranen, erscheint die

Leipziger Volkszeitung am Sonnabend dem 27. Oktober, als Festnummer

Eine bedeutend höhere Auflage und eine besonders sorgfältige Ausstattung dieser Nummer erhöht die Bedeutung derselben

Ein Teil dieser Nummer wird farbig gedruckt

Auch die Inserate finden in dieser Festnummer eine größere Beachtung!

Unsere wertigen Inserenten und die gesamte Geschäftswelt sollten diese Reklamemöglichkeit nicht ungenutzt vorübergehen lassen

Rechtzeitige Aufgabe der Inserate bietet Gewähr für moderne Ausstattung

Verlangen Sie sofort Vertreterbesuch unter Fernspr.-Nr. 722 06

Verlag der Leipziger Volkszeitung Abteilung Inserate, Saubauer Str. 19/21

Wo ruft die Pflicht?

Ortsvereinsvorstände der SPD Groß-Leipzig.
Wir ersuchen die Einzelhändler für den Kursus des Genossen Graf umgehend an das Sekretariat zu senden.
Magwih-Vindenan-Schleifig. Heute 20 Uhr im Vindensfeld Fortsetzung des Kursus Schönlant.

Funktionäre.

Alt-Leipzig, Westen II. Donnerstag, 25. Oktober, 20 Uhr, pünktlich, Sitzung bei Tauschert, Gutsan-Adolf-Strasse.

Arbeitsgemeinschaft der SPD-Frauen.

Freitag, 26. Oktober, 20 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 2/3, Vortrag der Genossin Simon über Geburtenregelung. Jede Frauengruppe muß vertreten sein.

Sozialistische Studentengruppe.

Die Arbeitsgemeinschaft fällt am Donnerstag wegen der Verbewoche der Partei aus.

Sozialistische Arbeiter-Jugend.

Groß-Leipzig. Kursusanmeldung für Marktanfahrt bis Freitag einreichen. Teilnehmerbeitrag 1,50 Mark ist gleichfalls bis Freitag im Sekretariat zu bezahlen.

Bestellkarten für November fehlen noch von einer Anzahl Gruppen. Da die Zeitung ab November direkt von Berlin versandt wird, müssen die Bestellungen umgehend eingeschickt werden, andernfalls wird die Oktoberzahl angenommen.

Parteiwoche am 28. Oktober. Eintrittskarten sind völlig ausverkauft. Alle SA-Mitglieder, die ihren Eintritt in die SPD erklärt haben, müssen unbedingt erscheinen.

Schule.

Kursus Vorkurs, Vindensfeld und Engelsdorf, fällt diese Woche aus. Fortsetzung wird bekanntgegeben.

Gemeinschaft Kinderfreunde.

Entscheid. Alle Roten Falken gehen Donnerstag in den Filmabend der Jugendwächter ins Gosenbüschchen, 20 Uhr. Eintritt 15 Pfennig.

Konnewitz. Alle Gruppen, außer No-Arthur, treffen sich Donnerstag, den 25. Oktober 1928, pünktlich 17,30 Uhr, an der Bibliothek. Wir geben ins Wühlfüßer Heim zur Feier: Vor 50 Jahren Inkrafttreten des Sozialistengesetzes. Musikinstrumente mitbringen.

Oktober-Sprechstunde

Wichtig! Heute, 19,30 Uhr, Bühnenprobe im Zoo. Kommt alle.

Mitglieder-Veranstaltungen

Viebertwollisch. Freitag, 26. Oktober, 20 Uhr, im Schwarzen Hof, spricht Genosse W. Jeller über: „Vor 50 Jahren“.

Anfälle in Leipzig

Heute gegen 5,30 Uhr wurde auf der Kreuzung Antonien- und Gieselerstraße in L.-Kleinshocher der 60 Jahre alte Walschmidt Oswald Schwenter von einem Kraftomnibus der Linie 25 tödlich überfahren. Er wurde nach dem Tode für gerichtliche Obduktion überführt.

Vom Motorrad gestürzt. Gestern gegen 7,30 Uhr stürzte der 28-jährige Notenschreiber Paul A. in der Eisenbahnstraße in Neuschönefeld infolge der Kollision mit seinem Motorrad. Er erlitt eine schwere Kopfverletzung und wurde mittels Krankenwagens ins Krankenhaus St. Jakob gebracht.



Aus der Umgebung

Zöbiger. Gemeindevorordnetenitzung. Zweck Einrichtung eines provisorischen Schulzimmers sind im Grundstück Hunger geeignete Räume gemietet worden, die entsprechend für den genannten Zweck hergerichtet werden. Dem ausgetheilten Mietvertrag hierzu wird einstimmig zugestimmt. Kenntnis genommen wird: a) von den erfolgten Wohnungszuweisungen im Grundstück Hunger; b) von einer Mitteilung der Amtshauptmannschaft betreffend den Badweg nach Vauer und Knauthain, wonach dieser als privater Fußweg anzupreisen ist. Zu letzterem Punkte ist man mit den Erklärungen einverstanden, wenn dieser Weg unabweislich als Fußweg anerkannt wird. Die Gemeinde hat an der Offenhaltung des Weges das größte Interesse, da derselbe eine unentbehrliche Verbindung nach Großhauer darstellt. Die Auffassung des Fußweges rechts der Koburger Staatsstraße ist nunmehr erfolgt, das Gelände ist in den Besitz der Gemeinde übergegangen. Dem Schankkonzessionsgesuche Emil Damm in der Siedlung wird die Bewilligung mit 12 gegen eine Stimme verweigert. Zu verschiedenen Gelegenheiten wurde die notwendige Entscheidung getroffen, gleichzeitig soll der Bauauschuss zur Frage eines evtl. Wohnhausneubaus Stellung nehmen bzw. einen Vorbeschluss herbeiführen, damit die Bezugsstellung gesichert werden kann.

Gölshen. Eine Scheune niedergebrannt. Aus bisher ungeklärten Gründen brach am Dienstagabend in der Scheune des Landwirts Weidlich Feuer aus. In den darin lagernden Erntevorräten fanden die Flammen reichliche Nahrung und drohten auf anliegende Gebäude überzugreifen. Das gab Veranlassung, neben vielen freiwilligen Wehren einen Rüstung der Leipziger Berufsfeuerwehr zur Niederkämpfung des Feuers einzusetzen.

Eilenburg. Wieder ein Wilddieb gefasst. Ein Feldschutzbewahrer stellte auf der Leipziger Höhe auf einer Wiese den schon dreimal wegen Jagdvergehens vorbestraften 26-jährigen W. J. Sein Totschlag für 8-Millimeter-Geschosse hatte er vorher weggeworfen; es wurde aber von dem Beamten beim Durchsuchen der Wiese gefunden. J. sieht nun das viertelmal seiner Bestrafung wegen Jagdvergehens entgegen. Ob er es nun lassen kann?

Ein betrügerischer Reisender treibt in hiesiger Gegend sein Unwesen. Er nennt sich Langheinrich und vertreibt für eine halbe Scheide Buchhandlung Broschüren und Bücher, vor allem über Schatzsuche. Jedesmal läßt er sich Vorkauf geben dafür und verschwindet dann. In der Torgauer Gegend hat er bereits in vier Fällen Glück gehabt. Vor ihm sei hiermit gewarnt.

Die Gedächtnisfeier zur Erinnerung an die 50-jährige Wiederkehr des Beschlusses des Sozialistengesetzes wird eine würdigen Auftakt zur Verbewoche für die Partei und Presse. Im herrlich geschmückten Saale des Tivoli bei sehr guter Beteiligung widmete sich das künstlerische Programm ab. Im Mittelpunkt stand die Gedächtnisfeier des Reichstagsabgeordneten Genossen Dr. Herz, Berlin. Anschließend gab unser alter Genosse Gustav Raute noch einen kurzen Rückblick über das Entstehen und die Entwicklung der Partei in unserer Stadt. Dem freien Sängerkorps, der freien Turnerschaft, die beide das erste Mal seit der Spaltung der Partei wieder mitwirkten, sowie der SA sei hiermit nochmals der Dank der Partei ausgesprochen. Mit anfeuernden Worten des Vorsitzenden, Genossen Krüger, in der Verbewoche alles für die Partei einzusetzen, erreichte die Gedächtnisfeier ihr Ende.

Veranstaltungskalender

Mittwoch, 24. Oktober.

Lebensliche Versammlung über „Führer und Masse in der Jugendbewegung“ (Dr. Bernfeld). Volkshaus, 19,30 Uhr.

Sozialdemokratie-Kirche-Religion

Mitgliederversammlung der SPD

Kleinerat des Genossen Mag Adler-Wien

In einer gut besuchten Mitgliederversammlung der SPD Groß-Leipzigs sprach am Dienstagabend im Sanssouci Genosse Mag Adler-Wien über „Religion, Kirche und Sozialdemokratie“. Genosse Adler führte u. a. aus:

Das Thema hat seit jeher die Gemüter der Partei beschäftigt, was sich notwendig allein daraus ergibt, daß die Sozialdemokratie zu allen Fragen des Kulturlebens Stellung nehmen muß. Der Begriff der Religion ist, schon infolge ihrer langen historischen Entwicklung, kein absolut bestimmter. Daher ist die Frage, ob die Religion bereits „überwunden“ ist, davon abhängig, was man eigentlich unter Religion versteht. Drei verschiedene Bestandteile lassen sich in jeder Religion erkennen.

Alle Religionen enthalten eine Antwort auf die Frage nach dem Sinn und der Herkunft der Welt. Man könnte diesen Ursprungsbegriff eine populäre „mythische Mythos“ nennen. Glauben jedoch die Menschen, daß ein übermächtiges Wesen die Ursache der Welt gibt, dann fühlen sie sich ihm verbunden, es entlehnt der Kult, dem Gott zu dienen, ihn wohlgegnigt zu stimmen aus Angst vor übermächtigen Kräften. Dieser Teil enthält doch nicht das eigentliche spezifische der Religion, das ein besonderes Gemütsbedürfnis befriedigen soll.

Ein zweiter Teil der Religion hängt damit zusammen, daß die Menschen die Götter idealisieren. In der wirklichen Gemeinschaft, wo die Ideale der Brüderlichkeit, Sittlichkeit usw. durch die harten Tatsachen der rauhen Wirklichkeit beeinträchtigt werden, entwickelt sich das Bedürfnis nach einem moralisch Höheren, das durch die menschlichen Widerwärtigkeiten nicht beeinträchtigt ist. Zu dem Ursprungsprinzip der Allmacht tritt das moralische, die Gott zugewiesene Allgüte. So moralisch auch diese Anschauung klingt, so ist doch schon immer darauf hingewiesen worden, daß eine solche Religion auf einer moralisch niederen Stufe steht. Denn wer das Gute nur tut, weil Gott es genehmigt und dadurch das Leben nach dem Tode garantiert wird, begehrt ja nur eine Art Lebensversicherung. Dieser Inhalt ist kein eigentlich religiöser, sondern ein egoistischer.

Der dritte Teil, der in allen Religionen enthalten ist, aber von den anderen Teilen oft überwuchert wird, besteht in dem Bestreben des Menschen, sich in ein sinnvolles Ganzes hineinzufügen zu sehen. Hier steht das eigentliche Religiöse, der Glaube, ein, der Glaube an eine bestimmte Ordnung. Dieser Glaube ist durchaus nicht immer notwendig ein Gottesglaube. Ist diese Gläubigkeit etwas Persönliches, so ist auch die Religion etwas durchaus Persönliches, was nicht gelehrt wird. Und sie ist auch dort da, wo man glaubt, sie nicht zu besitzen.

In absolutem Widerspruch zu dieser Art Religion steht die Kirche.

Wo die Religion die dogmatische Kirche bedingt, fängt sie an zu Grunde zu gehen. Genosse Adler zeigt diesen Vorgang nur an einigen historischen Beispielen.

Zu dem Dogmenmoment kommt noch ein zweites Moment, das die Religion untereinander Moment, das Herrschaftsmoment, der Charakter der Kirche, die Volksmassen politisch und physisch im Bunde mit den herrschenden Klassen zu beherrschen. Man kann diesen Unterschied z. B. in dem Verhalten der Kirche zur Sklaverei erkennen. Es gehört zu den vielen Geschichtswunden, daß das Christentum die Sklaverei abgeschafft hat. Aus reinen sozialen Bedingungen hat bereits das Urchristentum die Sklaverei anerkannt. Man kann in der Berücksichtigung der antiken Produktionsverhältnisse daraus dem Urchristentum nachträglich keinen Vorwurf machen. Das spätere Christentum hatte eine solche Entschuldigungs nicht für sich. Als die Kirche herrschende Macht war, vom 8. Jahrhundert ab, hielt sie als Großgrundbesitzer die Sklaverei aufrecht. So hat die Kirche immer anerkannt, und das ist ihr Kernrecht bis zum heutigen Tage, daß die Sklaverei durch Geburt bestimmt und den Sklaven der Eintritt in den heiligen Stand der Priester verboten ist. Ein Beispiel aus der neuen Zeit, das Verhalten der Kirche zum Krieg, beleuchtet ebenfalls den zwiespältigen Charakter der Kirche. Alle Lehren des Evangeliums hat die Kirche im Krieg preisgegeben, die die mordenden Heere mit ihrem Segen ausstattete. Es gibt eigentlich keine stärkere Gottesfälschung, und der ganze Stolz des Christentums, der Glaube an einen Gott, wurde durch die Kirche im Kriege durch eine Art primitiven Götzendienstes ersetzt, der einzige Gott wurde abgelöst durch einen „deutschen“, „französischen“ usw.

So sehen wir, daß Religion und Kirche in absolutem Gegensatz stehen. Die Stellung der Sozialdemokratie zur Kirche ist also klar gegeben:

Die Kirche haben wir als absolut kulturwidrig und religionswidrig zu bekämpfen. Es gibt da keinen mittleren Weg, und keine Anpassung an irgendwelchen Opportunitätsgründen kann hier zugelassen werden.

Der mit dem Kapitalismus verbündeten Kirche gehört in jedem Fall unser schärfster Kampf.

Schwieriger ist unsere Stellung zur Religion. Leider sind Kirche und Religion in der Wirklichkeit verbunden, was eben die Lösung dieser Frage erschwert. Prinzipiell müßte gelagt werden, für den Sozialismus als wissenschaftlicher Lehre besteht kein notwendiger Gegensatz zur Religion als persönliche Gläubigkeit. Der Sozialismus ist eine Wissenschaft, keine Weltanschauung. Der Sozialismus ist die Wissenschaft von dem Wesen der kapitalistischen Gesellschaft. Genosse Adler entwickelt uns etwas ausführlicher seine aus seinen Schriften bekannte theoretische Anschauung über diese Zusammenhänge.

Wir sind keine Gegner der Religiösität. Diese Tatsache ist nun niedergelegt in dem oft angeführten Satz des Parteiprogramms, daß Religion Privatsache ist.

Trotz der Existenz der Kirche hat dieser Satz eine eminent wichtige Bedeutung für den revolutionären Sozialismus. Dieser Satz will betonen, daß alle jene Schichten gewonnen werden sollen, die ein objektives Interesse daran haben, den Kapitalismus durch den Sozialismus zu überwinden, ohne Rücksicht darauf, wie sie sich in bezug auf ihre Seelenheil von der Entwicklung der Welt Gedanken machen. Die Gläubigkeit hat aber verschiedene Stufen, in der industriellen Großstadt andere als auf dem Land, und die Gewinnung der Massen, ihre Befreiung von der Kirche ist hier an andere Bedingungen geknüpft als dort.

Man muß sich davor hüten, zu sagen, der Austritt aus der Kirche ist Bedingung für eine sozialistische Einstellung.

Eine solche Bedingung kann nicht einmal den Funktionären auferlegt werden, denn wir müssen die Verhältnisse in den rückständigen Gebieten berücksichtigen. Der Kirchenaustritt ist aber eine der Aufgaben des Sozialismus. Von dem entwidesteten Klassenbewußten Arbeiter müssen wir unmittelbar diesen Austritt aus der Kirche verlangen, und damit ist unsere Stellung zu den religiösen Sozialisten gegeben. Gerade vom Standpunkt einer höheren Religiösität aus muß man den Austritt aus der Kirche verlangen.

Der Satz „Religion ist Privatsache“ darf nicht verstanden werden als ein Faustsatz, als ein Ausdruck von Gesinnungs-schlamperei.

In jedem Fall aber müssen wir alle Eltern auffordern, ganz gleich wie sie zur Religion stehen mögen, ihre Kinder in die weltliche Schule zu schicken.

Wir müssen immer den entscheidenden Gesichtspunkt beachten: Wie gliedert sich eine jede Stellungnahme in den großen Klassenkampf des Proletariats ein? Kämpfen wir, daß an die Stelle der stehenden Kirche die große Armee des kämpfenden Proletariats tritt. (Lebhafter Beifall.)

In der Diskussion sprach Genosse Flehig: Als Massenpartei dürfen wir nicht die Bedingung stellen, daß ein jeder aus der Kirche austreten muß, bevor er Sozialist ist. Deshalb dürfen wir aber nicht den Satz anerkennen, daß Religion Privatsache ist. Bei einem Teil unserer Führergenossen und den religiösen Sozialisten müssen wir leider noch die Tatsache verzeichnen, daß sie der Kirche angehören.

Genosse Theo Mener: Wir lehnen grundsätzlich jede Art von Verbindung von Mensch zu Gott, jede Art von Religion ab. Die Kirche ist nicht nur eine politische, sondern auch eine gesellschaftliche Macht. Das wirkt sich besonders auf dem platten Lande aus. Wir sollen den Kirchenaustritt nicht an den Anfang, aber an das Ende stellen. Wir aber Jahrelang der Partei angehört, ohne aus der Kirche ausgetreten zu sein, der ist kein guter Klassenkämpfer.

Genosse Vogel: Wir müssen jede Art von Gläubigkeit ablehnen, da sie immer wieder in die Arme der Kirche führt.

Genosse Tröper: Wir religiösen Sozialisten propagieren nicht „Hinein in die Kirche“. Unser Kampf gilt der Kirche. Aber wo wieviele Proletarier noch der Kirche angehören, legen wir, sollen die, die im Sinne des Genossen Adler Religiösität besitzen, versuchen, sich innerhalb der Kirche zu sammeln.

Genosse Grundmann: Da die Kirche als Pflegstätte der religiösen Weltanschauung auftritt, ergibt sich bei Beachtung der Rolle, die in Deutschland das Zentrum und in Österreich die Christlich-Sozialen spielen, die Notwendigkeit, den Kampf durch Massenaufklärung gegen die Kirche und religiöse Weltanschauung zu führen. Wo die Partei dem Proletarier das ökonomische Bedingte seiner Lage begreiflich zu machen hat, kann sie ihn nicht über seine Stellung zum Gottesproblem befragen. Diese Aufgabe haben zur Zeit die Freidenker zu übernehmen, mit Erfolg nur dann, wenn sie in einer Organisation sind. Von den führenden Genossen muß erwartet werden, daß sie die religiöse Weltanschauung ablehnen.

Genosse Richard Lehmann: Die religiösen Sozialisten sind auf falschem Wege, wenn sie glauben, die Kirche von innen heraus untergraben zu können. Der Standpunkt, den heute Träger vorgetragen hat, wird von den meisten religiösen Sozialisten noch überboten, indem sie innerhalb der Kirche für die Erhaltung des Reiches Gottes und für keinen Klassenkampf eintreten. Eine solche Utopie muß zum Klassenverrat führen.

Genosse Laumann: Ungleich schlimmer für die Partei als die Existenz der religiösen Sozialisten ist die Tatsache, daß eine Reihe von jüdischen Genossen ein Reliquat für sich in Anspruch nimmt, indem sie bürgerlichen, oftmals liberal-reaktionären und arbeitervindlichen politischen Vereinen angehören. Dieser Zustand muß endlich beseitigt werden. Wenn wir auch von allen Funktionären der Partei den Kirchenaustritt als wünschenswert, jedoch nicht als Bedingung verlangen können, so müssen wir diesen Wunsch gegenüber den bezahlten Funktionären, den Organisatoren und Propagandisten der Partei, mit allem Nachdruck vertreten.

Genosse Adler (Schlußwort): Es ist gegen mich nichts gesagt worden, was prinzipiell meinen Ausführungen entgegensteht. Die Auffassung, daß nur die materielle Not Religion schafft, ist durch die Tatsachen ad absurdum geführt, man denke nur an Buddha oder Tolstoi. Der religiöse Sozialismus hat einmal eine große historische Bedeutung gehabt, bei St. Simon, Wih. Weitling u. a. Alle diese Richtungen sind, von unserem heutigen Standpunkt aus, als utopisch gekennzeichnet. Ich halte die Freidenkerorganisationen für außerordentlich nützlich und notwendig, obwohl ihnen zuweilen die Gefahr anhaftet, sich als Selbstzweck zu sehen. Ebenso wie wir bezüglich der bürgerlichen Parteien den Vorgang feststellen können, daß sich die verschiedenen Schichten des Bürgertums immer enger unter der Devisen zusammenschließen: mag der Agrarier diese, der Schwerindustrie jene und der Kaufmann andere Sonderinteressen haben, gegenüber der Gefahr der sozialen Revolution müssen wir einheitlich zusammenstehen — ebenso sollten auch wir alle Kräfte des Proletariats zusammenfassen, ohne Rücksicht darauf, ob dieser oder jener Proletarier noch göttgläubig ist. Dann wird die zerstörende Macht der Kirche abgelöst werden durch die zerstörende Tat des Sozialismus. (Lebhafter Beifall.)

Genossenschafts-Produktion der GEG

Dresden — Stendal — Magdeburg

Drei neue wichtige und interessante Eigenbetriebe hat die Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumentvereine in letzter Zeit aufgetan. Es lohnt, sie zu sehen und zu studieren. Wer in lebensnahen Dingen Vore ist, sieht hier vor launenderregenden Wundern technischer Entwicklung! — Wichtige Mitglieder der Vorstände und Aufsichtsräte der sechs Konsumentvereine, die der Dresden-Einkaufsgesellschaft angehören, reisten zunächst nach Dresden, um sich die dort von der GEG seit etwa zehn Monaten betriebene Fleischwarenfabrik

der größte und modernste seiner Art in Europa

sein! Er wurde von einer Privatgesellschaft (der Hauptaktionär war der letzte Großherzog von Oldenburg) errichtet und im Frühjahr 1921 eröffnet. Das Geschäft lief sich gut an, die Gesellschaft errichtete in großen Städten des Rheinlandes eigene moderne Verkaufsstellen. Die eigentliche Grundlage für die Rentabilität aber sollte der Export von geschlachteten Schweinen sein, die — eine besondere Art — lebend aus Dänemark bezogen wurden. Diese Spekulation scheint verfehlt gewesen zu sein. Unter bedeutendem Verlust mußte die ganze Anlage 1927 verkauft werden. Sie soll den Erbauern alles in allem etwa 11 Millionen Mark gekostet haben. Der Herzog brauchte Geld und deshalb einen

zahlungsfähigen Käufer, der sich nur in der GEG fand. Sie erwarb die Sache um etwa 4 Millionen Mark. Dieser verhältnismäßig geringe Kaufpreis sichere von vornherein die Rentabilität auch dann, wenn das Werk nicht sofort voll ausgenutzt werden könnte. Die Unschärfe der Kaufhandlung ist in einem Genossenschaftsbetriebe fort, weil sich hier die Produktion nach dem Bedarf richtet, der bei der Größe der deutschen Konsumentvereinsbewegung ohne weiteres gegeben ist, vorausgesetzt, daß die Ware gut und preiswert ist, in den Wettbewerb mit privaten Unternehmen eintreten kann. Das trifft auf Oldenburg unbestreitbar zu. Ganz abgesehen davon, daß alle Produkte hier mit einer Akkuratheit und Sauberkeit hergestellt werden, die nicht zu überbieten ist, in den allermeisten solcher Betriebe wohl nicht erreicht wird. So ist denn auch seit Beginn des Betriebes durch die GEG eine fortwährende schnelle Steigerung des Umsatzes zu verzeichnen. Man rechnet für das Jahr 1928 mit einem Umsatz von 10 Millionen Mark!

Das Grundstück ist 180 000 Quadratmeter groß, davon sind zur Zeit erst 25 000 Quadratmeter bebaut. Die Fabrikation umfaßt alles, was von der Schlachtung der Tiere bis zum Versand des Produktes an maßstabmäßigen Einrichtungen neuester Art nötig und möglich ist. Das laufende Band spielt dabei eine große, vielseitige aus-schlaggebende Rolle. Soweit Menschenarbeit noch nötig ist, wird sie kontinuierlich Hand in Hand geleistet. Auf mechanischem Wege reist die Ware vom lebenden Tier bis zum einzelnen Produkt in die verschiedenen Abteilungen, vom Erdgeschloß bis in die Keller,

Mäher- oder Lagerräume. Nach dem tödlichen Schlag und dem blutigen Halschnitt rollt das Schwein in einen großen Brühessel, wo ihm durch drehende Walzen die Borsten genommen werden. Sauber, wie gelebt, fällt es unten heraus, um zum Entdärmen, Ausputzen und Zerlegen in Empfang genommen zu werden. Jeht Minuten nach der Tötung hängen die leeren Häuten im Kühlraum, bereit zum Transport oder weiteren Verarbeitung. Das Wurstmachen und alles andere sonst widelt sich in gleicher Präzision und Schnelligkeit ab. Frisches Fleisch wird durch große, eigene Fleischwagen an Ort und Stelle befördert. Jede Minute kann ein Schwein geschlachtet werden. Der Betrieb hat einen eigenen Schlachthof, auf dem Tierärzte ihres Amtes in den verschiedenen Phasen der Herstellung der Ware wachen. Bei voller Ausnutzung des Betriebes können

pro Tag 1500 Schweine und 100 Rinder geschlachtet

werden. Die Tiere werden von 15 Einkäufern gegen eine Entschädigung von einer Mark für ein Schwein herangebracht. Nur ein Käufer ist fest angestellt, der zu überwachen und dafür zu sorgen hat, daß alles ordnungsgemäß, nicht zum Schaden für den Betrieb, zugeht. Das Unternehmen befindet sich mitten im besten Viehzüchtungsgebiete Deutschlands.

Zur Zeit werden 300 Personen, darunter 40 Frauen, außerdem 40 Personen im Kontor beschäftigt. Alle sozialen Einrichtungen sind natürlich vorhanden. Das gesamte Personal des technischen Betriebs arbeitet in Kleidern, die dem Betrieb gehören, früh an- und abends ausgezogen werden müssen. Stiefel und Reparaturen werden in eigener Werkstatt hergestellt. Wäscherei und Ausbesseri halten die Sachen in Stand, wofür pro Woche und Person eine Mark zu zahlen ist. Jeder erhält am Tag 150 Gramm Ware und Kaffee umsonst; es darf jedoch nichts mit hinausgenommen werden. Im Berliner Schlachthof ist eine Salzerlei für die GEG eingerichtet, in Düsseldorf eine Speckräuchererei. In Oldenburg ist eine große Pöselerei, aus der Häuten gewisser Schweine an die Zentrale der englischen Konsumvereine geliefert werden. — Alles in allem:

ein imposanter Betrieb außen und innen!

Ein anderes Bild der gleichen technischen Art der Produktion in Stendal. Auch hier ein modernster Großbetrieb, die Konservenfabrik.

Meist Arbeit für Frauen und in starkem Maße Saisonarbeit. Zur Zeit unseres Besuchs waren noch zirka 600 Personen beschäftigt, in der Hochkonjunktur sind es etwa 800, im Winter nur 100. Die Fabrik wurde fertig aus Privatband erworben. Bald mußte vergrößert werden und jetzt eben sind große Neubauten im Werke. 1927 ein Jahresumsatz von 3%, im Jahre 1928 wahrscheinlich 5% Millionen Mark. Gemüsekonserven sind der Hauptartikel, außerdem werden Obstkonserven, Marmeladen, Fruchtsäfte und Kirschhonig hergestellt. Eine große Anzahl Fruchtsäfte für den Hausgebrauch für über 6000 Liter je Faß lagern im Keller. Ein Vorrat von rund einer Million gefüllte Konservendbüchsen stehen in großen Regalen im Lageraum. Das Band besorgt fast alles: von der Blechtafel bis zur fertigen und gefüllten Büchse wandert das Material durch verschleuderte Gänge der Produktion! Der Arbeiter freilich, der diesen wunderbaren Mechanismus bedient, hat es nicht so leicht, wie es scheinen möchte. Er ist der Sklave dieser fabelhaften Technik. Es geht an die Nerven. Hier darf er wenigstens nach acht Stunden seinen Diktator Maschine verlassen — es wird in zwei Schichten gearbeitet — in gleichartigen Privatbetrieben ist die Arbeitszeit meist viel länger. Dort wird besonders in den Monaten der Hochkonjunktur geschuftet, wie verrückt. — Das Wohnabgeben wird als Heimarbeit verrichtet, dafür gibt es noch keine Maschinen.

Unmittelbar neben der Fabrik befinden sich große Spargelkulturen mit Kirschbäumen belegt. 18 Kilometer entfernt, direkt an der Elbe, liegt das Gut Osterholz. Es umfaßt mit zwei Vorwerken 2700 Morgen, davon 400 Morgen Eichen- und Nadelwald, 500 Morgen Weidewiese und 1800 Morgen Ackerland. Auf letzterem wird Gemüse für die Fabrik geliefert. Auf der Weide können 1200 Rinder gehalten werden. Schweine kann man 1200 mästen, so daß jeden Monat 100 nach Oldenburg geliefert werden können. Das Gut wurde durch die Zwangsversteigerung erworben. Es war über 100 Jahre im Besitz märklicher Junker, zuletzt gehörte es einem Industriellen und war stark heruntergewirtschaftet. Wahrscheinlich ist es vom letzten Besitzer von Inflationsgewinnen als Sachwert, nur als Objekt erworben worden.

Mühle in Magdeburg

ist ein durch die GEG selbst von Grund aus neu errichtetes Werk draußen im Halengelande mit allen Verkehrsmöglichkeiten zu Wasser und Eisenbahn. Ein wichtiger, in der einfachen Architektur auch nach außen hin gut gelungener Bausteinbau. In der Stunde können 50 Tonnen (1000 Zentner) durch pneumatische Saugvorrichtungen gelöst werden. Das Siedetragen ist bis auf kleine Entfernungen ausgeschlossen. Alles steigt hinauf und rührt in die Tiefe auf meist unerschöpfbare Weise. Die meisten Menschen kennen ja wohl den Betrieb einer großen modernen Mühle. Man sieht wenig Arbeiter im Betriebe, steigt man die fünf Stodwerke hinauf und zurück. In der Mühle sind 55 Walzenflüsse mit all dem interessantesten Zubehör untergebracht. Überall rauschen die Transmissionsen. Sonst sieht man nichts wie ein Gewirr von fest- und

wagerechten Kanälen. Hier laufen in schneller Hast die Körner zunächst in Reinigungs- und Spaltungsanlagen. Erst als fertiges Mehl- oder Getreideprodukt erlöschen sie nach langer Kreuz- und Querverwanderung wieder das Licht der Deckenleuchte. Zur Zeit werden im technischen Betriebe 110 Personen beschäftigt. Die 30 gelehrten Müller haben in der Hauptsache den richtigen Verlauf des Produktionsprozesses zu überwachen, die vielen Hebel und Ventile der Maschinen richtig zu bedienen. Wächstank sind Räume und Maschinen. Wer sich vorsetzt, nimmt kein Staubchen am Anzug mit hinaus. In allen Räumen befindet sich eine automatische Feuerlöschvorrichtung nach System Sprinkler. Von Sonntag früh 8 Uhr bis Montag früh 7 Uhr ist Ruhe, das ganze Werk steht. Sonst wird acht Stunden umschichtig gearbeitet.

Die Leistung beträgt bei 24 Stunden am Tage 70 000 Tonnen im Jahre.

Es werden alle Mühlenfabrikate hergestellt. Das Mühlengebäude ist 60 Meter lang, 17 Meter breit und 27 Meter hoch. Im Silo können 7500 Tonnen Getreide in 60 Zellen lagern. Dieses Gebäude ist 36 Meter lang, 18 Meter breit und 41 Meter hoch. Natürlich ist auch alles sonst nötige da: Laboratorium, Versuchsbücherei, Räume und Wohlfahrtseinrichtungen für die Arbeiter, ein Krankenzimmer und dergleichen.

Wie alle übrigen, können auch diese drei neuen Fabriken der GEG als Mutterbetriebe in jeder Hinsicht

bezeichnet werden. Sie besitzt davon zur Zeit 32. Und doch ist alles erst ein Anfang. Die genossenschaftliche Eigenproduktion der Konsumvereine hat noch ein weites Feld der Entfaltung vor sich. H. P.

Arme Penin-Gläubiger. Bei diesem in Konturs befindlichen Unternehmen ist die Verteilung einer Kapitalquote laut Mitteilung der Berliner Börsenberichte nicht wertscheinlich. Mehr als 10 Prozent dürften bei dem Konturs für die Gläubiger kaum herauskommen. Das Plogwitz Grundstüd der Gesellschaft ist an den Nordwolle-Konzern zugunsten der Hypothekare, der Adca und der Sächsischen Staatsbank, für eine Million Mark verkauft worden.

Verichtigung. Die Volkrecht-Partei (Reichspartei für Volkrecht und Aufwertung) schreibt uns:

Die in der Presse verbreitete Mitteilung, daß eine von der Volkrecht-Partei gegründete Genossenschaftsbank in Breslau den Konturs anmelden mußte ist irreführend. Es handelt sich um eine örtliche Genossenschaft in Breslau, welche den Namen „Sparers-Gesellschaft“ führt. Die Volkrecht-Partei hat mit dieser Genossenschaft nicht das geringste zu tun. Es ist deshalb auch irreführend, von einer „Volkrechtbank“ zu reden und wie weihen den Versuch, diese Angelegenheit mit der Volkrecht-Partei zu verwickeln, mit aller Entschiedenheit zurück. Herr Graf v. Hofadomsky, ein Führer der Volkrecht-Partei und Mitglied des Preussischen Landtags, hat mit dieser Bank rein gar nichts zu tun, er kennt weder diese noch deren Leiter.

Angst um die Stundungsverordnung

Den Hausagariern muß die Anfrage, die unsere Fraktion wegen der Stundungsverordnung im Landtag eingereicht hat, und in der gesagt ist, daß diese Verordnung und ihre Handhabung einen glatten Verfassungsbruch darstelle, arg auf die Nerven gefallen sein. Daher schickten sie durch ihre Pressestelle eine längere Note an die Zeitungen, in der sie diese Anfrage als ein überflüssige Belastung der Landtagsarbeit bezeichnen. In dem Schriftstück wird gesagt, der Herr Finanzminister Weber habe die in dieser Anfrage gestellten Fragen schon in der 82. und in der 88. Sitzung des Landtages erschöpfend beantwortet. Ein Bruch der Verfassung, die vorschreibe, daß Volkrecht Landrecht drehe, würde vorliegen, wenn die Regierung der Vorbericht des Reichsgesetzes über den Geldwertungsanspruch bei bebauten Grundstücken vom 1. Juni 1928 nicht genügt hätte, der bestimmt, daß das Eigenkapital der Hausbesitzer ebenso verzinst werden müsse wie die aufgewerteten Hypotheken. Da vom 1. Januar 1928 an die Verzinsung der Hypotheken von 3 auf 5 Prozent erhöht worden sei, müßte dem Hausbesitzer eine Abgeltung der Zinssteigerung zugestanden werden, und deswegen sei diese Stundungsverordnung ergangen. Steht sich der Landtag der Umwandlung der Stundungsverordnung in ein Gesetz entgegen, so wäre der Fall des Artikels 15 Absatz 3 der Reichsverfassung gegeben, in dem die Bundesregierung ermächtigt wird, die Entscheidung des Staatsgerichtshofes anzurufen, falls sich bei der Ausführung der Reichsgesetze Schwierigkeiten ergeben.

Der Finanzminister Weber hat sich allerdings früher im Landtag zur Rechtfertigung seiner Stundungsverordnung auf die in dem hausagariischen Schreiben erwähnte Bestimmung des Reichsgesetzes über den Geldwertungsanspruch berufen. Niemand hat bestritten, daß auch in Sachen die Bestimmung beachtet werden muß. Die Linke aber konnte im Landtag mit guten Gründen ihre Anschauung belegen, daß durch die Erhöhung des Zinsfußes für die aufgewerteten Hypotheken eine Erhöhung des Hausbesitzeranteils an der Miete nicht gerechtfertigt werden könnte, weil schon vor dem 1. Januar 1928 der dem Hausbesitzer zufallende Anteil an der Miete so hoch war, daß die erforderlichen Zinsen für das aufgewertete Hauskapital mit gedeckt wurden. Den Hausbesitzern war bereits am 1. April 1927 ihr Anteil an der Miete um 5 Prozent und am 1. Oktober um 4 Prozent erhöht worden, im ganzen also im Laufe des Jahres 1927 um 9 Prozent, während ihre Mehrbelastung durch die Erhöhung der Zinsen des aufgewerteten Kapitals um 3 auf 5 Prozent etwa 8 Prozent der Friedensmiete ausmacht. Von den Hausagariern wird zwar behauptet, daß die fünfprozentige Erhöhung am 1. April 1927 durch die damals in Kraft tretende Erhöhung der Grundsteuer um 1 pro Mille aufgetrieben worden sei. Aber einmal hat diese Erhöhung nicht 5 Prozent der Friedensmiete in Anspruch genommen, und außerdem wurde mit Recht von den demokratischen Abgeordneten Frau Alth-Beil darauf hingewiesen, daß die 20 Prozent für große Instandsetzungsarbeiten, die man den Hausbesitzern zubilligt, in Wirklichkeit nicht in vollem Umfange gebraucht werden. Geben doch die Hausbesitzer selbst an, daß im Frieden 8 Prozent der Friedensmiete für Instandsetzung zu rechnen waren, und selbst wenn man annimmt, daß heute infolge des Steigens der Baukosten der

doppelte Betrag gebraucht wird, so werden die 20 Prozent noch immer nicht erreicht. Hier liegt also eine Reserve, die es den Hausbesitzern ermöglicht, die erhöhte Kapitalverzinsung aufzubringen.

Aber wie die Dinge auch immer liegen mögen: es ist Sache des Landtages und nicht des Finanzministers, die Frage zu entscheiden, ob die Hausbesitzer eine weitere Erhöhung des Anteils an der Miete zu bekommen haben. Dieser Meinung scheint auch die hausagariische Pressestelle zu sein, die davon spricht, daß sich die Regierung an den Staatsgerichtshof wenden müßte, wenn der Landtag die Stundungsverordnung nicht in ein Gesetz umwandelt. Warum hat denn die Regierung bisher dem Landtag noch keine Vorlage unterbreitet, die die Stundungsverordnung durch ein Gesetz ersetzt? Offenbar deswegen, weil sie nicht sicher ist, daß dieses Gesetz im Landtag angenommen wird. Wenn die Herren Hausagariern glauben, daß bei einer Ablehnung eines solchen Gesetzes die Regierung den Staatsgerichtshof anrufen könnte, so kann ja die Regierung diesen Weg beschreiten und sehen, wie weit sie damit kommt.

Jedenfalls bleibt es verfassungswidrig, daß im Gesetz vorgesehene Steuererhöhungen nicht erhoben werden, weil der Herr Finanzminister eine sogenannte „Stundungsverordnung“ erlassen hat. Deswegen ist die Arbeit, die die Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion dem Landtag bringen wird, durchaus nicht überflüssig, sondern es wird im Gegenteil sehr notwendig sein, einmal recht gründlich zu beleuchten, welche verfassungswidrigen Methoden sich die Selbstregierung bedient, wenn sie ihr Koalitionsgeheiß einmal nicht unter einen Hut bringen kann. Die sozialdemokratische Fraktion wird im Landtag jedenfalls dafür sorgen, daß dem Anschauungsunterricht über die Selbstregierung und die Art ihrer Registererei ein recht notwendiges Kapitel hinzugefügt wird; mag dieser Anschauungsunterricht auch unter den Hausagariern und noch manch anderen Leuten recht unangenehm sein.

Die Demokraten über die Wespeler

Die Wespeler haben am Sonntag in Dresden eine Sitzung abgehalten, die nur deshalb erwähnenswert geworden ist, weil die demokratische Zittauer Morgenszeitung in ihrer Dienstagnummer dazu folgendes schreibt:

„Der erweiterte Bezirksvorstand Ostschlesens der Sozialistischen Partei hielt am Sonntag in Dresden eine Sitzung ab. In der Aussprache wandten sich fast alle Redner gegen die Verwaltungsreform, gegen die Aufhebung der Reichshauptmannschaften, des Arbeitsministeriums, der Staatszeitung usw. (Man sieht jetzt, warum die Verwaltungsreform in Sachen nicht vom Tisch kommt, denn an der Spitze des Arbeitsministeriums und der Staatszeitung stehen bekanntlich Sozialisten!) Dann heißt es in dem parteiisziplinären Bericht über die Sitzung der WSP weiter:

„Anzweifelnde Kritik wurde an dem Verhalten einer Regierungspartei geübt. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Presse dieser Partei seit Jahren systematisch und oft sogar in ungeschöner Weise gegen die Regierung arbeite. Einzelne Abgeordnete dieser Partei sympathisieren sogar mehr mit den Koalitionsgegnern als mit der Koalition. Ihr Minister habe von der Opposition

Die Leipziger Volkszeitung für die Arbeitslosen!

Anmeldung zum Abonnement für Monat November: Freitag, den 26., u. Sonnabend, den 27. November, 18-20 Uhr in der Anmeldestelle des Wohnbezirks. Bezugsberechtigt sind: Arbeitslose Haushaltungsvorstände sowie Arbeitslose, die einen eigenen Haushalt führen, also auch Untermieter. — **Monatlich 1 Mark** karte. — Die mit * versehenen Anmeldestellen nehmen Abonnements von vorm. 10 bis 18 Uhr entgegen. Als Ausweis dient die Stempel.

Verbilligtes Zeitungsabonnement für Arbeitslose

Nach Ablauf des Anmeldeabendes können Anmeldungen zum Arbeitslosen-Abonnement für den Monat November nicht mehr berücksichtigt werden, damit das Verteilungs- und Kontrollsystem so durchgeführt werden kann, wie es im Interesse unserer Arbeitslosen liegt, denn jeder Arbeitslose hat gewiß den Wunsch, die Leipziger Volkszeitung vor Schaden zu bewahren.

Die Anmeldestellen dürfen in keinem Falle von den angeführten Verfügungen abgehen

Die Anmeldungen müssen jeden Monat erneuert werden

Anmeldestellen in den einzelnen Bezirken:

- Alt-Leipzig: Filiale der Volkszeitung, Seither Str. 32.
- Kontor der Leipziger Volkszeitung, Tauscher Str. 19/21 l. rechts
- Ostbezirk: L. D. H., Filiale der Volkszeitung, Ellabothstr. 19.
- Schönefeld: Filiale der Volkszeitung, Steintur Str. 64. L. Stütz, Otto Schmidt, Karl-Härtig-Str. 8, III r. L. Paunsdorf, Karl Köhler, Nieber Str. 83, Enselordl Hauptstr. 2, Filiale der W. Althen, Paul Stegerl, Althen Nr. 5.
- Neuere Ostbezirk: Tausch, Hamann, Lindenstr. 29. Döbly, Gottfried Buhkamp, Pantzsch, Richard Noack, Quersstraße 54. Vorlich Albert Wohlhahrt Nr. 35 h.
- Südbezirk: L. Thonberg, Bibliothek Stötterstr. 17. L. Stötterstr. Filiale der Volkszeitung, Ferdinands-Joh-Str. 27.
- L. Probstfelda, Bibliothek, Ruffenstraße 14. Großpöna, W. Alth

- Wesner, Hauptstraße 24, Holzhausen, A. Lohstedt, Baalsdorfer Straße 7, Liebertswitz, Paul Gebhardt, Markt 1. Wöllau, Wilhelm Ruttig, Hauptstr. 17, Zwoinaudorf, Otto Ling, Hauptstraße 26. Schewitz, Albin Sommer, Dechow Nr. 9. Siedmühl, Otto Krause Nr. 42, Wankau, Joh. Germann, Am Bach 27. e. Döblystr.: Leipzig-Connewitz, Filiale der W. Bormalische Str. Leipzig-Wählig, Friedr. Mohr, Colloredostraße 10, pt. r. (Meldezeit von 17 bis 19 Uhr). Döbly, E. Hoffmann, Friederikenstraße 9, h. Cröbern, R. Bahr, Kirchstraße 11. Marcksberg, Walter Krante, Bergstraße 14. Döbly, Julius Schmidt, Gaußstr. Albin Weidner, Lehmen, Adolf König, Jöbiger, Alfred Albrecht, Gartenstraße 4. Zwenkau, Artur Wolf, Bahnhofstraße 5. Großpöna, Otto Wöllner, Turnerstr. 51. Galschwitz, Hermann Dettel, Hauptstraße 58.
- Westbezirk: L. Lindenau*, Filiale der Volkszeitung, Obermannstraße. L. Plagwitz-Schleußig*, Filiale der Volkszeitung, Weihen-

- jeßer Straße. L. Kleinschöcher*, Filiale d. Volkszeitung, Diebstaustraße 5. L. Großschöcher, Filiale der Volkszeitung, Hauptstraße 36. L. Wühlisch, W. Klein, Lindenauer Straße 9, l. Böhlitz-Ehrenberg, W. Madulake, Fielake 21. W. Bösdorf, Arno Keller, Zwenkau Str. 371. Anhaltstraße, Otto Jönard, Leipziger Str. 32. Rüdmarodorf, Albin Langsdorf, Kantenheim, Schöna, Paul Wiedemann, Löhner Str. 31.
- Neuere Westbezirk: Markgrafstädt*, Filiale der Volkszeitung, Schenkstr. 15. Döbly, Reinhold Geornt.
- Nordbezirk: L. Eutritzsch, Bibliothek Wilhelmstr. 23. L. Gohlis, Filiale der Volkszeitung, Vintenhaler Str. 22. L. Wölkern, im Heim, Wolfstraße, Leipzig-Wahren, Albert Jacius, Hallische Straße 387. Quasnik, Kurt Schönfeld, Bahustr. 9. Vintenhal, Max Bauer, Heerstr. 8. Hodelwitz, Franz Zeitmann, Nr. 20. Wiedersitz*, Konsumverein, Modau, Richard Hessel, Gontardweg 100.

schwer angegriffene Beamte nicht gedeckt und nicht verteidigt, obwohl er dieses Verteidigungsmaterial erhalten habe. Ein solcher Zustand sei für unsere Partei unerträglich, und die Fraktion habe sich zu fragen, ob das Koalitionsverhältnis unter solchen Umständen noch den Interessen des Staates und der Allgemeinheit zu dienen geeignet sei."

Will der Herr Graf ein Täuschen wagen, mag er es sagen! Genannt ist zwar die böse Regierungspartei nicht, die jedoch auf dem Kerbholz hat, aber wir irren uns wohl nicht, wenn wir mitteilen, daß es sich um die Deutsche Demokratische Partei handelt. Wenn die demokratische Presse die Regierung, die bekanntlich nicht nur Demokraten, sondern Leute, wie den zünftlichen wirtschaftsparteilichen Herrn Weber und den deutschnationalen Herrn Krug von Nidda umfaßt, kritisiert hat, lag das wahrhaftig an der Regierung, nicht an der Presse, die oft genug zu mancher ansehenswerten Tat geschwiegen hat. Was den bösen Minister Dr. Neitt betrifft, der Beamte nicht gedeckt haben soll, darf man, ohne dem zur Zeit abwesenden Minister vorzugreifen, wohl annehmen, daß er Gründe gehabt haben muß, nicht für die betreffenden Beamten einzutreten. Wenn wir recht unterrichtet sind, soll es sich hierbei u. a. um den Polizeipräsidenten Kühn in Dresden handeln. Wenn die Altsozialisten keinen Wert auf die Koalition mehr legen, mögen sie nur austreten oder Ministerpräsident Hecht zum Austritt veranlassen. Man wird dann wohl sehen, wieviel altsozialistische Abgeordnete im nächsten Landtag sitzen werden. Die Drohung schreit manchen! Wenn gewisse demokratische Abgeordnete keine großen Sympathien für die Regierung haben, muß das an den Abgeordneten liegen, oder sollten vielleicht gewisse Mitglieder der Regierungskoalition den Anlaß dazu gegeben haben? Sehr hübsch ist auch der Schlußsatz insofern, als er wieder einmal Parteiinteresse und Staatsinteresse miteinander verwechselt. Wie sehr die Altsozialisten belies miteinander identifizieren, geht am besten daraus hervor, daß sie sich gegen eine Verwaltungsreform wehren, die vom ganzen Volke verlangt wird, nur weil dabei ein paar Altsozialisten ihre Posten verlieren würden. Ist das vielleicht geeignet, den Interessen des Staates und der Allgemeinheit zu dienen?"

Man kann dazu nur sagen: Forch wie immer — in der Presse, was nichts kostet! Aber am 6. November, wenn im Landtage über den Mißtrauensantrag gegen die Hecht-Regierung abgestimmt wird, werden die Demokraten „den paar Altsozialisten“ wieder die Posten retten.

Interfraktionelle Sitzung der Koalition

Die sächsischen Koalitionsparteien hatten am Sonnabend, dem 27. Oktober, eine interfraktionelle Sitzung ab, in der u. a. auf der Tagesordnung steht:

Verwaltungsreform. Wahlreform. Staatszeitung. Stellungnahme zu den Anträgen, die in nächster Zeit im Landtage behandelt werden.

Offenbar soll um den Bestand der Staatszeitung gerungen werden. Das steht im Zusammenhang mit der Verwaltungsreform, die nach den Angaben der demokratischen Presse nicht vorwärts kommt, weil die „Altsozialisten ihre Posten verteidigen“. Das trifft also auch für die Staatszeitung zu. Die Reform der sächsischen Wahlgesetzbestimmungen ist bekanntlich zur Beratung gestellt worden durch einen Antrag der Sozialdemokratie, der im Frühjahr dieses Jahres im Landtag eingebracht und in erster Lesung behandelt worden ist. Seither ist er im Ausschuss unerledigt liegengeblieben. Die Koalitionsparteien erwarten von der Regierung eine Vorlage zu dieser Änderung des Wahlgesetzes. Offenbar hofft man, auf diese Weise die Klage der Sozialdemokratie gegenstandslos zu machen. Abwarten!

Kein neuer Fall von Paratyphus

Es war berichtet worden, daß in Dresden ein neuer Fall von Paratyphus festgestellt worden sei und zwar in der Infanterieschule. Wie das Wehrkreiskommando mitteilt, hat die Leichenöffnung des verstorbenen Soldaten keinen Anhalt für das Bestehen einer Paratyphuserkrankung ergeben.

Dresden. **Fahrlässige Tötung der eigenen Frau.** Der Steinarbeiter Vogel war am ersten Pfingstfeiertag auf seinem Motorrad mit seiner Frau schwer verunglückt. Beide erlitten Schädelbrüche, die Frau starb an den Verletzungen. Kürzlich hatte sich nun Vogel wegen fahrlässiger Tötung seiner Frau vor Gericht zu verantworten. Vogel wurde zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt.

Chemnitz. **Verstümmelt.** Bei Ausschachtungsarbeiten stürzte eine Grabenwand ein und begrub einen Arbeiter. Zwar war sofort Hilfe zur Stelle, doch starb der Unglückliche auf dem Wege zum Krankenhaus.

Müßig. Die Tragödie der unehelichen Mutter. Die uneheliche Mutter eines Kindes, die als Wirtschaftlerin auf einem Rittergut beschäftigt war, hatte ihr Kind unmittelbar nach der Geburt mit einer Schere in den Hals gestochen und getötet. Die Mutter mußte nach dem Krankenhaus gebracht werden.

Leipziger Rundfunkprogramm

Donnerstag, 25. Oktober.

- 9,35 Uhr: Wetterdienst und Verkehrsfunk.
- 9,45 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms.
- 9,50 Uhr: Was die Zeitung bringt.
- 10,00 Uhr: Aus Hamburgs Hafen nordseewärts. Eine Mikrophonfahrt auf einem Dampfer. Abschied am Amerika-Kai. In den Strom hinaus elbawärts. (Übertragung aus Hamburg.)
- 12,00 Uhr: Wetterdienst und Voraussage und Wasserstandsmeldungen. Anschließend: Mittagsmusik.
- 12,55 Uhr: Kanener Zeitzeichen.
- 13,15 Uhr: Presse- und Börsenbericht.
- 14,10—14,45 Uhr: Bücherbesprechung der Sächs. Landesbibliothek, Dresden. Dr. Hubert Richter: „Neuere deutsche Geschichte.“
- 15,00 Uhr: Frostmeldung. Anschließend: Schallplattenkonzert.
- 16,30 Uhr: Konzert Leipziger Rundfunkorchester: Wilhelm Kettich.
- 18,05 Uhr: Steuererklärung.
- 18,20 Uhr: Wettervorausage, Zeitangabe und Arbeitsnachweis.
- 18,30—18,55 Uhr: G. van Eyseren, E. M. Alfieri: Spanisch für Fortgeschrittene. (Deutsche Welle, Berlin.)
- 19,00 Uhr: Dr. Fraenkel, Dürrenberg: „Die Bedeutung der Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts für die Entwicklung des Arbeitsrechts.“ II.
- 19,30 Uhr: Postinspektor Walter Hofmann, Dresden: „Weihnachts- und Neujahrsverkauf von Paketen Geld und Briefen ins Ausland.“
- 20,00 Uhr: Musik aus der Operette „Miß Dubelad“ von Rudolf Kellon. Text von Grünbaum und Reichert. Dirigent: Theodor Blumer. Mitwirkende: Melitta Wittenbecher-Neumann (Sopran), Felice Kildorf (Sopran), Ludwig Eynlich, Staatsoper Dresden (Tenor), Feleereis-Orchester.
- 21,10 Uhr: Gitarrenkonzert. Ge spielt von Professor Miquel Nobet (Barcelona).
- 22,00 Uhr: Funkpranger.
- 22,05 Uhr: Pressebericht und Sportfunk.
- 22,30 Uhr: Funkstille.

FAMILIEN-NACHRICHTEN

Unserem
Otto Geißler
und seiner getreuen
Luise
zu ihrer Silberhochzeit
die besten Glückwünsche
Seine Parteilgenossen.



Unseren lieben
Otto u. Luise Geißler
zu ihrer
Silbernen Hochzeit
die
herzlichsten Glückwünsche.
Alle Verwandten.

Für die zahlreichen Ehrungen
und Geschenke, die uns zu
unserer Silberhochzeit zu teil
wurden, danken wir herzlich
Pegau, im Oktober 1928
**Reinhold Klein
und Frau**

Infolge Unglücksfalles verschied am 22. Oktober
1928 unser Jugendkollege
Karl Nagel.
Sein aufrichtiger und freundlicher Charakter
sichern ihm ein ehrendes Gedenken für alle Zeit.
Die Belegschaft der
Reform-Motorenfabrik AG, Bühlitz-Ehrenberg

**Der Kauf von Obstbäumen, Beerenobst
Rosen, Zier- und Schlinggehölzen**
und allen anderen Baumschul-Artikeln ist eine **Vertrauenssache.** Sie kaufen dieselben am besten direkt
in einer wirklichen Baumschule. Sehr große Bestände
hierin finden Sie und werden realistisch bedient in der
bestens bekannten und renommierten Baumschule von
Karl Köhler Zuckelhausen b. Leipzig
Telephon Leipzig 651 76
Besichtigung meiner ausgedehnten Kulturen erbeten u.
lohnend. Kataloge Beratung unverbindlich u. kostenfrei.

Dienstag, früh 4 Uhr, verschied sanft nach
längerem, geduldig ertragenem Leiden im
70. Lebensjahre meine liebe, herzengute Frau,
unsere liebe Mutter, Groß- und Schwiegermutter
Marie Luise Tetzner
geb. Kübler
Leipzig-Leutzsch, den 25. Oktober 1928
Grenzstraße 14.
In tiefstem Herzeleid
Franz Tetzner und Hinterbliebene.
Die Beerdigung findet Freitag, 26. Oktober,
14 30 Uhr, auf dem Friedhof zu Leutzsch statt.

Katschi!
- auch Sie?
Passen Sie auf, dass aus dem „harm-
losen“ Schnupfen sich nicht die Grippe
entwickelt, Luftröhrenkatarrh, Stackschnupfen, Mittelohr-
entzündung oder sonst so etwas „Schönes“!

Nehmen Sie
gleich einmal **MARASAL**
für 2,50 RM — die Wirkung wird Sie verblüffen. Die
Kraft des Schnupfens ist fast sogleich gebrochen — und
alle die drohenden Folgen bleiben aus. — Lassen Sie sich
(gegen Voreinsendung oder unter Nachnahme) MA-
RASAL kommen, bevor Sie flüchtig im Bett liegen!
Kostenlos Probeendung durch meine Versandapotheke

Fritz Walter Fahr
GERA 55
Herstellung pharmazeutisch-
diätetischer Produkte
Wahrzeichen ist die Tanne



VIM
putzt
alles
V229 10,5

VIM hilft immer,
VIM gibt Allem
Glanz und Schimmer
Die hartnäckigsten Flecke,
Grünspan, Rost, Farbschmutz
alles beseitigt VIM.

Arbeiter-Turn- u. Sport-Verein „Fichte“ Lößnitz
Mitglied des Arbeiter-Turn- und -Sport-Bundes
Unseren Mitgliedern die traurige Nachricht,
daß der Jugendturner
Walter Freytag
nach kurzer, schwerer Krankheit verstorben ist. Mit
ihm verlieren wir einen eifrigen Anhänger unserer
Bewegung, der uns zu zukunftsreicher Haltung allen
Anlaß gab.
Friede seiner Asche
Die techn. Leitung Der Vorstand

Unterricht
Gründer
lernt
gründlich. Schf.
Blümenstr. 11, II, r.

Stellenangebote
Züchtige Vertreter gegen Provision
in einem Abzahlungs-Geschäft gesucht.
Sichere Verdienstmöglichkeiten, alte Ver-
treter werden bevorzugt. Off. u. U 76 an
die Exped. d. Bl. Tauchaer Straße 19 21.

Verkäufe
Von herrlichen
wenig getragene
Herr-Garderobe
bill. zu verk. Wirtel.
Verkaufstr. 12, u. 6
Ein- u. Verkaufsgesch.

**Stepp-, Tisch- u.
Chaiselengendecken**
mit breitem Faltenband
O. Wadewitz Nachf.
Wirtelstr. 33, I

Auf Kredit
Schlafstühle
mit 30% Abzahlung
Scherbel
Markt 2
(Kantonschule)

Möbel
Schränke, Stühle 75,
Stühle, 4, 5, 6, 8,
Ausgestrichl. Rücken
billig! Müllmann-
straße 8
Bartisch, Tischlerei

Für die vielen Beweise liebevoller und herzlicher Anteilnahme
beim Tode unseres guten Vaters, des Schmiedes
Oskar Gustav Heinze
sagen wir hierdurch allen, die uns durch Wort, Schrift und
Blumenspenden Trost zu bringen versuchten, wie auch allen, die
unsere Vater durch letztes Geleit ehrten, unseren innigsten Dank
Leipzig N 24, Breslauer Str. 46, am 23. Oktober 1928
**Anna verw. Heinze geb. Vette-
Erich Heinze und Braut
Elisabeth Heinze.**

**Zwei kaufmännische
Schüler**
mit guter Schulbildung (Realschüler)
zur Einstellung zum 1. April 1929
gesucht. Selbstständigen Lebens-
lauf erbeten unter N 73 an die Ex-
pedies Blattes, Tauchaer Straße 19 21

Züchtiger jüng. Stiefenmacher
mit guten Zeugnissen
zum sofortigen Eintritt gesucht
Voraustr. Czermaksparten 16, ptr., Kontor
10 bis 12 Uhr

Sämtliche
**Restaurations-
Bureau- und
Garten-Möbel**
für Gewerke-
schaften, Volks-
häuser und
Turnerhelme
liefert
Wilh. Hertlein
Leipzig
**Gottsched-
straße 19**

Möbel vom Fachmann
komplette Rücken v.
150,- an, Schränke v.
85,- an, Betten v. 30,-
an, Nachtschilde v. 20,-
an, Baldschilde v. 38,-
an, Stühle v. 6,- 50,- 4 an
auch neu, Tischhölz.
Ein Wen. der sich
reichlich lohnt, Möbeln.
v. Baselland, 21. 310.
Dieskaustr. 28 u. 38
Tel. 451114

Kaufgesuche
Kaufe
Eicheln u. Kastanien
von 50 Pfund an jede Menge.
Dammhain, Dorfstraße 14.

Vermietungen
3 Zimmer, sauber
möbliert, an langen
o. id. Manns verm.
Alexanderstr. 45, I, r.
bei Herrling.

Wohnungen
Soz. Student fucht b.
Gen. einfach möbl.
Küchen. Off. unt.
T. 74 an Exped. d.
Bl. Tauch. Str. 19 21